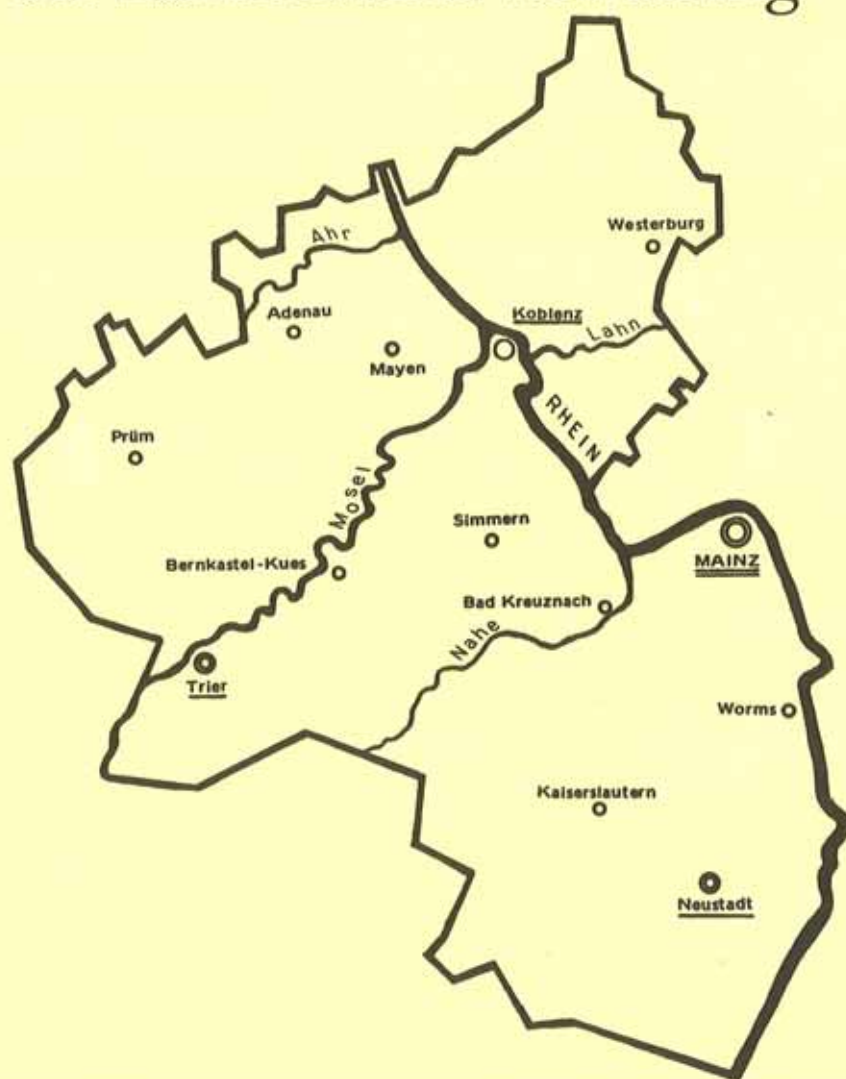


RheinlandPfalz



Ministerium für
Landwirtschaft, Weinbau und Forsten

Nachrichten aus der Landeskulturverwaltung



INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Im Blickpunkt:	1
A. Lorig: Landtagsdebatte zur Neugestaltung der Flurbereinigung in Rheinland-Pfalz	1
Fachbeiträge:	14
K. Speckmann: Erfahrungen bei der Bearbeitung der Zweitbereinigung von Hottenbach	14
G. Wiesmann: Probleme bei der Einleitung von Bodenordnungsverfahren in der Westpfalz	22
H. Reifferscheid: Flurbereinigung unter Beachtung der Landschaftsstruktur - Eine Rückschau	25
W. Albrecht: Grundlagen für den Ausbau kleinerer Fließgewässer .	29
F. Zillien: Wegebau: Eingriff in Natur und Landschaft! - Spurbahnbefestigung: Eine Alternative?	46
G. Köhler und J. Buff: Sekundärbiotop durch Flurbereinigung - Ein Erfahrungsbericht des Kulturstamtes Neustadt -	53
Cl.-R. Hess: Weinbergsflurbereinigung - Auftrag zur Erhaltung charakteristischer Kulturlandschaft - dargestellt am Beispiel des Bodenordnungsverfahrens Guntersblum (Rheinhausen)	57
U. Schmitz: Gedanken zur Behandlung landespflegerischer Belange in Flurbereinigungsverfahren	62
W. Schuy: "Flurbereinigung" im Schulunterricht - Reflexionen über ein unbewältigtes Thema -	64
H. Friedrich: Flurbereinigung und Dorferneuerung - Ein Diskussionsbeitrag -	72
I. Fleck: Das ländergrenzüberschreitende Flurbereinigungsverfahren Kerschenbach-Kronenburg-Stadtkeyll - Eine gelungene Integralmelioration -	79
G. Thomé: Rohplanprüfung	85
K. Berg: 75 Jahre Kulturstamt Bernkastel-Kues	90
Aus der Rechtsprechung	93
H. Staab: Aus den Entscheidungen des Flurbereinigungsgerichts Koblenz	93

	Seite
Literaturübersicht	99
Buchbesprechungen:	102
G. Schauß: BUND-Information 38 - Flurbereinigung	102
F. Zillien: Artenschutz und Landwirtschaft	103
Leserbriefe: 	105
Personalveränderungen:	107
H. Staab: Hans Georg Goedert im Ruhestand	107
H. Jens: Aus dem Dienst ausgeschieden	108
H. Jens: Neueinstellungen	109
Fachprüfungen:	109
Ehrungen:	111
Ehrennadel des Landes Rheinland-Pfalz für Herrn Heinz Wassmuth	111
Nachlese Geburtstagsliste 1986	111
Informationen aus der LKV	111
F. Utsch: Neue Arbeitsgruppe "Finanzierung"	111
W. Paul: Neue Arbeitsgruppe "Listen"	112
H. Staab: Widerspruchsverfahren vor der Spruchstelle für Flurbereinigung	112
G. Schauß: Neuer Musterplantext in Vorbereitung	113
A. Lorig: Ausstellung bei der Sonderschau "Planung im länd- lichen Raum innerhalb der Internationalen Grünen Woche in Berlin 1987	113
A. Lorig: Veränderungen im "Maschinenpark" der Luftbild- und Rechenstelle	114
A. Lorig: Fachtagung Dorf-Landschaft-Umwelt der Deutschen Akademie der Forschung und Planung im ländlichen Raum in Berlin 1987	117
Die Kicker der Kulturämter traten in Westerbürg an	118
Kurzinformationen	119

Gezeichnete Beiträge stellen die Ansicht des Verfassers dar, nicht aber unbedingt die der Schriftleitung oder des Herausgebers. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Leserbriefe besteht kein Recht des Abdrucks.

IM BLICKPUNKT:

LANDTAGSDEBATTE ZUR NEUGESTALTUNG DER FLURBEREINIGUNG IN RHEINLAND - PFALZ

- Ausschnitte aus der Debatte des Rheinland-Pfälzischen Landtags
am 27./28. Februar 1986 -

zusammengestellt von Obervermessungsrat Axel Lorig, Mainz

1. Bericht zum Tagesordnungspunkt 7 der Landtagssitzung vom 27./28. Februar 1986 durch den Berichterstatter des Ausschusses für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten, Herr Abgeordneter Tölkes, CDU

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der von der SPD am 1. April 1985 in der Drucksache 10/1387 eingebrachte Antrag, die Neugestaltung der Flurbereinigung in Rheinland-Pfalz betreffend, wurde durch Beschluß des Landtages vom 28. Juni 1985 an den Ausschuß für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten überwiesen.

Im Ausschuß ist dieser Antrag in zwei Sitzungen, und zwar am 16. Januar und am 4. Februar 1986 eingehend besprochen und beraten worden. Beratungs- und Abstimmungsgrundlage waren neben den Änderungsvorschlägen der Fraktion der CDU vom 16. Januar 1986 ein dazu von der Fraktion der SPD erarbeiteter Kompromißvorschlag. Aufgrund dieser Vorlagen konnte in fast allen Punkten Einvernehmen erzielt werden. Lediglich bei der Nummer 1.9 standen nach Beratungsschluß zwei Textfassungen mit unterschiedlichen Meinungen zur Entscheidung an. Der Ausschuß stimmte dem Änderungsvorschlag der Fraktion der CDU mehrheitlich zu.

Außerdem wurden aus dem Antrag der Fraktion der SPD - Drucksache 10/1387 - die Nummern 2 und 4.2 auf Antrag der CDU-Fraktion ohne weitere Diskussionen ersatzlos gestrichen.

Der Ausschuß hat dann dem Antrag der Fraktion der SPD - Drucksache 10/1387 - unter Berücksichtigung dieser vorgenommenen Änderungen einstimmig zugestimmt. Das Ergebnis liegt Ihnen als Beschlußempfehlung in der Drucksache 10/2156 vor. Diese Beschlußempfehlung endet damit, daß die Landesregierung aufgefordert wird, über Ergebnisse ihrer Bemühungen bis zum 30. September 1986 zu berichten.

(Beifall im Hause)

2. Beschlußempfehlung des Ausschusses für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten zu dem Antrag der Fraktion der SPD - Drucksache 10/1387 - Neugestaltung der Flurbereinigung in Rheinland-Pfalz - vom 04.02.1986 (Drucksache Nr. 10/2156)

Beratungen:

Durch Beschluß des Landtags vom 28. Juni 1985 (Plenarprotokoll 10/48, S. 2756) ist der Antrag an den Ausschuß für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten überwiesen worden.

Der Ausschuß für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten hat den Antrag in seiner 34. Sitzung am 16. Januar sowie in seiner 38. Sitzung am 4. Februar 1986 beraten.

Beschlußempfehlung:

Der Antrag wird in folgender Fassung angenommen:

"Die Landesregierung wird aufgefordert, bei Maßnahmen der Flurbereinigung künftig folgende Grundsätze zu beachten bzw. Maßnahmen zu ergreifen:

- 1.1 Die Förderung des Naturschutzes und der Landespflege muß gleichrangiges Ziel neben anderen Zielen der Flurbereinigung sein.
- 1.2 Die gesetzlichen Möglichkeiten, Flurbereinigungsverfahren aus Gründen des Naturschutzes und der Landespflege einzuleiten und durchzusetzen, sind überall dort auszuschöpfen, wo der Vollzug des Landespflegegesetzes durch Maßnahmen der Bodenordnung erleichtert und beschleunigt werden kann. Dies gilt insbesondere für Zweitbereinigungen. Auch zum Zwecke der Ausweisung bzw. Ausweitung von Schutzgebieten nach dem Landespflegegesetz ist das Instrument der Flurbereinigung einzusetzen.
- 1.3 Aufgabe jeder Flurbereinigung muß es sein, die nachhaltige Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts und eine pflegliche Nutzung der Naturgüter zu gewährleisten und zu fördern, Lebensräume von Pflanzen und Tieren zu sichern, zu erweitern und neu zu schaffen.
 - 1.3.1 Größe und Gestalt der landwirtschaftlichen Nutzflächen müssen so bestimmt werden, daß neben der Beachtung der betriebswirtschaftlichen Belange die ökologischen Funktionen erhalten, wo erforderlich stabilisiert, verbessert oder (wieder-) hergestellt werden. Hierbei ist die Landschaftsstruktur zu beachten sowie die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts zu erhalten und, soweit erforderlich, zu verbessern oder wiederherzustellen. Zur Erhaltung der Artenvielfalt sind in ausreichendem Maße Lebensräume für wildlebende Tiere und wildwachsende Pflanzen zu sichern. Dabei ist der Vernetzung von Biotopen eine besondere Bedeutung beizumessen.
 - 1.3.2 Die Sicherung und die Neuschaffung von Biotopen ist vordringlich in den Gebieten mit intensivem Ackerbau und Dauerfruchtanbau zu betreiben. Dies ist gegebenenfalls mit Hilfe einer Zweitbereinigung zu erreichen.

- 1.4 Ökologisch besonders wertvolle Biotop, wie z.B. Moore, Feuchtwiesen, Borstgrasrasen, Trockenrasen, Kalktriften sind in der Flurbereinigung zu erhalten und zu sichern. Nach Möglichkeit sind Pufferzonen zu schaffen, die diese Biotop vor schädlichen Einwirkungen aus den angrenzenden landwirtschaftlich genutzten Flächen abschirmen.
- 1.5 Grundsätzlich sind bei Flurbereinigungen alle Maßnahmen zu vermeiden, die zu einer Absenkung der Grundwasserstände führen. Fließgewässer sind in ihrem natürlichen Zustand zu belassen. Wasserbauliche Maßnahmen dürfen nur vorgenommen werden, wenn sie aus zwingenden wasserwirtschaftlichen Gründen erforderlich sind. Sie sind dann möglichst in naturnaher Bauweise auszuführen. Maßnahmen der Bodenmelioration, die auf das unbedingt notwendige Maß zu beschränken sind, dürfen bei landwirtschaftlich genutzten Flächen nur noch durchgeführt werden, wenn dadurch die Bodenfruchtbarkeit nachhaltig gesichert wird.
- 1.6 Das Wegenetz ist in Anpassung an die Geländeform möglichst weitmaschig zu planen. In besonderen Fällen sind herkömmliche Instrumente der Sicherung des Zugangs von land- und forstwirtschaftlich genutzten Flächen wie Überfahrrecht nach Grunddienstbarkeit zu nutzen. Eine schwere Wegebefestigung (Beton, Asphalt usw.) ist nur dann für Strecken oder Streckenabschnitte vorzusehen, wenn dies aus verkehrstechnischen Gründen notwendig ist. Naturnahe Befestigungsmöglichkeiten, wie der Ausbau von Plattenwegen, sind auch modellhaft zu untersuchen und im möglichen Umfang örtlich anzuwenden. Notwendige technische Bauwerke sind möglichst landschaftsschonend und flächensparend zu planen und in naturnaher Bauweise auszuführen.
- 1.7 Die Ergebnisse der Landschaftsplanung (Landschaftsrahmen-, Landschafts- und ggf. Grünordnungspläne) sind in der agrarstrukturellen Vorplanung und der Planung der Flurbereinigung zu berücksichtigen. Liegen derartige Pläne nicht vor oder befinden sich diese nicht auf dem aktuellen Stand, so wird angestrebt, die Landschaftsplanung mit der Flurbereinigungsplanung, insbesondere mit der agrarstrukturellen Vorplanung, zu koordinieren.
- 1.8 Im Rahmen der nach § 37 FlurbG vorzunehmenden Abwägung ist eingehend zu prüfen, welche Auswirkungen die geplanten Flurbereinigungsmaßnahmen für Natur und Landschaft haben und wie Eingriffe im Sinne des § 4 LPflG auszugleichen sind. Grundlage hierfür bildet die nach dem Abwägungsprozeß vorausgehende Erfassung und Bewertung der im Flurbereinigungsgebiet vorhandenen Landschaftsbestandteile.
- 1.9 Die Gemeinden, in deren Gebiet Grundstücke von der Bodenneuordnung betroffen werden, und deren Gemeinderäte sind über Grundsätze, Fortgang und Ergebnisse der Planungen frühzeitig und fortlaufend zu unterrichten.
2. Die Neuorientierung der ländlichen Bodenordnung, insbesondere nach ökologischen Gesichtspunkten, ist in ihrem Vollzug auch dadurch abzusichern, daß das mit der Durchführung beauftragte Personal die fachlichen Voraussetzungen hat.

Das landespflegerische Personal ist zu verstärken.

3. Zur Verwirklichung der landespflegerischen Ziele der Flurbereinigung sollen verstärkt Flurbereinigungsmittel bereitgestellt werden. Zum Erwerb und zur Entwicklung von Flächen als Lebensräume für wildlebende Tiere und wildwachsende Pflanzen sollen zusätzliche Landeshaushaltsmittel eingesetzt werden.
4. Die Landesregierung wird aufgefordert, über die Ergebnisse ihrer Bemühungen bis zum 30. September 1986 zu berichten."

Kneib, Vorsitzender

3. Aussprache des Landtags zur Neugestaltung der Flurbereinigung in Rheinland-Pfalz

Vizepräsidentin Frau Büttner:

Ich danke dem Herrn Berichterstatler und eröffne die Aussprache.
Das Wort erteile ich dem Herrn Abgeordneten Schmidt.

Abg. Schmidt, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst möchte ich dem Herrn Kollegen Tölkes für die klare und objektive Berichterstattung danken.

(Beifall im Hause)

Es war in der Tat in beiden Ausschußsitzungen festzustellen, daß bei allen strittigen Formulierungen, bei denen ein Kompromiß möglich schien, um diesen auch in fairer Weise gerungen wurde. Bei einigen Punkten fanden die Formulierungsvorschläge der CDU-Kolleginnen und Kollegen sogar unsere ungeteilte Zustimmung. Allerdings war auch bei zwei Punkten unseres Antrags kein Kompromiß möglich. Auf diese werde ich im Verlaufe meiner Ausführungen noch einmal zurückkommen.

Meine Damen und Herren, mit unserem Antrag zur Neugestaltung der Flurbereinigung in Rheinland-Pfalz haben wir uns bemüht, konkret darzustellen, wie wir als SPD-Fraktion die Förderung des Naturschutzes und der Landespflege als gleichrangiges Ziel neben den anderen Zielen der Flurbereinigung gesichert wissen wollen, und zwar einmal, um die Fehler der Vergangenheit in der Zukunft auszuschließen, zum andern aber auch, um mit dem Instrument der Zweitbereinigung gravierende Fehler der Vergangenheit beheben zu können.

(Beifall bei der SPD)

Dies ist der Kern unseres Antrags, wie er in den ersten drei Nummern 1.1, 1.2 und 1.3 formuliert ist und unverändert in die vorliegende Beschlußempfehlung aufgenommen wurde.

Wir sind uns sicher alle darin einig, daß mit der Änderung des Flurbereinigungsgesetzes im Jahre 1976 erreicht wurde, daß die Zielsetzung der Flurbereinigung nicht mehr primär nur auf die Verbesserung der Produktions- und Ertragsbedingungen in der Landwirtschaft beschränkt blieb. Doch damit sind die Fehler der Vergangenheit nicht beseitigt.

(Beck, SPD: Sehr richtig)

Wer zum Beispiel mit offenen Augen über die B 40 durch Rheinhessen fährt

(Beck, SPD: Es ist immer gut, wenn man da mit
offenen Augen fährt! -
Heiterkeit und Beifall im Hause)

- dem ist wirklich nicht zu widersprechen, Herr Kollege Beck -, hat an vielen Stellen solche Negativbeispiele der Flurbereinigung deutlich vor Augen. Weit und breit kein Baum, kein Strauch.

(Keller, CDU: Wo soll da ein Hund hin?)

Völlig bereinigte landwirtschaftlich intensiv genutzte große Flächen wurden hier geschaffen, wobei dieses bereinigt in Anführungszeichen zu setzen ist; denn so wurde vielerorts der Begriff Flurbereinigung verstanden bzw. mißverstanden, daß zunächst einmal reiner Tisch gemacht wurde. Die Flur wurde zuerst rigoros ausgeräumt, jeder Baum und jeder Strauch abgehauen, kleine Böschungen und Feldraine wurden eingeebnet, die Wirtschaftswege beseitigt und vieles andere mehr. Danach wurde die Neueinteilung der Flur vorgenommen, ohne zu fragen, wo hier noch ein Vogel brüten kann und wo noch Lebensraum für Falter und Käfer ist.

Ich bin deshalb sehr froh darüber, daß wir unter Nummer 1.3.1 gemeinsam zu folgender Formulierung gekommen sind:

"Zur Erhaltung der Artenvielfalt sind in ausreichendem Maße Lebensräume für wildlebende Tiere und wildwachsende Pflanzen zu sichern. Dabei ist der Vernetzung von Biotopen eine besondere Bedeutung beizumessen".

(Beifall im Hause)

Weiterhin möchte ich positiv anmerken, daß unsere Nummer 1.3.2 unverändert von der CDU-Fraktion mitgetragen wird.

(Beck, SPD: Das ist wie Weihnachten!)

Hier heißt es:

"Die Sicherung und die Neuschaffung von Biotopen ist vordringlich in den Gebieten mit intensivem Ackerbau und Dauerfruchtanbau zu betreiben. Dies ist gegebenenfalls mit Hilfe einer Zweitbereinigung zu erreichen".

Mit dieser, wie ich annehmen darf, einstimmig erklärten Zielsetzung des Parlaments muß es gelingen, die Fehler der Vergangenheit, wie ich sie eben geschildert habe, auch in absehbarer Zeit zu beheben.

Zur nächsten Nummer 1.4 will ich nicht nur erwähnen, sondern ausdrücklich lobend anerkennen, daß die Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion unsere Formulierung sogar erweitert und verbessert haben. Sie sollen nicht sagen, ich würde immer nur kritisieren. Hier heißt es nun: "Ökologisch besonders wertvolle Biotope, wie zum Beispiel Moore, Feuchtwiesen, Borstgrasrasen, Trockenrasen, Kalktriften, sind in der Flurbereinigung zu erhalten und zu sichern." Und der nächste Satz als

Initiative der Kolleginnen und Kollegen von der Fraktion der CDU. Da heißt es:

"Nach Möglichkeit sind Pufferzonen zu schaffen, die diese Biotope vor schädlichen Einwirkungen aus den angrenzenden landwirtschaftlich genutzten Flächen abschirmen."

Diese Ergänzung haben wir natürlich gern akzeptiert. Sie beinhaltet allerdings auch die Einsicht, meine Damen und Herren, die in der Vergangenheit oft von seiten der CDU-Fraktion in Abrede gestellt wurde, daß eben von landwirtschaftlich genutzten Flächen besonders bei intensiver Nutzung schädliche Einwirkungen auf die Umwelt ausgehen.

(Beifall bei der SPD)

Auch in der Nummer 1.5, wo es um wasserbauliche Maßnahmen und um Sicherung des Grundwasserstandes geht, konnte Übereinstimmung erzielt werden. Die Mitglieder der SPD-Fraktion im Ausschuß haben ihre Kompromißbereitschaft dadurch gezeigt, daß sie die Ausführung wasserbaulicher Maßnahmen in möglichst naturnaher Bauweise akzeptiert haben anstelle der ursprünglich geforderten ausschließlichen naturnahen Bauweise.

In Nummer 1.6 wird der Wegebau innerhalb der Flurbereinigung angesprochen. Hier kam es zu einem echten Kompromiß zwischen alles oder nichts bzw. grundsätzlich oder nie durch die Formulierung "in besonderen Fällen". Hier heißt es nun: "In besonderen Fällen sind herkömmliche Instrumente der Sicherung des Zugangs von land- und forstwirtschaftlich genutzten Flächen, wie Überfahrrecht nach Grunddienstbarkeit zu nutzen." Auch die beiden folgenden Nummern, wo es einmal um die Planung der Flurbereinigung und zum anderen um die Auswirkungen der Flurbereinigung geht, wurden in der vorliegenden Fassung der Beschlußempfehlung einstimmig angenommen.

Lassen Sie mich nur noch ein paar Bemerkungen machen zu den beiden Nummern, bei denen keine Übereinstimmung möglich war. Es sind dies - der Herr Kollege Tölkes hat schon darauf hingewiesen - aus unserem Antrag Drucksache 10/1387 die Nummern 1.9 und 2. Die Nummer 2 wurde in der Beschlußempfehlung überhaupt nicht aufgenommen, die Nummer 1.9 in einer Fassung, die von den Vertretern der SPD-Fraktion nicht akzeptiert werden konnte. Zunächst zur Nummer 1.9. Wir sind der Auffassung, daß eine Flurbereinigung in jeder Gemeinde eine solch bedeutsame Maßnahme darstellt, die nicht nur für die direkt Betroffenen, daß heißt die Grundstücksbesitzer, sondern für alle Bürger von besonderem Interesse ist.

(Zurufe bei der SPD -

Zuruf bei der SPD: Der Herr Kollege Kroh sollte da besondere Erfahrungen haben!).

Wir sind deshalb im Gegensatz zur CDU der Auffassung, daß nicht nur der Bürgermeister und die Gemeinderäte, sondern darüber hinaus auch die Bürger über Grundsätze, Fortgang und Ergebnisse der Planungen frühzeitig und fortlaufend zu unterrichten sind.

(Beifall bei der SPD)

Es war von unserer Seite keineswegs daran gedacht, die Flurbereinigungsbehörde zu verpflichten, jeden einzelnen Bürger über die Flurbereinigung zu informieren. Wir

wollten es allerdings auch nicht dem Gutdünken des Bürgermeisters oder Ortsbürgermeisters überlassen, ob er bereit ist, in den Bürgerversammlungen in der gebotenen Ausführlichkeit und Klarheit über die geplante bzw. laufende Flurbereinigungsmaßnahme zu unterrichten.

Und nun noch zu Nummer 2 unseres Antrages, der von der CDU-Mehrheit im Ausschuß ganz abgelehnt wurde. Er lautet:

"Zur Erfüllung vorgenannter Grundsätze sind die entsprechenden Verwaltungsvorschriften anzupassen. Daneben ist eine entsprechende Formulierung des Flurbereinigungsgesetzes notwendig und über den Bundesrat anzustreben. Dabei sollte die Bezeichnung Flurbereinigung durch eine den heutigen Ansprüchen und Anforderungen entsprechende Benennung abgelöst werden."

Meine Damen und Herren! Wenn die Zustimmung zu unserem Antrag, wie er in der Beschlußempfehlung Drucksache 10/2156 sich nun darstellt, ernst gemeint ist, daran will ich nun nicht zweifeln, dann ist es ganz einfach notwendig, die Verwaltungsvorschriften diesen Grundsätzen anzupassen.

(Beifall der SPD)

Die Auffassung der CDU-Fraktion, dies sei nicht notwendig, die bestehenden Verwaltungsvorschriften wären ausführlich genug, diese Auffassung teilen wir nicht.

Zum Begriff Flurbereinigung möchte ich auf das hinweisen, was ich eingangs gesagt habe, daß diese Bezeichnung den geforderten Zielen nicht entspricht und auch mißverständlich ist. Schwerpunkt dieser Nummer 2 war allerdings unsere Forderung nach einer Novellierung des Flurbereinigungsgesetzes, der die Anordnung der Flurbereinigung regelt, wie aus § 4 allein nun darzustellen und zu erläutern ist. Dort heißt es:

"Die obere Flurbereinigungsbehörde kann die Flurbereinigung anordnen und das Flurbereinigungsgebiet feststellen, wenn sie eine Flurbereinigung für erforderlich und das Interesse der Beteiligten für gegeben hält. Der Beschluß ist zu begründen."

Dies bedeutet, meine Damen und Herren: Ein Flurbereinigungsverfahren kann angeordnet werden, wenn die Mehrheit der Teilnehmer dagegen ist -, die Mehrheit nicht nur nach der Zahl der Eigentümer, sondern nach dem Anteil der Flächen besteht. Sie kann angeordnet werden, wenn auch die Mehrheit des Stadtrates oder des Gemeinderates dagegen ist, ganz abgesehen von ihrer eindeutigen Ablehnung durch die Bürger einer Gemeinde. Dafür gibt es aktuelle Beispiele. Halten Sie das für sinnvoll und zeitgemäß, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion? Des weiteren war es notwendig, was Ziel unseres Antrages war, daß die Förderung des Naturschutzes und der Landespflege auch im Flurbereinigungsgesetz deutlicher gefaßt und formuliert wird..

(Glocke des Präsidenten)

Vizepräsidentin Frau Büttner:

Herr Abgeordneter Schmidt, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kroh?

Abg. Schmidt, SPD:

Ja, meine Redezeit ist zu Ende. Aber gerne.

Abg. Kroh, CDU: Herr Kollege, ich fasse mich kurz.
Ist Ihnen bekannt, wann das Flurbereinigungsgesetz jemals novelliert worden ist und wer damals dafür verantwortlich war für diese Novellierung?)

Abg. Schmidt, SPD:

Ja, ich habe das ja gesagt. Es war im Jahre 1976. Aber die Zeit ist vorangeschritten, Herr Kollege Kroh. Mittlerweile sind wir zehn Jahre älter geworden und ein bißchen weiser, jedenfalls wir meine ich.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Weiter müßte dem Instrument des freiwilligen Landtausches wesentlich mehr Bedeutung beigemessen werden. Damit könnten insbesondere bei den sehr umstrittenen Maßnahmen die betrieblichen und wirtschaftlichen Ziele auch ohne das aufwendige Flurbereinigungsverfahren erreicht werden. Für die erfolgte Streichung dieser Nummer, meine Damen und Herren, gibt es demnach keine Begründung, sondern nur die einfache Erklärung, nämlich daß die Zeit noch nicht reif ist für die von uns vorgeschlagenen Veränderungen. Natürlich kann man auch die Auffassung vertreten, daß die CDU für diese Veränderungen noch nicht reif ist.

(Widerspruch bei der CDU)

Immerhin sind wir im Ausschuß einstimmig durch die verabschiedete Beschlussempfehlung einen Schritt weitergekommen. Ich darf auch um die Zustimmung des Hohen Hauses zu unserem Antrag bitten. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Frau Büttner:

Das Wort hat jetzt Frau Abgeordnete Schmitt von der CDU.

Ich darf Sie jedoch bitten, etwas mehr Ruhe walten zu lassen, damit es für den Redner nicht so anstrengend ist.

Abg. Frau Schmitt, CDU:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir besprechen heute den Antrag der SPD, den wir auch sehr intensiv im Ausschuß für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten gemeinsam beraten haben. Wir waren alle der gleichen Überzeugung, daß die Flurbereinigung in Rheinland-Pfalz auch heute noch eine wichtige Rolle spielt. Sie ist ein unverzichtbarer Teil in der Gesamtwirtschaft mit einem hohen Stellenwert. Daß der Antrag zur Neugestaltung so intensiv und ohne jegliches partei-ideologisches Denken von beiden Gruppen im Ausschuß gemeinsam bis auf zwei Punkte getragen wird, ist schon eines Lobes wert.

Lassen Sie mich gleich zu dem Punkt 1.9, bei dem wir uns der Stimme enthalten haben, sagen - ich brauche ihn nicht mehr vorzulesen; Herr Schmidt hat das ausführlich getan -: Die besonderen Interessen der Bürger sind durch die Bürgerversammlung und durch die ortsüblichen Bekanntmachungen in den einzelnen Kommunen gewahrt. Ansonsten sollte die Flurbereinigung wirklich nur über die einzelnen Mitglieder, über die Beteiligten abgehandelt werden.

Zu dem Punkt 2 möchte ich sagen, daß ich mich gut erinnere, daß wir einmal das Wort "Lehrling" auch nicht mehr für gut befunden haben. Heute haben wir den Begriff "Azubi". Mir ist die Flurbereinigung geläufig. Ich würde vorschlagen, wir belassen es dabei. Was man hat, hat man, was danach kommt und was daraus wird, weiß man nicht. Ich finde den Namen nach wie vor richtig. Wir haben eine Neugestaltung der Flurbereinigung gewünscht, also glaube ich, daß mit diesem Wort mit neuen gestaltenden Maßnahmen Bestimmtes erreicht werden kann.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte aber zu dem Gesamten, obwohl wir sehr einmütig verhandelt haben, doch sagen, daß eigentlich der Antrag der SPD erst so gut geworden ist, wie er heute ist, als auch die CDU diesen Antrag mit besprochen und mitgewirkt hat.

(Heiterkeit bei der SPD -
Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, den Antrag hat Herr Schmidt intensiv behandelt. Ich möchte Ihnen hier einmal eine andere Aufklärung geben. Rund 87 % der Gesamtfläche des Landes werden land- und forstwirtschaftlich genutzt. Rund 725 000 Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche bilden die Bodengrundlage - das ist wichtig - für 67 125 Betriebe innerhalb der Landwirtschaft und des Forstes. Das ist im Bundesvergleich eine sehr hohe Betriebsdichte, die in erster Linie durch den hohen Sonderkulturanteil ermöglicht wird.

Wir haben hier in diesem Haus in den sieben Jahren, denen ich diesem Haus angehöre, schon oft über das Thema "Flurbereinigung" gesprochen. Die CDU hat damals schon ihren Rahmen für die Maßnahmen gesetzt. Sie hat ihn aber nicht nur gesetzt, sondern wir haben auch gehandelt. Um Ihnen wenigstens einen Einblick über die heutige und künftige Bedeutung von Flurbereinigung oder beschleunigter Zusammenlegung in Rheinland-Pfalz zu geben, möchte ich einige wichtige Punkte darstellen.

Nach der Untersuchung des Landwirtschaftsministeriums sind mit Stand vom 31. Dezember 1985, also sehr neu, noch ca. 500 000 Hektar zu bereinigen. Darunter befinden sich allein 230 000 Hektar Flächen, in denen die Erstbereinigung noch aussteht. In dieser Zahl sind 30 000 Hektar Rebfläche und 70 000 Hektar Privatwald enthalten.

Derzeit werden jährlich in 30 bis 35 Einzelverfahren verstreut über das gesamte Land 12 000 bis 15 000 Hektar Fläche neu geordnet. Die Rebfläche macht 800 bis 1 000 Hektar aus. Sie können sich ausrechnen, daß wir mit 15 000 Hektar im Jahr noch gut 30 Jahre Flurbereinigung betreiben müssen. Dann kommt schon wieder die Zweitbereinigung, die bis dahin vielleicht notwendig ist, weil wieder etwas anderes innerhalb der Maßnahme der Flurbereinigung erforderlich ist.

(Bojak, SPD: Frau Schmitt, bei Ihrer Rechnung müssen Sie die Flächen abziehen, die wir stilllegen wollen!)

- Darauf komme ich noch.

Es war im Ausschuß unumstritten, daß die landespflegerischen Maßnahmen, beispielsweise Gewässerausbau, moderner Wegebau, Biotopvernetzung, Randstreifenprogramm, Flächenstillegungen, notwendig sind. Aber es ist deshalb auch die Flurbereinigung notwendig, um diese Flächen nicht verstreut in der ganzen Gemarkung zu haben, sondern sich vor einer Flurbereinigung intensiv mit den Besitzern zu beschäftigen, um diese Flächen in irgend eine Randzone des Flurbereinigungsabschnittes zu legen.

Sie haben von Rheinhessen gesprochen. Ich glaube, Sie haben nicht den Antrag von Herrn Bischel gelesen und festgestellt, daß dieser Antrag doch schon Früchte getragen hat. Die Büsche wachsen auch; denn Rheinhessen verfügt über einen guten Boden.

Im Durchschnitt der letzten Jahre sind an Ausführungskosten der Flurbereinigung, die für Wege und Mauerbau einschließlich der landespflegerischen Ausgabe, die auch sehr hohe ökologische Forderungen in den letzten Jahren beanspruchte und nicht erst heute nach diesem Antrag ins Laufen kommt *), jährlich 60 Millionen DM eingesetzt worden. Die Bodeneigentümer erbringen hiervon 20 %. Viele Mittel für die Flurbereinigung kommen aus den Gemeinschaftsaufgabemitteln. *) = unklar

Die schwierige Finanzlage unserer bäuerlichen Betriebe, gerade in Problemgebieten, führt zu einer verstärkten Zurückhaltung bei Flurbereinigungsvorhaben. Deshalb ist es notwendig, vielleicht nicht nur die Neuorientierung der Flurbereinigung aus ökologischer Sicht zu sehen, sondern, wenn notwendig, die Förderungsgrundsätze für die Finanzierung der Flurbereinigung zu ändern, weil die Bewertung nach landespflegerischen Grundsätzen dem Wohl der Allgemeinheit dient und die weitere Entwicklung der Flurbereinigung aktive Politik bleibt. Sie beeinflußt auch die Wirtschaftsstruktur, die Infrastruktur und die Erwerbsstruktur.

Eine Flächenvermehrung in unseren Betrieben ist nicht mehr möglich - im Gegenteil. Wir wollen sogar über die Flurbereinigung gezielt und außerhalb der Flurbereinigung wenn möglich Flächen stilllegen.

Ich glaube, daß es aber gerade für die landwirtschaftlichen Betriebe mit niedrigem Einkommen wichtig ist, daß durch Flurbereinigung wenigstens die einzelnen Teilstücke, die wir durch unsere alte Erbaueinandersetzung selbst herbeigeführt haben, zu einer betriebswirtschaftlichen Einheit zusammengelegt werden.

Für unsere Bauern bringt die Flurbereinigung heute und noch mehr in der Zukunft Arbeitszeiteinsparung und damit gleichzeitig eine Kostensenkung. Die Zeitersparnis kann je nach Fall einer Einzellage bis 20 % bringen. In einer Zeit stagnierender Preise ist dieses Ergebnis sehr wichtig für die bäuerlichen Einkommen. Die immer enger werdende Schere zwischen Kosten und Erlösen kann sich im wesentlichen nur durch die Intensivierung, nämlich der Erzeugung, schließen, daß heißt, auch auf wirtschaftlichen Flächen zu arbeiten. Die Neuorientierung der Flurbereinigung hat schon begonnen, als wir die Dorferneuerungsmaßnahmen an die Flurbereinigung mitgekoppelt haben. Sie wissen, wieviel Dörfer ihre Einrichtungen mit der Flurbereinigung auch an ihrer Dorfrandlage bekommen haben.

Ökonomische und ökologische Gleichwertigkeit, auch dies wurde heute schon gesagt, wird von der Flurbereinigung heute wahrgenommen. Unter diesem Gesichtspunkt können wir die Landschaftsveränderungen, die bisher vielleicht nicht so positiv

waren, zum Positiven heute wenden. Ich glaube, daß diese Erkenntnis heute auch vorhanden ist.

Die Flurbereinigung, meine Damen und Herren, ist nämlich besser als ihr Ruf, auch wenn sie sich durch einige Bürger, die sonst mit dem Boden und mit dem Beruf des Landwirts nichts am Hut haben, durch ihr besonders ausgeprägtes Ökologieverständnis, völlig ins negative Bild verwandelt hat.

Wir werden dem Bericht des Ministers der Landwirtschaft im September 1986 intensiv zuhören und dann ja auch sicher erfahren, was die Neuorientierung bewirkt hat im Sinne der Landwirtschaft und im Sinne der Umwelt.

(Beifall der CDU)

Vizepräsidentin Frau Büttner:

Das Wort hat Herr Staatsminister Ziegler.

Ziegler, Minister für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die erneute parlamentarische Diskussion über die Flurbereinigung und ihre agrar- und umweltpolitischen Ziele wird von uns ausdrücklich begrüßt, und ich darf sicherlich mit dem Einverständnis der beiden Fraktionen feststellen, daß wir in die Konsensbereitschaft im Ausschuß in diesem Falle auch die Landesregierung mit einbeziehen dürfen.

(Beifall bei der CDU)

Ich gehe davon aus, daß diese Diskussion mit Sicherheit dazu beitragen wird, daß die insbesondere in den Medien in der letzten Zeit zum Teil sehr stark kritisierte Flurbereinigung wieder objektiver betrachtet werden wird, und zum anderen auch - und dies ist weitaus wichtiger, wie ich meine - den Effekt haben wird, der Flurbereinigung zum Nutzen des ländlichen Raums und der dort lebenden Bevölkerung neue Impulse zu geben.

(Präsident Dr. Volkert übernimmt wieder den Vorsitz.)

Allerdings halte ich es nicht für ganz zutreffend, wenn in diesem Antrag von Neugestaltung der Flurbereinigung gesprochen wird. Meine Damen und Herren, ich bin sehr viel mehr der Auffassung, daß wir hier richtigerweise von einer Weiterentwicklung der Flurbereinigung sprechen sollten. Denn im Jahre 1976 wurde das Flurbereinigungsgesetz - und dies ist hier gesagt worden - novelliert, und wir haben im Anschluß daran aufgrund der Erfahrungen die ökonomischen und ökologischen Aspekte entsprechend berücksichtigt, so daß ich heute auch nicht mehr von Fehlern sprechen möchte, die in der Vergangenheit gemacht worden sind. Denn, Herr Schmidt, wie gesagt, dieses Gesetz ist 1976 novelliert worden, und in den letzten zehn Jahren sind wir im wesentlichen so verfahren, wie heute im Detail zu dem Antrag Stellung genommen worden ist. Ich meine deshalb, wir können richtigerweise sagen, daß das, was Sie als Fehler angeprangert haben, in eine Zeit zurückreicht, die weit vor diesen zehn Jahren liegt, als wir alle noch nicht wußten, uns allen noch nicht bekannt war, welche Notwendigkeiten gerade aus umweltpolitischer Sicht schon damals zu berücksichtigen gewesen wären. Hinweisen möchte ich aber auch darauf, daß die von unserem Ministerium erlassenen Verwaltungsvorschriften und sonstigen Anweisungen auf die Umweltbelange besonders Rücksicht genommen haben.

Es steht für uns außer Frage, daß die Flurbereinigung zur Verbesserung der agrarstrukturellen Verhältnisse in Rheinland-Pfalz nach wie vor unentbehrlich ist, und für viele bäuerliche Betriebe, gleichgültig, ob dies Haupt-, Zu oder Nebenerwerbsbetriebe sind, bedarf es zur Sicherung der Existenz auch in Zukunft der Hilfe dieser ländlichen Bodenordnung. Ich betone das ausdrücklich, weil auch diese Dinge zum Teil heute, wie ich meine, nicht gerechtfertigt, in Frage gestellt werden. Unsere Betriebe draußen sind, wie Frau Abgeordnete Schmitt es schon zum Ausdruck brachte, dringend auf die Verbesserung ihrer Produktions- und Arbeitsbedingungen angewiesen. Und wie Frau Schmitt ebenfalls bereits zum Ausdruck brachte, möchte auch ich noch einmal betonen: In den nächsten zwei bis drei Jahren besteht faktisch keine Aussicht auf eine Verbesserung des Preisgefüges im Bereich der Agrarprodukte. Um so dringlicher ist es, daß unsere Betriebsleiter draußen im Bereich der Kostensenkung alle Möglichkeiten ausnutzen; und hierzu ist die Flurbereinigung ein ganz entscheidender Beitrag. Deshalb muß auch in Zukunft die Verringerung der Produktionskosten und der Arbeitszeit im Vordergrund dieser Betrachtung stehen.

Neben der agrarischen Funktion kommt der Flurbereinigung allerdings eine bedeutende Rolle bei der Verwirklichung der Ziele des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu. Die Erfolge, die wir hier erreichen konnten, sind, wie ich meine, draußen sichtbar. Ich teile nicht die Auffassung von Ihnen, Herr Abgeordneter Schmidt, der Sie auf die Gefahren, insbesondere in Richtung Umwelt, durch die intensive Landwirtschaft hingewiesen haben. Ich teile diese Auffassung deshalb nicht, weil wir gerade unter dem Gesichtspunkt des integrierten Landbaues heute und in Zukunft noch sehr viel mehr bei unseren bäuerlichen Betrieben und bei den Betriebsleitern auf Maßnahmen hinweisen - die auch durchgeführt werden -, nämlich solche des optimalen Einsatzes von Düngemitteln, sofern überhaupt notwendig, und des integrierten Pflanzenschutzes, also Maßnahmen, die, wenn Sie so wollen, nicht nur die Optimierung von der Produktion her bedeuten, sondern auch eine ausdrückliche Schonung der Bereiche, die umweltpolitisch wichtig sind.

Ich möchte einige Gesichtspunkte herausstellen, in denen eine Unterstützung des Antrags der SPD-Fraktion deutlich wird.

Zum ersten: Mit der Novellierung des Flurbereinigungsgesetzes im Jahre 1976 haben die Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege einen höheren Stellenwert erlangt. Sie nehmen nunmehr den gleichen Rang ein wie die übrigen in der Flurbereinigung zu berücksichtigenden Belange. Im Hinblick auf diese Gesetzeslage sind die Flurbereinigungsbehörden verpflichtet, bei der Neugestaltung des Flurbereinigungsgebietes die Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege in den Abwägungsprozeß einzubeziehen und sie sachgerecht gegen andere Belange abzuwägen.

Zum zweiten: Der Landesregierung ist bekannt, daß die angemessene Berücksichtigung landespflegerischer Belange in der Flurbereinigung nur möglich ist, wenn die Flurbereinigungsbehörden in ausreichendem Maße mit fachlich qualifizierten Bediensteten ausgestattet sind. Aufgrund unserer Bemühungen konnten hierfür trotz der Einsparungsaufgaben durch den Rechnungshof die personal- und haushaltsrechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden. Bei den Kulturämtern haben wir schon seit einigen Jahren Landespflegeingenieure des gehobenen Dienstes als Sachbearbeiter; darüber hinaus wurden in 1985 stattlich geprüfte Gartenbautechniker zu deren Unterstützung eingestellt, um gerade den von mir genannten Auftrag noch besser erfüllen zu können.

Zum dritten: Die Landesregierung baut auf eine sachdienliche Mitwirkung der von umweltrelevanten Planungen betroffenen Beteiligten. Sie setzt sich deshalb - und dies gilt auch für die Flurbereinigung - dafür ein, daß die Bürger in solchen Verfahren mehr als bisher beteiligt werden. Besonderes Gewicht wird dabei auf eine intensive Mitwirkung der nach § 39 Bundesnaturschutzgesetz anerkannten Landespflegeorganisationen gelegt. Das Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten hat deshalb im April 1985 eine Verwaltungsvorschrift erlassen, die diesen Organisationen zusätzliche Mitwirkungsrechte einräumt. Sie sieht eine Mitwirkung schon bei der Einleitung des Verfahrens im Rahmen der agrarstrukturellen Vorplanungen in allen für die Berücksichtigung ökologischer Belange bedeutsamen Planungsabschnitten vor.

Im Augenblick habe ich den Eindruck, daß wir darauf achten müssen, daß die kritischen Stimmen der Landespflegeorganisationen in den letzten Jahren aufgrund zu später Berücksichtigung der landespflegerischen Dinge und Angelegenheiten jetzt nicht dazu führen, daß die landespflegerischen Maßnahmen durch die frühzeitige Einschaltung einen so langen Planungszeitraum in Anspruch nehmen, daß im Anschluß daran die notwendigen agrarstrukturellen Belange der tatsächlichen Beteiligten, nämlich der Bauern, zu kurz kommen, daß heißt, die Zeit für die Abwicklung der Planung ggf. nicht mehr genügt, um zu vernünftigen agrarstrukturellen Ergebnissen zu kommen. Darauf müssen wir, wie ich meine, nunmehr achten.

Insgesamt möchte ich darauf hinweisen, daß ich - aus meiner Sicht, nicht aus dem Gesichtspunkt der Reife - nicht der Auffassung bin, daß eine Novellierung des Flurbereinigungsgesetzes notwendig ist. Ich bin sehr viel mehr der Auffassung, daß die Voraussetzungen für die Behandlung der Gleichrangigkeit ökologischer und ökonomischer Belange heute durchaus gegeben sind, daß es aber mehr darauf ankommt, daß vor Ort draußen die Beteiligten mit Vernunft und ohne Ideologie versuchen, zu vernünftigen Regelungen zu kommen.

Dies werden wir auch, mit welchem Gesetz auch immer, in Zukunft nicht regeln können. Wir werden die Menschen vor Ort brauchen, die im Einzelfall mit ihren Maßnahmen dazu beitragen, daß die Flurbereinigungsabschnitte sowohl ökologisch als ökonomisch dementsprechend sind, wie wir dies vom gesetzgeberischen Auftrag heute sehen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Volkert:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wir stimmen über die Beschlußempfehlung des Ausschusses für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten, Drucksache 10/2156, ab. Es ist nicht mehr notwendig, über die Drucksache 10/1387 abzustimmen, da die zuerst genannte Drucksache eine völlige Neufassung des Antrages enthält. Wer der Beschlußempfehlung des Ausschusses für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke. Die Gegenprobe. - Stimmenthaltung. - Damit stelle ich fest, daß diese Beschlußempfehlung einstimmig angenommen worden ist.

(Beifall im Hause)

FACHBEITRÄGE

ERFAHRUNGEN BEI DER BEARBEITUNG DER ZWEITBEREINIGUNG VON HOTTENBACH

von Obervermessungsrat Klaus Speckmann, Bad Kreuznach

1. Einleitung

Gegen den Widerstand der Mehrzahl der Beteiligten wurde die Gemarkung Hottenbach als sogenannte Zweitbereinigung gem. § 86 Abs. 3 FlurbG erneut bereinigt. Die Ablehnungsgründe sowie die Entscheidungsgründe des Oberverwaltungsgerichtes, die weitere Bearbeitung des Verfahrens und dessen Ergebnis haben zu Erkenntnissen geführt, die bei der Bearbeitung ähnlicher Flurbereinigungen durchaus interessant sein könnten.

Die noch stark landwirtschaftlich geprägte Gemeinde Hottenbach (12 Haupterwerbs- und mehr als 10 Nebenerwerbsbetriebe) liegt im Hunsrück im Kreis Birkenfeld und gehört auf regionaler Ebene zur Verbandsgemeinde Rhaunen.

Von der Verfahrensfläche - 629 ha - sind 134 ha Wald und 451 ha landwirtschaftliche Nutzfläche, davon 276 ha Acker (rd. 60 %) und 175 ha Grünland (rd. 40 %).

Hottenbach gehört zu den von der Natur benachteiligten Gebieten bei einer durchschnittlichen Höhenlage von 400 m üNN. Der Hektarwert beträgt 857,-- DM. Die Ortslage unterliegt nicht dem Verfahren. Die Anzahl der Ordnungsnummern beträgt 130.

2. Vorgeschichte

Bereits Ende der 30er Jahre wurde in Hottenbach und in den benachbarten Gemeinden ein klassisches Verfahren durchgeführt. Abgestimmt auf die damalige Kuhanspannung war das Wegenetz bei durchschnittlichen Furchenlängen von 150 m entsprechend engmaschig. Die durchschnittliche Größe der Wirtschaftsgrundstücke betrug 0,5 ha. Die Besitzzersplitterung war erheblich. Wie eine erste Untersuchung aus dem Jahre 1976 ergab, waren die Voraussetzungen für eine Zweitbereinigung gegeben. Nachdem diese strukturellen Verhältnisse auch in den benachbarten Gemeinden festgestellt wurden, fiel der Flurbereinigung von Hottenbach eine Schlüsselfunktion zu.

So fand dann auch im März 1977 eine erste Informationsversammlung statt. 70 bis 80 Bürger erschienen und bekundeten einhellig, daß sie an einem erneuten Flurbereinigungsverfahren keinerlei Interesse hätten. Dabei wurden weniger sachliche Argumente ins Feld geführt als vielmehr stets auf das alte Verfahren der 30er

Jahre verwiesen, bei dem es angeblich insbesondere in den ortsnahen Feldlagen zu Unregelmäßigkeiten bei der Zuteilung gekommen sein soll.

Obschon die Generation, die das damalige Verfahren bewußt erlebt hat, weitestgehend verstorben ist, wurde die Erinnerung an dieses Verfahren durch Überlieferung in den Familien wachgehalten. Dies war wohl der entscheidende Eindruck der ersten Informationsversammlung des Amtes. Das Thema "Flurbereinigung" war Reizwort und eröffnete eine psychologische Barriere, die keinerlei Zugang von Sachargumenten zuließ. Bereits zwei Wochen später im April 1977 gründete sich eine Interessengemeinschaft gegen die geplante Flurbereinigung, die sich mit einem Schreiben mit 64 Unterschriften an die Bezirksregierung Koblenz wandte. Als Antwort hierauf beauftragte die Bezirksregierung Koblenz im Juni 1977 das Kulturamt, die AVP III aufzustellen. Im September desselben Jahres noch wurde Hottenbach als Dorferneuerungsgemeinde nach dem ZIP-Programm anerkannt. Die Gemeinde wurde von hier aus deshalb favorisiert, weil die Absicht bestand, mit der Dorferneuerung in der Gemarkung ein Flurbereinigungsverfahren durchzuführen und dabei zugleich die Ortslage mitzuregulieren. Als Zeichen des guten Willens wurde bereits im Winter 1977/78 von hier aus ein Entwurf des Dorferneuerungsplanes erstellt. Während einer Informationsversammlung am 24.10.1977, die sich mit den Themen "AVP III" und "Dorferneuerung" eingehend befaßte, wurde von den zahlreich erschienenen Beteiligten zur Frage der Flurbereinigung ein klares Nein und zur Frage der Dorferneuerung ein eindeutiges Ja geäußert. Abgesehen von den Aktivitäten in der Dorferneuerung kehrte bis zum Herbst 1978 bezüglich der Flurbereinigung Ruhe ein. Lediglich in einem Schreiben der Gemeinde hat diese nochmals eindeutig darauf hingewiesen, daß keinerlei Interesse an einer Flurbereinigung bestehe, da nach ihrer Ansicht hiervon keine Vorteile zu erwarten seien, vielmehr lediglich einige wenige Landwirte eine höchstprivate Vorteilserwartung zu erkennen gegeben hätten. An der mangelnden Bereitschaft, ein Flurbereinigungsverfahren durchzuführen, änderte auch die Aufklärungsversammlung von November 1978 nichts. Die geschlossene Front gegen ein solches Verfahren blieb hart. Die wenigen Befürworter schwiegen, meinten sie doch letztlich erhebliche Repressalien befürchten zu müssen. Im Dezember 1978 sprach der damalige Landwirtschaftsminister Otto Meyer in Hottenbach im Rahmen einer Wahlkampfveranstaltung. Hierbei auf das Thema einer Zweitbereinigung angesprochen, soll der Minister einer Pressemitteilung zufolge nach geäußert haben, daß keine Gemeinde gegen ihren Willen zu einer Flurbereinigung gezwungen werden könne. Damit glaubte man in Hottenbach eine Entscheidung von höchster Stelle erhalten zu haben.

Ruhe kehrte in die Gemeinde ein. Die Dorferneuerung ging voran, erste Ortsstraßen wurden befestigt. Gleichwohl war das Thema einer Zweitbereinigung von amtlicher Seite noch nicht ad acta gelegt worden. Im Februar 1980 trafen sich in Hottenbach Vertreter der Bezirksregierung, der Verbands- und Ortsgemeinde sowie des Bauern- und Winzerverbandes und des Kulturamtes, um nochmals die anstehende Flurbereinigung in aller Ruhe durchzusprechen. Dieser Termin führte zu keiner Annäherung der unterschiedlichen Standpunkte. Damit war das Verfahren in ein Stadium getreten, zu dem man entweder die Flurbereinigung fallen lassen oder aber den Beschluß erlassen mußte. Am 04.03.1980 erging der Einleitungsbeschluß mit sofortiger Vollziehung. Zwischenzeitlich waren 3 Jahre seit der ersten Informationsversammlung vergangen. Zwei Wochen nach dem Flurbereinigungsbeschluß fand in Hottenbach eine turbulente Bürgerversammlung statt, die nach einer Pressemitteilung eine geschlossene Front gegen die Flurbereinigung zeigte.

Nur eine Woche später erschien ein Presseartikel, wonach sich das Kulturamt über das im Herbst 1978 gegebene Ministerwort hinweggesetzt habe. Der ungebrochene Widerstand gegen die Flurbereinigung wurde in aller Konsequenz dadurch deutlich, daß 91 Widersprüche, davon rd. 70 mit einer Liste eingelegt wurden. So waren ca. 80 % der Verfahrensfläche von Widersprüchen überzogen. Trotz eingehender Verhandlung der Bezirksregierung mit den jeweiligen Widerspruchsführern mußte sie ca. 1 1/2 Jahre später 84 Widerspruchsbescheide erlassen. Nachdem zwischenzeitlich die Ortslage aus dem Verfahren ausgeschlossen wurde, hatten sich einige Widersprüche von selbst erledigt. Dennoch wurden 70 Klagen gegen den Einleitungsbeschluß dem Obergerverwaltungsgericht vorgelegt.

3. Aus den Entscheidungsgründen des OVG

Das erkennende Gericht, das Obergerverwaltungsgericht in Koblenz, schloß sich in seinen Entscheidungsgründen vom 19.12.1982 im wesentlichen den Argumenten der beklagten Partei, dem Land Rheinland-Pfalz an.

Im folgenden die entscheidenden Leitsätze der Begründung:

- 3.1 Auf die Einrede der Kläger, eine erneute Flurbereinigung sei nicht notwendig, da bereits Ende der 30er Jahre ein klassisches Verfahren durchgeführt worden ist, befindet das Gericht, daß die bereits durchgeführte Flurbereinigung nicht mehr den neuzeitlichen Anforderungen an eine maschinengerechte Flächenbearbeitung entspreche.
- 3.2 Die Ausführungen der Kläger, wonach ein auf sachlichen Erwägungen beruhendes, wohlverstandenes Interesse der Betroffenen an einer Zweitbereinigung nicht vorliege, vielmehr von der Behörde eine unzulässige, allein auf den Kreis der Haupterwerbsbetriebe bezogene Interessenrelativierung stattgefunden habe, weist das Gericht zurück. Ein wohlverstandenes, auf sachlichen Erwägungen beruhendes Interesse liege sehr wohl vor. "Das Interesse der Beteiligten an der Durchführung einer Flurbereinigung ist gegeben, wenn bei objektiver Abwägung der für und gegen das Verfahren sprechenden sachlichen Gesichtspunkte der betriebswirtschaftliche Erfolg nicht durch besondere Gründe in Frage gestellt ist. Das kann hier unzweifelhaft angenommen werden".
- 3.3 Die von der Behörde behauptete Besitzzersplitterung könne, so die Ausführungen der Kläger, nicht geändert werden, es sei denn über Geldabfindungen. Im übrigen sei eine Arrondierung durch Anpachtung möglich. Dementgegen erkennt das Gericht aufgrund von 20 in Karten dargestellten Besitzständen, daß die Wirtschaftsgrundstücke (Eigenland und Pachtland) sehr wohl zu klein und auf die gesamte Gemarkung verteilt sind. Betriebliche Verbesserungen sind vor allem darin zu sehen, daß eine durch die Flurbereinigung zu erwartende Beseitigung der vorhandenen Besitzzersplitterung nennenswerte betriebliche Vorteile erwarten läßt. Betriebliche Verbesserungen sind vor allem darin zu sehen, daß ein rationeller Maschineneinsatz auf größeren Flächen möglich wird.
- 3.4 Gewannenlängen von durchschnittlich 150 m werden von dem Gericht als zu klein erachtet. Zur Schaffung rationaler Flächeneinheiten müssen zahlreiche Anwandwege aufgehoben werden. Damit widerspricht der Senat der Auffassung der Kläger, daß Gewannenlängen von 150 m für einen rationalen Maschinenein-

satz geeignet seien. Nach der Geländegestalt und den Bodenarten können, so der Senat, durchaus größere Gewannen gebildet werden.

3.5 Die von den Klägern als nicht zumutbar erachteten Flurbereinigungskosten in Höhe von rd. 300,-- DM/ha werden vom Gericht dagegen als zumutbare Belastung, insbesondere wenn dieser Betrag auf 3 Jahre, also 100,-- DM/Jahr, aufgeteilt wird, angesehen.

Bezüglich der wirtschaftlichen Stellung der Nebenerwerbslandwirte wird auf folgenden Leitsatz des Gerichtes hingewiesen:

"Nebenerwerbslandwirte können ebenso wie Vollerwerbslandwirte nicht darauf verzichten, die Erzeugungskosten möglichst zu senken, um dadurch ein angemessenes Kosten-Nutzenverhältnis zu erreichen. Gerade der Nebenerwerbsbetrieb ist besonders auf eine arbeitssparende Besitzarrondierung angewiesen, da er sich nur in einem zeitlich begrenzten Umfang seinem Wirtschaftsbetrieb zuwenden kann".

Mit Schreiben vom 21.02.1982 teilte die Bezirksregierung mit, daß die Urteile rechtskräftig geworden sind. Damit war der Einleitungsbeschluß vom März 1980 unanfechtbar.

Der sodann auf Mitte bzw. Ende April festgesetzten Wahl des Vorstandes sowie der Einleitung der Wertermittlung kamen Schlüsselfunktionen zu, schließlich mußte damit gerechnet werden, daß anstelle des bisherigen aktiven Widerstandes gegen die Zweitbereinigung eine passive Haltung treten würde. Wider Erwarten verlief die Vorstandswahl ruhig und sachlich.

Die gewählten Mitglieder waren insgesamt Widerspruchsführer und spätere Kläger beim Oberverwaltungsgericht. Der Initiator der damaligen Interessengemeinschaft gegen die Flurbereinigung und zugleich Wortführer der 70 unterschritenstarken Widerspruchsliste gegen den Flurbereinigungsbeschluß wurde zum Rechner bestellt.

Nur ein Haupterwerbslandwirt, wobei es sich um einen kleineren Betrieb handelt, war im Vorstand vertreten. Alle übrigen Vorstandsmitglieder sind Nebenerwerbslandwirte. Der Ortsbürgermeister wurde zum Vorsitzenden der Teilnehmergemeinschaft gewählt. Die eigentlichen Befürworter der Flurbereinigung hatten sich vor der Wahl des Vorstandes nicht organisiert und kamen insoweit auch nicht zum Zuge. Auch am ersten Tage der örtlichen Wertermittlungsarbeiten, dem 20. April 1982, waren die beantragten Gräber vollständig erschienen. Während der 1 1/2 monatigen örtlichen Arbeiten entwickelte sich zu den jeweils mitwirkenden Beteiligten, die größtenteils aus dem Vorstand der Teilnehmergemeinschaft stammten, ein kollegiales, zum Teil auch freundschaftliches Verhältnis. Damit war der Bann gebrochen. Bei allen weiteren Tätigkeiten, insbesondere jedoch bei der Aufstellung des Einteilungs- und Finanzierungsplanes, arbeiteten die Vorstandsmitglieder sachlich, wenn auch kritisch mit. Skeptisch war man geblieben, galt es doch, die in der Urteilsbegründung dargelegten Vorteile einer Flurbereinigung erst einmal zu beweisen.

4. Verfahrensmodalitäten

Entsprechend der Aufgabenstellung eines vereinfachten Verfahrens wurde bei der Bearbeitung nach Methoden gesucht, die diesem Vereinfachungsgrundsatz entsprechen.

4.1 Einteilungsplan

Grundlage der Neueinteilung ist ein Wegenetz, welches bis auf zwei kleine Verbindungsstücke ganz in alter Linienführung bestehen bleibt. Ca. 14 km alter Wege entfallen hierbei. Dabei sind bewußt einige unwirtschaftliche Spitzen in Kauf genommen worden.

Maßnahmen an Vorflutern sind nicht vorgesehen. Landschaftspflegerische Neuanlagen konnten sich auf einige wenige Baumreihen und Bepflanzung von Spitzen beschränken. Angesichts dieser Situation wurde auf die aufwendige Ausarbeitung einer Wege- und Gewässerkarte nach der gültigen Zeichenvorschrift verzichtet. Die gemeinschaftlichen Maßnahmen konnten zweifelsfrei in der Übersichtskarte 1 : 5 000 (Einteilungsplan) dargestellt werden. Diese Karte wurde als Anlage zum Finanzierungsplan der Bezirksregierung zur Genehmigung vorgelegt. Der Termin nach § 38 FlurbG war nicht erforderlich und hat auch nicht stattgefunden. Die jeweils betroffenen Träger öffentlicher Belange, im wesentlichen die Landwirtschaftskammer, die landwirtschaftliche Berufsvertretung, Orts- und Verbandsgemeinde sowie die Untere Landespflegebehörde und die Vertreter der jeweiligen Verbände wurden in Einzelterminen entsprechend beteiligt. Der technische Aufwand zur Herstellung des Einteilungsplanes beträgt im Vergleich zu einer voll ausgearbeiteten Wege- und Gewässerkarte mit Verzeichnis der Festsetzungen und Erläuterungsbericht höchstens 5 %.

4.2 Landschaftspflege

Die Summe der wegfallenden Wege beträgt rd. 6 ha. Für die künftige Verwendung dieser Fläche beschloß der Gemeinderat, daß der Gemeinde hierfür anstelle einer landwirtschaftlichen Nutzfläche ökologisch besonders wertvolle Flächen zugeteilt werden sollen. Tatsächlich wurden der Gemeinde rd. 8 ha zugewiesen, wobei ein Teil aus dem 2 %igen Landabzug mit hinzugerechnet wurde. Mit der Sicherung ökologisch wertvoller Flächen war der landespflegerische Auftrag im Grunde nach erfüllt, da Ersatzmaßnahmen ohnehin nicht erforderlich waren. Dennoch werden einige unwirtschaftliche Spitzen bepflanzte sowie Baumreihen entlang von Straßen und Gewässern neu angelegt.

4.3 Zuteilungskarte

Ein auf den Maßstab 1 : 2 000 verkleinerter Zusammendruck der Katasterkarten, in welche die Ergebnisse der Wertermittlung übernommen worden sind, bildete die Zuteilungskarte. Der Überblick von Altbesitz und Neuzuteilung war bei der Planbearbeitung äußerst hilfreich.

4.4 Vermessung

In Abstimmung mit dem zuständigen Katasteramt erfolgt die Abmarkung und Aufmessung der neuen Grenzpunkte als Fortführungsvermessung im bestehenden Orthogonalsystem. Alte beizubehaltende Grenzen werden nicht wieder hergestellt. Der zahlenmäßige Nachweis der örtlichen Vermessungsarbeiten erfolgt in den vorhandenen Rissen lediglich durch besondere Farbgestaltung. Vor Beginn der örtlichen

Arbeiten wurde das gesamte Polygonnetz vom Katasteramt überprüft und zum Teil neu bestimmt, ferner ein Koordinatenverzeichnis mit Einmessungssrissen hier vorgelegt. Die Koordinaten der neuen Grenzpunkte dienten lediglich zur Flächenberechnung, keinesfalls jedoch sollen sie den Charakter eines Koordinatenkatasters haben. Damit konnten die Vermessungskosten von 300,-- DM/ha LN (Finanzierungsplan) auf rd. 90,-- DM/ha LN reduziert werden.

4.5 Rohplanvorlage

Nach der Rohplanprüfung wurde mit allen Beteiligten die für sie vorgesehene Abfindung nach vorheriger Übersendung eines vereinfachten Grundstücksnachweises innerhalb von 12 Tagen (bei 130 Ord.Nrn. 11 Ordn.Nrn./Tag, ca. 3/4 Stunde pro Ordn.Nr.) erörtert. Sofern die vom Rohplan abweichenden Abfindungsvorstellungen der Beteiligten begründet oder für eine begründete Änderung der Abfindung eines Dritten geeignet waren, wurde der Rohplan entsprechend geändert, so daß bei der Planvorlage nur noch einige wenige Widersprüche zu erwarten sind.

Diese Methode, welche in etwa mit der Planvorlage und anschließender Nachtrag I - Bearbeitung vergleichbar ist, weist gegenüber der bisherigen Praxis wesentliche Vorteile auf:

1. Die Beteiligten werden angehört, ohne sich über einen formellen Widerspruch Gehör schaffen zu müssen.
2. Der Plan wird geändert, ohne daß die Beteiligten bereits den Besitz der von Ihnen zum Teil nicht gewünschten Grundstücke antreten müssen.
3. Die Änderung des Rohplanes kann schnell und vereinfacht durchgeführt werden - die Änderungswünsche von 50 Beteiligten waren binnen 18 Tagen eingearbeitet - da eine Überarbeitung der Register entbehrlich und der Formalismus des Nachtrages I nicht notwendig ist.
4. Die Zuteilungsberechnung erfolgt nach dem überarbeiteten Rohplan.

Die tatsächliche Zeitersparnis kann erst nach der Aufstellung des Nachtrages I genau ermittelt werden.

4.6 Vorläufige Besitzeinweisung

Da nach der Geschäftsplanung der Besitzübergang noch im Jahre 1985 erfolgen sollte, andererseits die Absteckungsunterlagen erst am 09.09.1985 vorlagen, ferner die Beteiligten spätestens Ende September mit der Winterbestellung auf den neuen Grundstücken beginnen wollten, verblieb für die Planabsteckung und anschließende vorläufige Besitzeinweisung eine Frist von 2 1/2 Wochen. Bei einer Bearbeitungsfläche von 490 ha war eine Planabsteckung in dieser Zeitspanne, selbst in der vereinfachten Form der Fortführungsmessung nicht zu realisieren. Deshalb wurden mit Zustimmung der Beteiligten die neuen Grundstücke lediglich mit einer Punktgenauigkeit von $\pm 0,5$ m ausgepflockt. (Zeitaufwand 2 Wochen bei 2 Meßtrupps à 3 Gehilfen). Bis zum Besitzübergangstermin waren auch die alten Wege rechtzeitig rekultiviert und die 2 Verbindungswege im Erdbau hergestellt, ohne daß hierfür extra eine vorläufige Anordnung getroffen werden mußte. Dem hatten die Beteiligten bei der Erörterung des Rohplanes zugestimmt. Gegen die vorläufige Besitzeinweisung wurde lediglich ein Widerspruch eingelegt, der jedoch dem Grunde nach gegen die Abfindung gerichtet ist.

4.7 Planvorlage

Der Flurbereinigungsplan wird den Beteiligten im Frühjahr 1986 vorgelegt. Bis dahin hatten die Teilnehmer, insbesondere jedoch die Betriebsführer Gelegenheit, ihre Abfindungsgrundstücke kennenzulernen. In mehreren Gesprächen mit den Landwirten haben diese betont, daß der Wechsel von den alten zu den neuen Grundstücken für sie eine große Umstellung bedeute. Erst nachdem sie die Abfindungsgrundstücke einige Male befahren haben und auch die bewirtschafteten neuen Grundstücke ihrer Berufskollegen gesehen und mit den ihren verglichen haben, werden sie auf dem neuen Grundstück allmählich heimisch. Wenn jedoch Besitzübergang und Planvorlage zeitlich zusammenfallen, somit die Beteiligten ihre Abfindungsgrundstücke lediglich abgegangen sind, dann muß mit solchen Widersprüchen gegen den Flurbereinigungsplan gerechnet werden, die auf einer mangelnden Kenntnis des Neuen beruhen oder aber als emotionale Abwehrreaktion auf die noch nicht voll verarbeitete Neuzuteilung anzusehen sind.

5. Ergebnis der Flurbereinigung

Klagebegründung und Klageentgegnung fanden ihre Entscheidung in den Urteilen des OVG, welche letztlich die Notwendigkeit dieser Zweitbereinigung bejahten. Den Beweis, welche Partei nun tatsächlich argumentativ das Richtige vorgetragen hat, kann letztlich nur das Ergebnis dieser Flurbereinigung liefern.

5.1 Abfindung

Wesentliche Entscheidungsgrundlage des OVG war eine zeichnerische und tabellarische Darstellung des zersplitterten Grundbesitzes von 20 Betrieben, aufgeschlüsselt nach der Anzahl der Wirtschaftsgrundstücke (Eigenland und Pachtland) und der Gesamtbetriebsfläche. Von diesen Betrieben wurde nach der vorläufigen Besitzeinweisung im Wege einer schriftlichen Umfrage, welche von 13 (65 %) Teilnehmern beantwortet wurde - restliche Informationen durch eigene Recherchen - die Pachtgrundstücke ermittelt. Eine Gegenüberstellung der alten und neuen Wirtschaftsgrundstücke ergab folgendes tabellarisches Ergebnis:

Betriebsgrößenklassen	Anzahl der Betriebe	Durchschnittsgröße	davon Eigenland	Zusammenlegungsverhältnis des Eigenlandes	Zusammenlegungsverhältnis der Wirtschaftsgrundstücke	Veränderungen des Zusammenlegungsverhältnisses (nach Pacht)
40 ha	2 HE	41 ha	50 %	7,6 : 1	3,8 : 1	- 50 %
20-30 ha	5 HE	24 ha	74 %	4,9 : 1	4,1 : 1	- 16 %
10-20 ha	5 HE	13 ha	64 %	4,9 : 1	4,0 : 1	- 18 %
	1 NE					
10 ha	7 NE	8 ha	72 %	4,3 : 1	4,5 : 1	+ 5 %

Damit ist die von den Klägern bezweifelte, vom OVG jedoch erwartete Arrondierung der zersplitterten Besitzstände eingetreten. Gleichwohl ist der Zusammenlegungseffekt, insbesondere bei den 2 Betrieben > 40 ha unbefriedigend, da er durch die Anpachtung von rd. 20 ha LN um die Hälfte gedrückt wurde. Bei den Betrieben der Größenordnung von 10 - 30 ha ist dieser Mangel bei 16 % bzw. 8 % nicht als so gravierend anzusehen. In Kenntnis der Pachtproblematik wurde bereits im Planwuschtermin mit den Betriebsinhabern und deren bisherigen und potentiellen künftigen Verpächtern versucht, eine Abfindung quasi als Wirtschaftseinheit anzustreben. Diese scheiterte größtenteils an den Verpächtern, die ihre Abfindungsvorstellungen bewußt ohne betriebliche Bindungen mit dem Hinweis auf eine spätere Verpachtung an den Meistbietenden äußerten. Diese für viele Verfahren typische Entwicklung im Interesse aller Beteiligten zu verbessern, wird ein wesentlicher Aufgabenbereich künftiger Verfahren sein. Ein Patentrezept liegt hierfür allerdings noch nicht vor.

Die durchschnittliche Größe der Wirtschaftsgrundstücke (Acker und Grünland) beträgt nunmehr 2,3 ha, vormals 0,5 ha.

Im Acker wurde die durchschnittliche Gewannenlänge von vormals 150 m auf rd. 340 m, im Grünland von vormals 100 m auf rd. 180 m vergrößert.

5.2 Kosten

Nachdem der Regelausbau abgeschlossen und die Planabsteckung in etwa zur Hälfte durchgeführt ist, lassen sich die voraussichtlichen Endkosten hinreichend genau vorherbestimmen:

	Finanzierungsplan			Voraussichtliche Endkosten			Mithin weniger	
		davon Eigenl.			davon Eigenl.			
je ha B Fl.	1.472,--			790,--			682	
je ha a LN	1.669,--	284,--	17 %	900,-	108,--	12 %	769	46 %

Die Kostenreduzierungen beruhen im wesentlichen auf Einsparungen in den Vermessungskosten von veranschlagten 300,-- DM/ha auf 90,-- DM/ha sowie einer ausschreibungsbedingten Senkung der Wegebefestigungskosten um rd. 40 %. Nachdem zur Finanzierung der Eigenleistung die Jagdgenossenschaft einen Anteil von 70,-- DM/ha übernommen hat, verbleibt eine voraussichtliche Restschuld von 38,-- DM/ha LN; Flurbereinigung fast zum Nulltarif.

Nach dem Besitzübergang sind die Pachtpreise von rd. 200,-- DM/ha auf nunmehr rd. 400,-- DM/ha um das Doppelte gestiegen. Dem steht eine 10 %ige Investition von rd. 40,-- DM/ha Eigenleistung gegenüber.

Der Gemeinde wurden für die wegfallenden Wege rd. 8 ha verstreut liegende ökologisch wertvolle Grundstücke zur Pflege und Sicherung zugewiesen. Dieser Maßnahme liegt ein entsprechender Ratsbeschluß zugrunde.

6. Schlußbemerkung

Einige der in dieser Zweitbereinigung gewonnenen Erfahrungen lassen sich mit Sicherheit auf ähnlich gelagerte Flurbereinigungen übertragen. Damit wäre ein Weg für ein zügiges und kostengünstiges Bodenordnungsinstrument aufgezeigt, welches die wirtschaftlichen Erwartungen an eine großzügige Arrondierung ebenso sicherstellen kann, wie die Forderungen an einen größtmöglichen Schutz der für Tiere und Pflanzen wertvollen Flächen.

PROBLEME BEI DER EINLEITUNG VON BODENORDNUNGSVERFAHREN IN DER WESTPFALZ

von Kulturamtsvorsteher Gerd Wiesmann, Kaiserslautern

Im Kulturamtsbezirk Kaiserslautern (kreisfreie Städte Kaiserslautern, Pirmasens, Zweibrücken sowie die Landkreise Kaiserslautern, Kusel, Pirmasens) sind noch rd. 30 000 ha LN aus objektiver Sicht neu zu ordnen.

Diese Zahl stimmt, was die Einleitung von Bodenordnungsverfahren anbelangt, optimistisch. Stellte man dem jedoch die häufig fehlende subjektive Bereitschaft gegenüber, besteht Anlaß zur Sorge.

Ein Rückblick zeigt, daß es in den ersten Jahrzehnten nach dem Kriege angesichts der Hoffnungen, die die Landwirte auf die Europäische Gemeinschaft setzten, gegenüber heute verhältnismäßig leicht war, Bodenordnungsverfahren einzuleiten. Nicht nur die Landwirte selbst, sondern auch alle übrigen Grundstückseigentümer, die mit dem Land verbunden waren, hatten das gleichgerichtete Ziel oder trugen es wenigstens mit, die Verbesserung der Produktionsbedingungen durch Bodenordnungsverfahren als eine gemeinsame Sache zu erreichen.

Nachdem viele Hoffnungen im agrarpolitischen Bereich geweckt wurden, die sich nicht erfüllten, ist die wirtschaftliche Situation der Landwirtschaft gerade in der strukturschwachen Westpfalz heute alles andere als rosig. Die Landwirte befinden sich in einer Abwehrhaltung auch gegenüber Bodenordnungsverfahren, obwohl diese Maßnahmen aufgrund der strukturellen Ausgangsbedingungen auch heute noch notwendig wären. Auch der Bauernverband steht Bodenordnungsverfahren skeptisch gegenüber und unterstützt die Informationstätigkeit des Kulturamtes sehr zurückhaltend. Die Grundstückseigentümer, die ihre Flächen verpachtet haben und bisher die Bodenordnungsverfahren wenigstens mittragen, nehmen ebenfalls eine Abwehrhaltung ein. Hinzu kommt noch die Kritik, die von Natur- und Landschaftsschützern der Bodenordnung entgegen gebracht wird, wenn auch diese Kritik in der Westpfalz noch in Grenzen bleibt.

In den Diskussionen mit den Landwirten und Grundstückseigentümern wird diese Abwehrhaltung in vielfältiger Weise zum Ausdruck gebracht, wobei die alten Ängste vor dem Neuen auch heute noch eine nicht geringe Rolle spielen. Insbesondere werden folgende Punkte vorgetragen:

1. Die Kosten eines Bodenordnungsverfahrens seien zu hoch.
2. Der Wegebeitrag sei zu hoch. Dies sei auch auf übermäßige Forderungen von seiten der Landespflege zurückzuführen.
3. Wenn überhaupt ein Bodenordnungsverfahren durchgeführt werde, dann sollte es kein BZ-Verfahren sein.
4. Die Einleitung gegen den Willen einer Vielzahl von Grundstückseigentümern sei "undemokratisch" und "diktatorisch".

Hierzu ist folgendes zu bemerken:

Im Kulturamtsbezirk Kaiserslautern betragen in einem klassischen Flurbereinigungsverfahren die Eigenleistungen durchschnittlich 580,-- DM/ha bei Ausführungskosten von durchschnittlich 2.800,-- DM/ha.

Die entsprechenden Zahlen für das BZ-Verfahren sind 136,-- DM/ha Eigenleistungen bei 732,-- DM/ha Ausführungskosten.

In fast allen Verfahren werden die Eigenleistungen dadurch nicht unerheblich gesenkt, daß die Jagdpacht zur Verfügung gestellt wird und die Wegeumlage, die jede Gemeinde jährlich zur Unterhaltung der Wege hebt, während des Verfahrens nicht gehoben wird.

Diese Zahlen, die ein an sich günstiges Bild ergeben, lassen die Landwirte bei der augenblicklichen Einkommenssituation trotzdem zögern, einem Verfahren zuzustimmen. Argumente und diese stützende Zahlen aus Untersuchungen, daß die Flurbereinigung die Gestehungskosten landwirtschaftlicher Produkte senkt, finden kaum einen Widerhalt.

Grundstückseigentümer, die nicht mehr wirtschaften und ihre Flächen verpachtet haben, sehen keinen Anreiz darin, daß in aller Regel nach einem Bodenordnungsverfahren der Wert eines zusammengefaßten Grundbesitzes und auch die Pachtpreise steigen.

Allerdings haben vor allem die Landwirte eine gewisse Hoffnung, die Eigenleistungen zukünftig zu senken und dadurch eine finanzielle Entlastung zu erreichen, in der Ankündigung, daß die Westpfalz nahezu insgesamt in die von Natur benachteiligten Gebiete aufgenommen wird. Dies könnte die Bereitschaft für Bodenordnungsverfahren beleben.

Was den Wegebeitrag betrifft, so liegt er im klassischen Flurbereinigungsverfahren im Durchschnitt bei 6,6 %, im BZ-Verfahren bei 2 %. Die Beiträge für landespflegerische Maßnahmen bleiben unter 1 %.

Diese Zahlen, in Informationsversammlungen vorgetragen, rufen bei den Beteiligten immer wieder sowohl Erstaunen als auch Skepsis hervor, weil sie diese, von Medien beeinflußt, für unglaublich halten.

Die Landwirte in der Westpfalz, unterstützt durch den Bauernverband, stehen dem BZ-Verfahren heute ablehnend gegenüber, obwohl es kostengünstiger ist. Sie sehen im privaten Nutzungstausch schon einen ganz erheblichen Zusammenlegungserfolg. Dabei erkennen sie aber auch den Nachteil, daß die rechtlichen Verhältnisse nicht geregelt sind und die Gefahr, daß die kommenden Generationen, was die Grenzen der Grundstücke betrifft, noch mehr Schwierigkeiten haben werden. Daher ist für sie ein "Verfahren mit Vermessung" vorteilhafter. Dieser Vorteil überwiegt in ihren Überlegungen den Nachteil des teureren Verfahrens. Sie gehen dabei davon aus, daß bei etwa 400,-- DM/ha Vermessungskosten der Eigenanteil von etwa 100,-- DM/ha bis 120,-- DM/ha gut angelegt ist.

Zunehmend wird heute kritisiert, daß die Flurbereinigungsbehörde selbst gegen den Willen der überwiegenden Anzahl der Grundstückseigentümer - nach Eigentumsfläche gerechnet - ein Bodenordnungsverfahren anordnen kann.

Es ist schwierig, den Beteiligten die Rechtsprechung nahe zu bringen, die auf das wohlverstandene, wirtschaftliche Interesse an einer Verbesserung der Agrarstruktur und auf eine auf objektiven Erkenntnissen beruhende Forderung an eine zweckmäßige Flurbereinigung abstellt.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß es bei der gegebenen Situation großer Anstrengungen bedarf, daß dem Bodenordnungsverfahren in der Westpfalz der Stellenwert erhalten bleibt, der ihm auch heute noch zukommt.

Eine Bodenordnung sollte eingeleitet und durchgeführt werden, wenn die Untersuchung durch eine Agrarstrukturelle Vorplanung das Erfordernis ergibt und der Großteil der Landwirte einem Verfahren positiv gegenübersteht, selbst wenn die übrigen, negativ eingestellten Grundstückseigentümer - nach Eigentumsfläche gerechnet - die Mehrheit bilden.

Würde man das Mehrheitsprinzip gelten lassen, käme in der Westpfalz kaum noch ein Bodenordnungsverfahren zustande, weil die Landwirte in den einzelnen Gemeinden - nach Eigentumsfläche gerechnet - selten die Mehrheit haben.

FLURBEREINIGUNG UNTER BEACHTUNG DER LANDSCHAFTSSTRUKTUR

- Eine Rückschau -

von Ltd. Ministerialrat Heinz Reifferscheid, Mainz

1. Vorbemerkung

Der Flurbereinigung wird heute allenthalben angelastet, bei der Neugestaltung der Flurbereinigungsgebiete durch eine nicht hinreichende Beachtung der Landschaftsstruktur wesentlich zur Ausräumung der Landschaft beigetragen zu haben. Dadurch entstandene Nachteile für Natur und Landschaft werden angeprangert.

Dieser Vorwurf gegen die Flurbereinigung ist umso gravierender, wenn man bedenkt, daß bereits das Flurbereinigungsgesetz aus dem Jahre 1953 hinsichtlich der Neugestaltung der Flurbereinigungsgebiete die Forderung stellte:

"Das Flurbereinigungsgebiet ist unter Beachtung der jeweiligen Landschaftsstruktur neu zu gestalten, wie es den gegeneinander abzuwägenden Interessen der Beteiligten sowie den Interessen der allgemeinen Landeskultur und der Landentwicklung entspricht und wie es das Wohl der Allgemeinheit erfordert".

Die Forderung, daß die Neugestaltung unter Beachtung der jeweiligen Landschaftsstruktur erfolgen soll, wurde erst in zweiter Lesung in das Flurbereinigungsgesetz (§ 37 Abs. 1 Satz 1) eingefügt. Offenbar war sich der Gesetzgeber eines gewissen Gegensatzes der beiden Forderungen, einerseits "Neugestaltung des Flurbereinigungsgebietes", andererseits "Beachtung der vorhandenen Landschaftsstruktur", bewußt. So folgert Steuer in seinem Kommentar zum Flurbereinigungsgesetz "dieser gesetzliche Auftrag stellt an den planenden Flurbereiniger hohe Anforderungen". Betrachtet man heute den in der Nachkriegszeit vollzogenen Strukturwandel der Landschaft, so stellt sich die Frage, haben die Planer der Flurbereinigung versagt?

2. Auswirkungen des landwirtschaftlichen Strukturwandels

Zunächst ist festzustellen, daß allein schon der in der Nachkriegszeit in der Landwirtschaft eingetretene Strukturwandel eine Änderung der Landschaftsstruktur nach sich zog. So bedingte die Motorisierung und Mechanisierung in der Landwirtschaft, insbesondere der Einsatz von Großgeräten wie Mähdrescher und Rübensvollernter, die Beseitigung der die Bewirtschaftung behindernden Streuobstbestände. Weiterhin hatte der Übergang zu viehlosen Betrieben in Rheinhessen in den 50er Jahren den Umbruch des Grünlands zur Folge. Im Zuge der Umstrukturierung landwirtschaftlicher Gemischtbetriebe in reine Weinbaubetriebe an der Weinstraße und an der Mittelmosel wurden alle klimatisch geeigneten Acker- und Grünlandflächen mit Reben bestockt. Diese Maßnahmen sowie die gleichzeitige Entwicklung zu größeren Betrieben führten schon zu einer Beseitigung landschaftsprägender Elemente und zu großflächigeren Monokulturen. In diesem Zusammenhang muß aber auch gesehen werden, daß dieser Wandel in der Regel durch gleichzeitige Maßnahmen der Flurbereinigung beschleunigt, erleichtert und in manchen Fällen erst ermöglicht wurde.

3. Gestaltung der Landschaft durch Flurbereinigung

Die seinerzeitige Zielsetzung der Flurbereinigung hinderte den Planer daran, die Landschaftsstruktur in einem für die Belange von Natur und Landschaft erforderlichen Umfang zu berücksichtigen. Nach dem Kriege galt es zunächst die Hungersnot zu bekämpfen und den Landwirten durch Zusammenlegung, Erschließung und Gestaltung der landwirtschaftlichen Nutzflächen eine rationelle Bewirtschaftung zu ermöglichen.

Zur Bekämpfung der Hungersnot wurden Wälder gerodet, Moore kultiviert und großflächige Entwässerungen vorgenommen, die wiederum einen weiteren Umbruch des Grünlandes zur Folge hatten. Diese Maßnahmen setzten den Ausbau von Bächen und Gräben voraus, die zur Vermeidung von Erosion und zum Zwecke der leichteren Unterhaltung grundsätzlich eine Sohlbefestigung durch Steinstückung, Beton oder Betonfertigteile erhielten.

Die Motorisierung und Mechanisierung in der Landwirtschaft erforderte zwingend größere und möglichst gut geformte Grundstücke. In der Feldmark vorhandene Landschaftselemente, die einer großflächigen rationellen Bewirtschaftung entgegenstanden, wurden deshalb aus ökonomischen Gründen beseitigt; hierin wurde gleichzeitig auch noch ein Beitrag zur Ertragssteigerung gesehen. Wesentlich verstärkt aber wurden diese durch die Umstrukturierung bedingten Maßnahmen durch die Forderung des Flurbereinigungsgesetzes:

"Die Feldmark ist neu einzuteilen und zersplitterter Grundbesitz nach neuzeitlichen betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten zusammenzulegen. Wege, Gräben und andere gemeinschaftliche Anlagen sind zu schaffen, Bodenverbesserungen vorzunehmen, die Ortslagen aufzulockern und alle sonstigen Maßnahmen zu treffen, durch welche die Grundlagen der Wirtschaftsbetriebe verbessert werden, der Arbeitsaufwand vermindert und die Bewirtschaftung erleichtert wird (§ 37 Abs. 1 Satz 2 FlurbG)".

Die wichtigste Voraussetzung für nach Lage, Form und Größe zweckmäßig zu gestaltende Grundstücke wurde in der Flurbereinigung schon immer in der Einteilung der Feldmark durch ein neues Wege- und Grabennetz gesehen. Eine durch geradlinig und parallel begrenzte Blöcke geometrisch eingeteilte Feldmark, die eine zweckmäßige Gestaltung der neuen Grundstücke sowie eine rationelle Erschließung und Bewirtschaftung aller Flächen ermöglichte, war deshalb das angestrebte Ziel der Planung für die Neueinteilung der Feldmark. Ob hierdurch nun vorhandene Landschaftselemente als Voraussetzung oder als Folge der Neueinteilung beseitigt werden mußten, blieb in der Wirkung gleich. Feldraine, Böschungen, Hecken, Bäume und Sträucher verschwanden aus der Feldflur. Bei der Neufestsetzung der Feld-Waldgrenze, für die es besondere Termine gab, wurden die Wälder, insbesondere vorspringende Waldecken, zurückgedrängt; der Ausbau der Gewässer hatte eine weitgehende Beseitigung des Uferbewuchses zur Folge. Wie ernst die Ertragssteigerung genommen und wie dazu der letzte Quadratmeter der Feldflur mobilisiert wurde, kann beispielhaft daraus ersehen werden, daß seinerzeit die Böschungen der Wasserläufe im Grünland zuweilen flach ausgebaut wurden, um eine Nutzung bis an den Rand des Wassers zu ermöglichen.

Die Produktionssteigerung und die Rationalisierung in der Landwirtschaft blieben auch Hauptziele des Flurbereinigungsgesetzes (1953), um die deutsche Landwirtschaft im Hinblick auf die EG gegenüber anderen hochentwickelten Landwirtschaften wettbewerbsfähig zu gestalten. Wegen der Dringlichkeit dieser Maßnahme wurde das Personal der Landeskulturverwaltungen erheblich verstärkt. Die Ausbaumaßnahmen in der Flurbereinigung - früher weitgehend durch Hand- und Spanndienste ausgeführt - wurden durch den Einsatz von Maschinen - Grabenbagger, Dränmaschinen, Planiertrauen, Straßenfertiger usw. - beschleunigt. Die fortschreitende Motorisierung und Mechanisierung in der Landwirtschaft erforderte zudem immer weitmaschigere Wegenetze bei der Neueinteilung der Feldmark, um die Pflugfurchen von 60 bis 80 m, bei der früheren tierischen Anspannung, auf 300 bis 500 m zu verlängern und an Stelle früher angestrebter Wirtschaftsstücke von 0,25 ha solche von mindestens 2 ha Größe zweckmäßig gestalten zu können. Hierdurch sich ergebende Kollisionen mit den Konturen des Geländes erhöhten die Erosionsgefahr. Zur Abwehr von Wind- und Wassererosion wurde deshalb bereits in der 50er Jahren damit begonnen, entlang der neuen Wege Schutzpflanzungen anzulegen. Diese Anlagen hatten jedoch keine ökologische, die Ökologie war seinerzeit ein unbekannter Begriff, sondern eine rein ökonomische Zielsetzung. Die Vorstände der Teilnehmergeinschaften in der Flurbereinigung stimmten deshalb solchen landschaftspflegerischen Maßnahmen nur zu, wenn sie von deren Nutzen für Bodenschutz, Windschutz, Klimaschutz, Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit und Ertragssteigerung überzeugt werden konnten. Heute wird der ökologische Wert dieser Bodenschutzpflanzungen oft bezweifelt und die Wirkung auf das Landschaftsbild, wegen der Geradlinigkeit dieser Anlagen oft als ästhetisch unbefriedigend empfunden; es muß jedoch das Bemühen des Flurbereinigungsplaners, für die Beseitigung von Landschaftselementen seinerzeit schon Ersatzmaßnahmen vorzunehmen, anerkannt werden.

4. Behutsame Landschaftsgestaltung durch beschleunigtes Zusammenlegungsverfahren

Bei dem Entwurf des Flurbereinigungsgesetzes (1953) war schon ersichtlich, daß die zur Strukturverbesserung in der Landwirtschaft dringend notwendige Beseitigung der Besitzzersplitterung durch eine arbeitsaufwendige Flurbereinigung nicht schnell genug erzielt werden konnte. Als neue Verfahrensart wurde deshalb im 5. Teil des Gesetzes ein "Beschleunigtes Zusammenlegungsverfahren" eingefügt, dessen Zielsetzung lediglich in der Beseitigung der Besitzzersplitterung durch Zusammenlegung vorhandener Grundstücke bestand. Für die Durchführung eines solchen Verfahrens wurde aber vorausgesetzt, daß die Anlage eines neuen Wegenetzes und größere wasserwirtschaftliche Maßnahmen zunächst nicht erforderlich sind.

In Rheinland-Pfalz wurden von 1955 bis 1985 rd. 200.000 ha landwirtschaftliche Flächen - die Ortslagen und forstwirtschaftlichen Flächen blieben in der Regel vom Verfahren ausgeschlossen - durch beschleunigte Zusammenlegung bereinigt. Der dadurch in der Feldmark für die landwirtschaftlichen Betriebe erzielte betriebswirtschaftliche Erfolg ist nach neuesten eingehenden Untersuchungen ebenso groß, wie er durch eine arbeits-, zeit- und kostenaufwendige Flurbereinigung erzielt werden kann.

Die Einsparungen der beschleunigten Zusammenlegung gegenüber einer Flurbereinigung ergeben sich in erster Linie daraus, daß die Anlage eines neuen Wegenetzes

unterbleibt und somit darauf verzichtet wird, "die Feldmark neu einzuteilen". Die neuen Grundstücke werden lediglich durch Zusammenlegung vorhandener Grundstücke innerhalb beibehaltener oder zusammengefaßter Gewanne gebildet, wodurch sich auch eine Vermessung erübrigt.

Der Verzicht auf eine Neueinteilung der Feldmark in der beschleunigten Zusammenlegung bedingt eine weitgehende Erhaltung vorhandener Landschaftselemente. Zunächst bleiben die Wege einschließlich Böschungen und Begleitgrün erhalten. Weiterhin stören, da die Furchenrichtungen grundsätzlich beibehalten werden, die in den Gewannen vorhandenen Baumreihen, Böschungen und Hecken nicht die Bewirtschaftung größerer Grundstücke und brauchen deshalb in der Regel nicht beseitigt zu werden. Da auch auf größere wasserwirtschaftliche Maßnahmen verzichtet wird, erübrigt sich ein Ausbau der Gewässer, die so in ihrem natürlichen Zustand erhalten bleiben.

5. Rückblick

Rückschauend ist festzustellen, daß die primäre Zielsetzung der Flurbereinigung nach dem Kriege - Sicherung der Ernährung und äußerste Ökonomie für die Landwirtschaft, verbunden mit einer möglichst perfekten Neueinteilung der Feldmark - keinen hinreichenden Freiraum für die Beachtung der jeweiligen Landschaftsstruktur bei der Neugestaltung der Flurbereinigungsgebiete ließen. Die Kritik an den Folgen der so bis weit in die 70er Jahre durchgeführten Flurbereinigungen - ausgeräumte oder ökologisch verarmte Landschaften - ist aus heutiger Sicht berechtigt.

Weit günstiger zu beurteilen sind jedoch die durchgeführten beschleunigten Zusammenlegungsverfahren, da die Eingriffe in Natur und Landschaft wesentlich geringer gehalten werden konnten. Andererseits mußten aber in den beschleunigten Zusammenlegungsverfahren gezielte landschaftspflegerische Maßnahmen unterbleiben, da der Verzicht auf Neueinteilung und Neuvermessung der Feldmark die Ausweisung und rechtliche Sicherung entsprechender Flächen nicht erlaubten.

6. Beachtung der Landschaftsstruktur aus heutiger Sicht

Zieht man aus vorstehenden Betrachtungen die Folgerungen, so ist bei der ländlichen Bodenordnung verstärkt die beschleunigte Zusammenlegung als landschaftsschonendes Verfahren einzusetzen *). Der betriebswirtschaftliche Effekt dieses Verfahrens ist mit dem einer Flurbereinigung vergleichbar, ohne daß dabei die geschilderten nachteiligen Auswirkungen einer Flurbereinigung auf die Landschaftsstruktur eintreten können. Beschleunigte Zusammenlegungen lassen sich heute in vielen Fällen aber nicht mehr so wie früher, d.h. lediglich durch Zusammenfassen ganzer Flurstücke und ohne Vermessung durchführen. Hierzu fehlen, infolge einheitlicher Bewirtschaftung oder Brachfallens größerer zusammenhängender Flächen, oft in hinreichendem Umfang örtliche Bewirtschaftungsgrenzen, die mit Flurstücksgrenzen der Katasterkarten übereinstimmen; die technischen Voraussetzungen zur Durchführung einer beschleunigten Zusammenlegung sind dann nicht mehr gegeben.

.....

*) siehe auch Beschluß des Landtages vom 06. Juli 1984 zur Drucksache 10/468/753

In diesen Fällen bietet sich das vereinfachte Flurbereinigungsverfahren (§ 86 Abs. 3 FlurbG) an, bei dem auf die Aufstellung eines Wege- und Gewässerplanes verzichtet wird und somit auch eine Neueinteilung der Feldmark unterbleibt. Dieses Verfahren verbindet die Vorteile der umweltschonenden und kostengünstigen beschleunigten Zusammenlegung mit den Vorteilen einer Flurbereinigung hinsichtlich der Regelung der Rechtsverhältnisse durch Vermarkung und Vermessung der neuen Grundstücke. Nicht nur die Landschaftsstruktur bleibt so grundsätzlich erhalten, sondern es können zusätzlich besondere Grundstücke für Maßnahmen des Bodenschutzes und der Landschaftspflege gebildet werden.

Mit der Erhaltung der Landschaftsstruktur wird auch eine der wichtigsten Voraussetzungen zur Berücksichtigung der ökologischen Belange erfüllt; denn gerade diesbezüglich gilt der Grundsatz "Erhalten ist besser als Neugestalten". Die Beibehaltung vorhandener Landschaftselemente bewahrt die Standorte wildwachsender Pflanzen und die Lebensräume wildlebender Tiere, die dann Ausgangspunkte für die Vernetzung der Landschaft bilden; hierzu bedarf es in der Regel keines besonderen Kostenaufwandes, sondern in erster Linie geschickter planerischer Überlegungen. Der Flurbereinigungsplaner ist deshalb heute gehalten und aufgrund der geänderten agrarpolitischen Rahmenbedingungen auch in der Lage, in allen Bodenordnungsverfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz die jeweilige Landschaftsstruktur viel stärker als in der Vergangenheit zu beachten. Darüberhinaus hat er nach § 37 Absatz 1 des Flurbereinigungsgesetzes 1976 den Auftrag "bodenschützende sowie -verbessernde und landschaftsgestaltende Maßnahmen vorzunehmen". Er erfüllt damit den bereits im Kommentar zum Flurbereinigungsgesetz 1953 von Steuer formulierten Auftrag, in der Flurbereinigung "die Neuordnung so den örtlichen Gegebenheiten anzupassen, daß die entstehende oder bereits vorhandene Kulturlandschaft die technischen und wirtschaftlichen Zwecke mit der natürlichen Harmonie der Landschaft in Einklang zu bringen sucht und vor allem zur Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit oder zu ihrer Wiederherstellung beiträgt, um auf diese Weise das biologische Gleichgewicht in der Kulturlandschaft zu sichern".

GRUNDLAGEN FÜR DEN AUSBAU KLEINERER FLIESSGEWÄSSER

von Regierungsangestellter Wolfgang Albrecht, Koblenz

1. Vorbemerkung

Der Begriff "kleinere Fließgewässer" besagt, daß es sich um Gewässer mit einer Sohlenbreite von wenigen Zentimetern bis zu einem Meter und einem Mittelwasserstand von 10 - 20 Zentimetern handelt.

Grundsätzlich soll eine naturnahe Regelung von Fließgewässern nicht nach DIN-Normen, Richtlinien, Vorschriften usw. erfolgen, da jedes Gewässer seine eigene Dynamik besitzt; ein Fließgewässer läßt sich nicht in Normen zwingen.

2. Umfeld-Vernetzung

Das Biotop "Fließgewässer" stellt kein isoliertes System dar, das es für sich allein zu betrachten gilt; im Gegenteil, es steht in sehr enger Beziehung zu seinem Umfeld. Als Umfeld sind nicht nur die Ufer und die angrenzende Talaue zu sehen, sondern auch das gesamte unter- und oberirdische Einzugsgebiet bis hin zu den Wasserscheiden. Veränderungen jeglicher Art an einem Gewässer werden sofort im Umfeld spürbar und stören das ökologische Gleichgewicht empfindsam. Einige beispielhafte Aufzählungen mögen dieses verdeutlichen.

Eine Böschungssicherung durch Reihenbepflanzung mit Erlen und Weiden verdrängt das Braunkehlchen und die Bekassine total. Diese Vogelarten sind auf offenes Gelände und freie Gewässerstrecken angewiesen. Eine durchgehende Steinschüttung trägt zum Artenrückgang der Rauch- und Mehlschwalbe bei. Durch die Befestigung mit Steinen werden Lehm- und Sandbänke beseitigt, die den Schwalben als Grabstelle für Nistmaterial dienen. Auch Schmetterlingen, die Sandbänke im Gewässer als Tränke benutzen, wird eine Lebensgrundlage entzogen.

Durch Gewässervertiefungen wird die Anlage von Dränungen in der Regel erst ermöglicht, da die notwendige Ausmündungstiefe vorher fehlte. Das Ergebnis ist, daß Feuchtwiesen und kleinere wassergefüllte Geländemulden entwässert werden und Lebensräume für spezialisierte Pflanzen (Binsen, Seggen, Orchideen) und Tiere (Lurche, Insekten) vernichtet werden. Auch für die weiteren Konsumenten (Vögel, Säugetiere) ist dieses Nahrungsbiotop verloren.

Veränderungen im weiten Umfeld des Gewässers können ein bis dahin intaktes charakteristisches Gewässer bis hin zur totalen Verfälschung beeinflussen. Es sei hier der Umbruch von Grünland in Ackerland erwähnt, mit der Folge, daß verstärkt Bodenmassen durch Ausschwemmung in das Gewässer gelangen und durch vermehrten Dünge- und Pflanzenbehandlungsmiteinsatz das Gewässer überdüngt bzw. vergiftet wird. Dadurch kann ein intaktes Brutgewässer für Forellen nachhaltig zerstört werden. Eine weitere Beeinflussung des Gewässers ist durch den Wege- und Straßenbau gegeben. Durch neue bzw. geänderte Linienführungen kann das Einzugsgebiet so verändert werden, daß ein normal fließendes Gewässer gänzlich austrocknet oder aber zum Wildbach wird. Die daraus resultierenden Folgen für die Flora und Fauna sind dann absehbar.

Wie aus dieser Auflistung, die stellvertretend für viele weitere Beispiele steht, ersichtlich wird, ist es unumgänglich, eine ökologische und auch wasserwirtschaftliche Bestandsaufnahme für ein Gewässer, das ausgebaut werden soll, vorzunehmen.

3. Ökologische Bestandsaufnahme

Zu der ökologischen Bestandsaufnahme gehört die Erfassung und Bewertung im botanischen und zoologischen Bereich.

Zu erfassen sind unter anderem:

Im Gewässer:

Arteninventar und Besiedlungsdichte, Fischbestand durch elektrisches Befischen, die verschiedenen Sohlensubstrate, Bauwerke, wie z.B. Wehre, die als

Barriere den Aufstieg von Tieren hindern könnten, die biologische Bestimmung der Gewässergüte

Am Gewässer:	Bewuchs, wie Bäume, Büsche, Kräuter, Gräser und deren Bestand (vergreist, artenarm usw.), Besonnung bzw. Beschattung, Arteninventar
Saumstreifen:	wenn vorhanden, dessen Eignung und Qualität als Übergangszone zwischen Nutzung und Gewässer, als Pufferzone gegen Schadstoffeintrag, als Lebens- und Nahrungsbiotop. Ist keiner vorhanden, so ist eine mögliche Abgrenzung zu ermitteln.
Feuchtzonen, -wiesen, Tümpel:	Wasserführung (ständig oder tlw. austrocknend), Arteninventar
Wiese/Weide:	Beeinträchtigungen durch Viehtritt, Einzäunung, Düngung, liegengeliebene Mahd (Eutrophierung, Abflußhindernis)
Acker:	Beeinträchtigungen durch Dünger, Spritzmittel, Boden-erosion
Wald:	Laub-, Misch- oder Nadelwald (Versauerung), Beschattung und somit Abkühlung und Sauerstoffreichtum
Straßen/Wege:	Beeinträchtigungen durch Abrieb (Asphalt), Öl-Benzin, sowie durch Materialeintrag (Basaltsplit, Lavasand usw.)
Ortslage/Gehöfte:	die Arten von Gärten (Beton, Zierrasen, Blumenwiese, Obst- oder Gemüsegarten) und die hiervon ausgehenden Beeinträchtigungen (Müll, Dünger, Spritzmittel usw.), Einzäunungen (Verletzungsgefahr durch Stacheldraht)
Teichanlagen:	Besatzart und -dichte, Zufütterung, Beeinträchtigungen durch Wasserentnahme (bei NW) und Wiedereinleitung (Erwärmung)
Nutzungsänderung:	Feststellung von Nutzungsänderungen, Wiese in Acker (Bodenerosion), Aufforstung (evtl. Versauerung) und damit verbundener Artenrückgang
Erholung/Freizeit:	Camping, Wanderwege, Reitwege, Radwege, Grillplatz, Beeinträchtigungen durch Müll, Lärm, Fangen von Tieren, Pflücken und Ausgraben von Pflanzen
Unterhaltung:	Unterhaltungszustand, Beeinträchtigungen durch Unterhaltungsmaßnahmen während der Brut- und Setzzeit

4. Wasserwirtschaftliche Bestandsaufnahme

Im Zuge der Erhebungen sind u.a. folgende Daten zu erfassen und auszuwerten:

- Kartierung des Gewässerzustandes durch Tabellen, Skizzen und Fotos; im einzelnen sind der Unterhaltungsgrad, die Belastung des Gewässers durch Kanalisation, Kläranlagen, sonstige Abwässer und Müllkippen und die Bestimmung der chemischen Gewässergüte festzustellen.
- Nivellitische Aufnahmen der Gewässerprofile an charakteristischen Stellen, Beobachten und Feststellen von Veränderungen am und im Gewässer an einigen ausgewählten Profilen während einer Dauer von mindestens 2 Jahren.
- Veränderungen im Abflußverhalten durch Regenüberläufe (Mehrwasser), starke Profilräumung (Beschleunigung), Vergrößerung oder Verkleinerung des Einzugsgebietes durch vorhandene oder geplante Straßen und Wege, Versiegelungen (Mehrwasser), Einengungen, wie Müllkippen, Bebauung, Rohrleitungen (Abflußbeschleunigung)
- Feststellen von Schäden und deren Ursachen (Schadensaufnahme)
- Ermittlung des tatsächlichen Hochwasserverhaltens des Gewässers durch Beobachtungen und Befragungen
- Festlegung der wasserwirtschaftlichen Grunddaten und Erstellen der notwendigen hydraulischen Berechnungen.

5. Folgerungen aus den Bestandsaufnahmen

Die Auswertungen aus der ökologischen und der wasserwirtschaftlichen Bestandsaufnahme bilden die Grundlage für das weitere Vorgehen. Es empfiehlt sich hier ein **schrittweises** Vorgehen.

Als erstes ist zu überlegen, ob auf einen Ausbau ganz verzichtet werden kann. Ermöglicht wird dies durch die Ausweisung eines breiten **Saumstreifens** beidseitig des Gewässers. In dieser eigenen Gewässerparzelle, dessen Breite je nach Ausuferungsgrad variieren muß (mindestens jedoch 5 m je Ufer), kann sich das Gewässer dann in seinem natürlichen, dynamischen Verlauf bewegen, ohne daß unmittelbare Gefahr für die Anlieger besteht.

Die notwendige Fläche für diesen Saumstreifen kann durch Kauf, Landabzug oder aber auch durch eine Grunddienstbarkeit bereitgestellt werden.

Läßt sich die vorgenannte Lösung nicht verwirklichen, kommt als zweite Möglichkeit die **Unterhaltung** in Betracht. Durch mangelnde oder übertriebene Unterhaltungsmaßnahmen entstehen viele Schäden am Gewässer; sei es, daß Abflußhindernisse nicht beseitigt werden und es zu Ausuferungen kommt oder aber, daß durch regelrechte Kahlschläge schützendes Wurzelwerk zerstört wird und Uferabbrüche entstehen. Durch gezielte, aber schonende Unterhaltung kann das Entstehen und das Ausweiten von Schäden verhindert werden. Bei dieser Lösung sind die Unterhaltungspflichtigen gefordert, endlich etwas für die Unterhaltung an den Gewässern zu tun.

Sind die Schäden so groß, daß auch Unterhaltungsmaßnahmen diese nicht beheben können, ist die dritte Lösung der **punktueller Ausbau**. Punktueller Ausbau bedeutet, daß einzelne stark gefährdete Bereiche gezielt gesichert werden, ohne gleich eine größere Strecke komplett auszubauen. Sichern heißt, daß entstandene Schäden so weit saniert werden, daß ein Fortschreiten verhindert wird, der bereits entstandene Schaden aber nicht perfekt beseitigt wird.

Führen die bisher aufgezeigten Lösungsmöglichkeiten zu keinem Ergebnis und es bleibt nur noch ein **Ausbau**, so sind die nachfolgenden Grundsätze zu beachten.

6. "Naturnaher" Ausbau

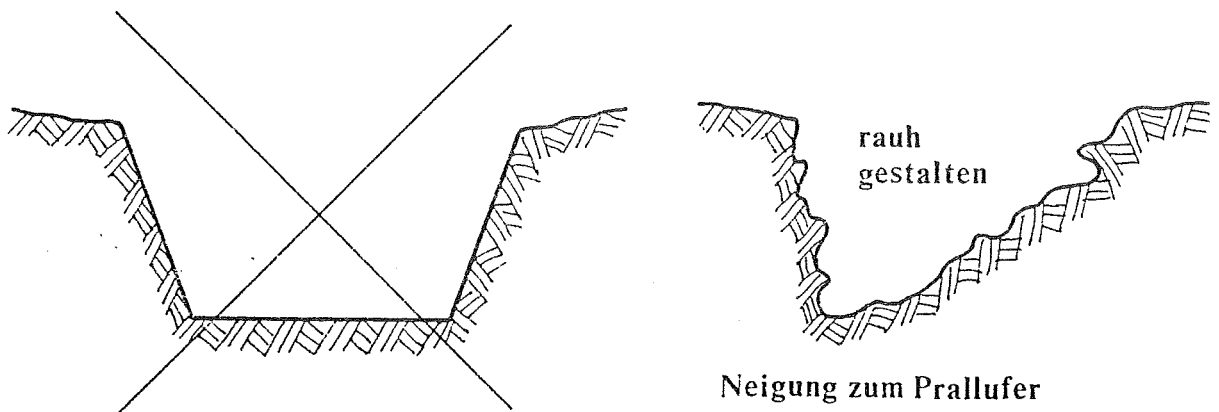
Grundsätzlich ist die Erhaltung bzw. Wiederherstellung einer vielgestaltigen kleinräumigen Gewässermorphologie anzustreben. Es muß ein von der Strömung geprägtes Längs- und Querprofil entstehen, d.h. ein gewundener Lauf mit Prall- und Gleitufer, großer Uferlänge, intensivem Wasser- Landkontakt, unterschiedlichen Breiten- und Tiefenverhältnissen auf engstem Raum, häufigem Wechsel der Fließgeschwindigkeit, verschiedenartigen Substraten in der Sohle, Uferabbrüchen, Kolken, sowie unterspülten Ufern (Fischunterständen).

Bestimmender Faktor ist dabei die gestaltende Kraft des fließenden Wassers. Deshalb darf die natürliche Fließwasserdynamik durch einen überdimensionierten Ausbau nicht zu stark eingeengt werden.

Dem Gewässerausbau nur im Erdbett ist immer der Vorzug vor einer durchgehenden Befestigung zu geben. Dabei darf keinesfalls ein gleichmäßig profilierter Ausbau entstehen. Ein Profillöffel hat bei einem naturnahen Ausbau nichts zu suchen. Ein Trapezprofil gibt es in der Natur nicht.

Sohle und Böschungen sind rauh zu gestalten. Die Sohle ist zum Prallufer hin zu neigen.

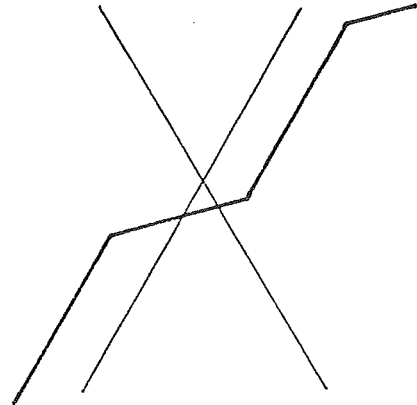
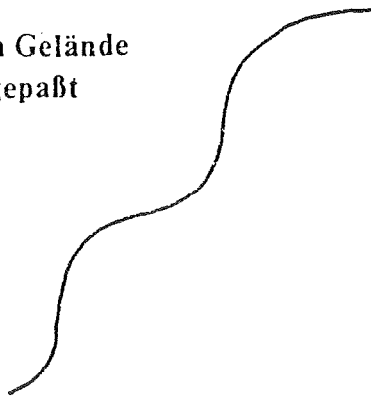
Nr.1



Die Linienführung muß dem Gelände folgen, sie darf nicht technisch trassiert werden.

Nr.2

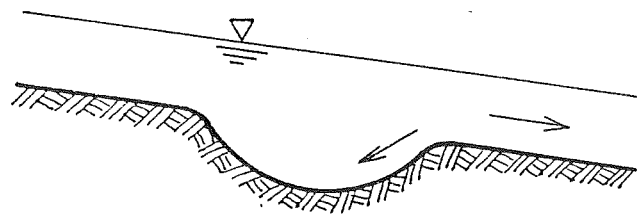
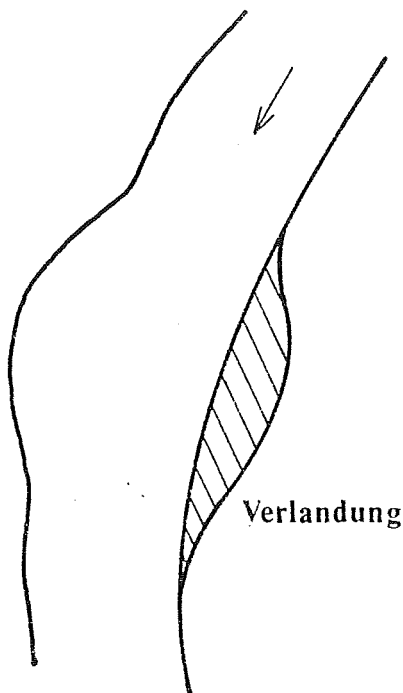
dem Gelände
angepaßt



In unregelmäßigen Abständen sind **Aufweitungen** vorzunehmen. Diese Aufweitungen können mit und ohne Sohlvertiefung ausgeführt werden. Sie sollten stets nur einseitig angelegt werden. Versuche haben gezeigt, daß bei beidseitiger Aufweitung am Gleitufer innerhalb kürzester Zeit eine totale Verlandung eintritt.

Bei gleichzeitiger **Sohlvertiefung** (künstlicher Kolk) wird in der Sohle ein Gegengefälle hergestellt.

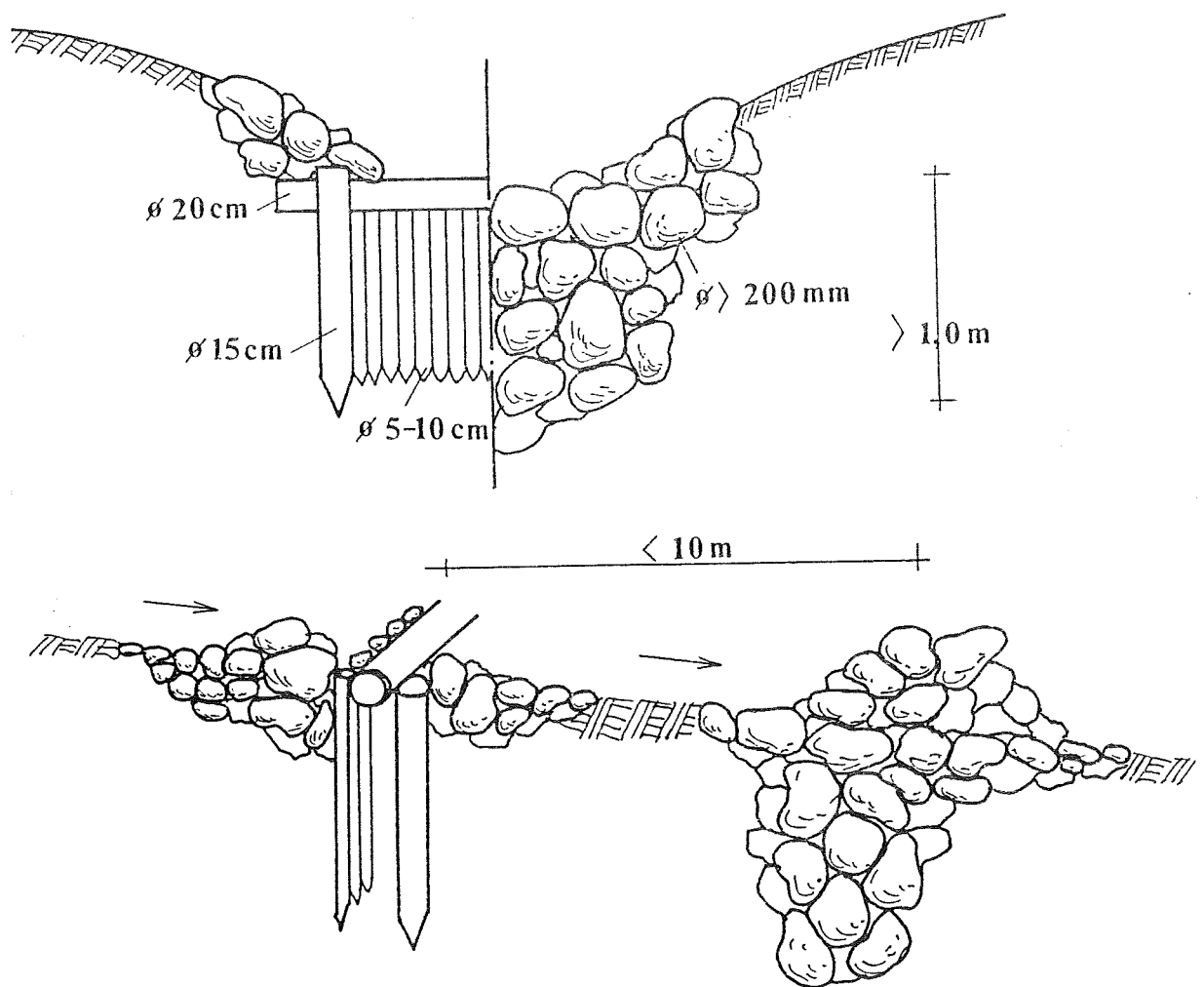
Nr.3



Durch die Aufweitungen entstehen Ruhezones und es tritt ein Fließwechsel ein. Sie dienen Fischen und auch Fröschen als Laichzonen.

Wird die Grenzscheppspannung bei der anstehenden Bodenart überschritten, muß nicht gleich befestigt werden. Durch **Sohlschwellen** sollte versucht werden, die Sohle zu stabilisieren. Der Abstand zwischen den einzelnen Schwellen darf nicht zu groß sein (kleiner als 10 m), um die Gefahr einer größeren Erosion zu verringern. Damit eine eintretende Erosion auch nachhaltig an der nächsten Schwelle gestoppt wird, ist diese tief genug zu gründen.

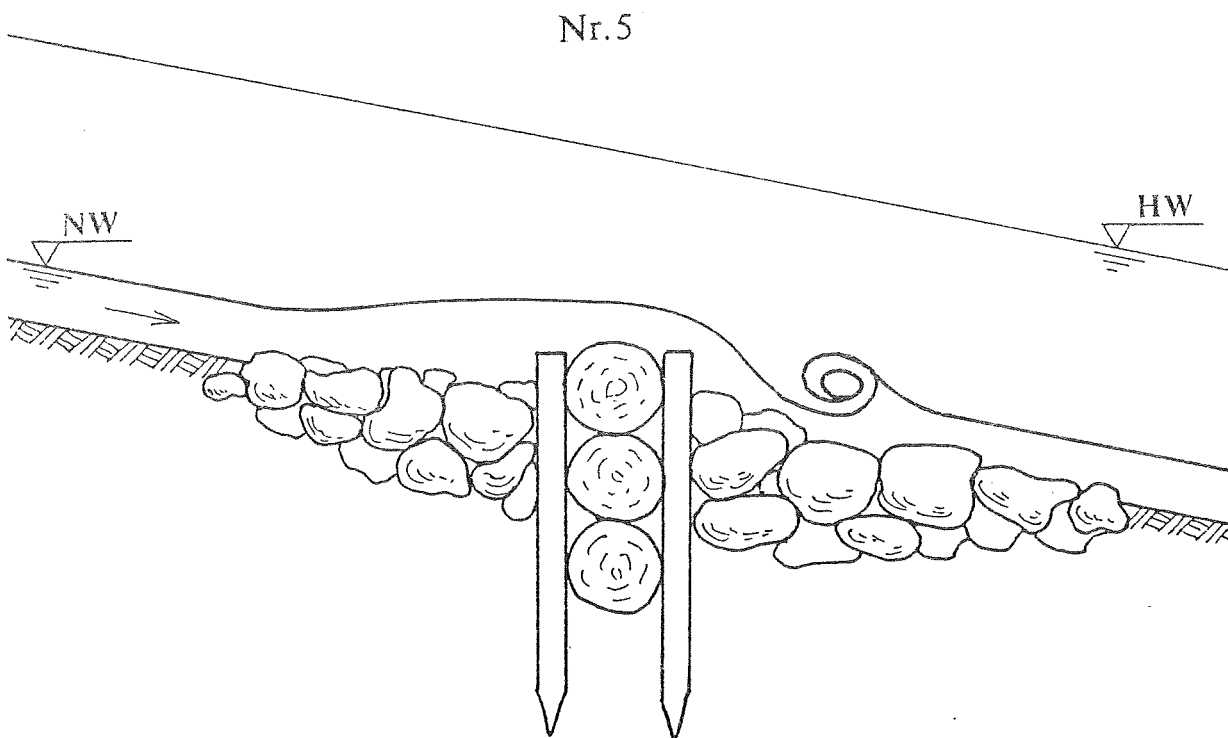
Nr.4



Die Sohlschwellen können aus Holz, Stein oder Drahtschotterwalzen bestehen. Im Bereich der Schwelle muß der Böschungsfuß gesichert werden. Je nach den Gefälle-verhältnissen kann vor und hinter der Schwelle zu deren Sicherung eine Sohlbe-festigung notwendig werden. Sohlschwellen schließen mit der Sohle bündig ab.

Grundswellen haben im Prinzip dieselbe Funktion wie die Sohlswellen und sind in der Ausbauart gleich. Sie ragen jedoch über die Sohle hinaus. Sie haben bei großen Abflüssen (HW) keine gefällevermindernde Wirkung.

Die Grundswellen sollten den Sohlswellen vorgezogen werden, da sie das Gewässer hauptsächlich bei Niedrig- und Mittelwasserständen vielschichtiger gestalten. Oberhalb der Schwelle bildet sich ein Rückstau und eine Stillwasserzone entsteht, außerdem wird der Abfluß gebremst bzw. verzögert. Für den Fischeufstieg ist es wichtig, daß der Fisch nach einem Sprung eine Ruhewasserzone findet.

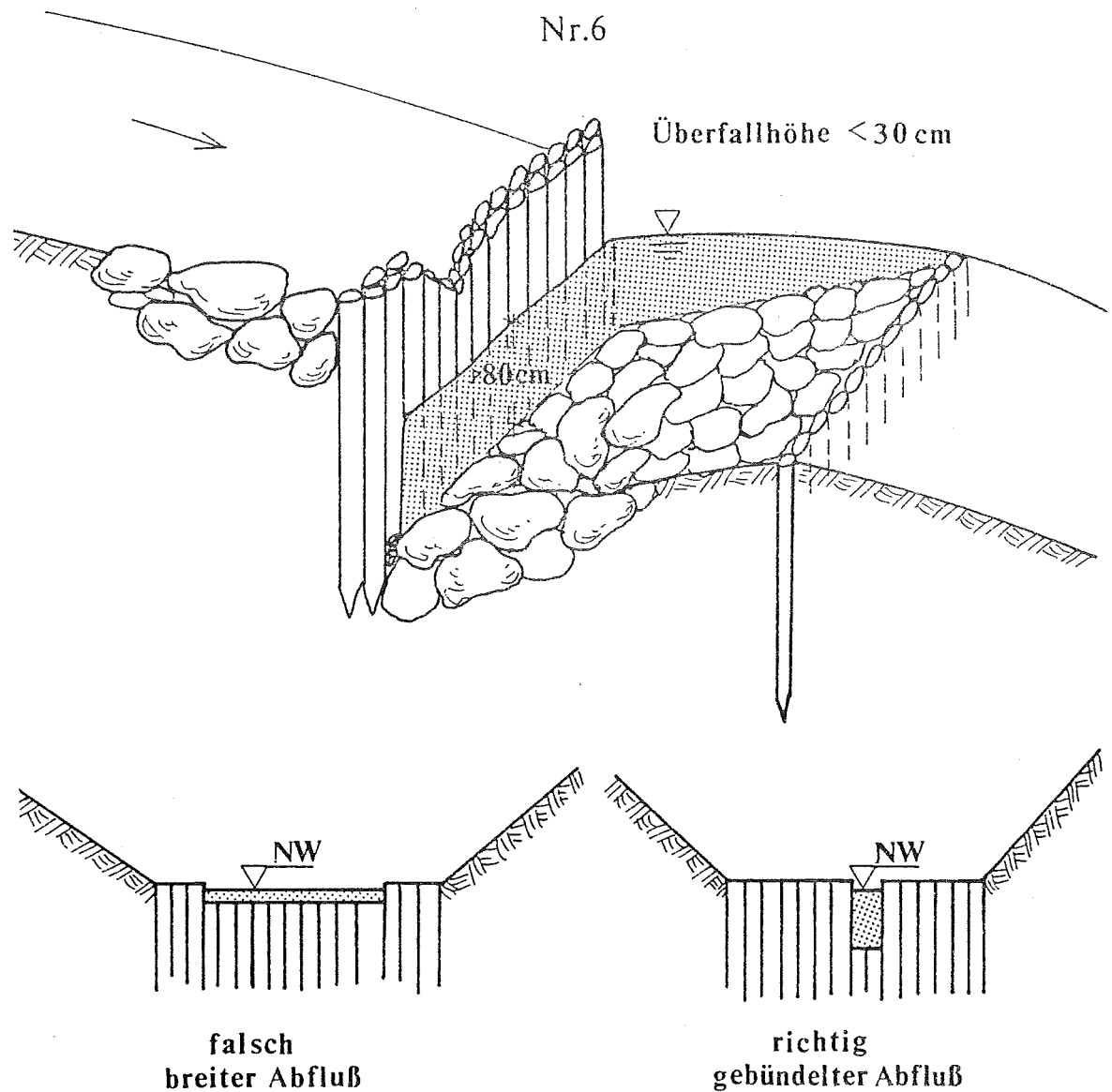


Bei kleineren Abflüssen (NW, MW) kann ein Fließwechsel mit Deckwalze eintreten, so daß dann eine erhebliche Energiedissipation (Energieumwandlung) erfolgt. Der Sauerstoffeintrag wird ebenfalls verbessert. Damit wird bei den stark abwasserbelasteten Gewässern die Selbstreinigungskraft gefördert.

Auch zwischen den Grundswellen wird die Sohle nicht befestigt.

Sowohl die Grund- wie auch die Sohlswelle sind ausreichend in die Böschung einzubinden.

Um mit Grund- und Sohlswellen arbeiten zu können, ist es bei hohen Längsgefällen notwendig, durch **Absturzbauwerke** das Gefälle zu reduzieren. Die Ausführung erfolgt mit Holz, Stein oder Drahtschotterwalzen, auch kombiniert. Es ist darauf zu achten, daß der Wasserschwall von oben eine gewisse Wassertiefe hat (enger, gebündelter Abfluß), damit Fischen ein Aufstieg ermöglicht wird.

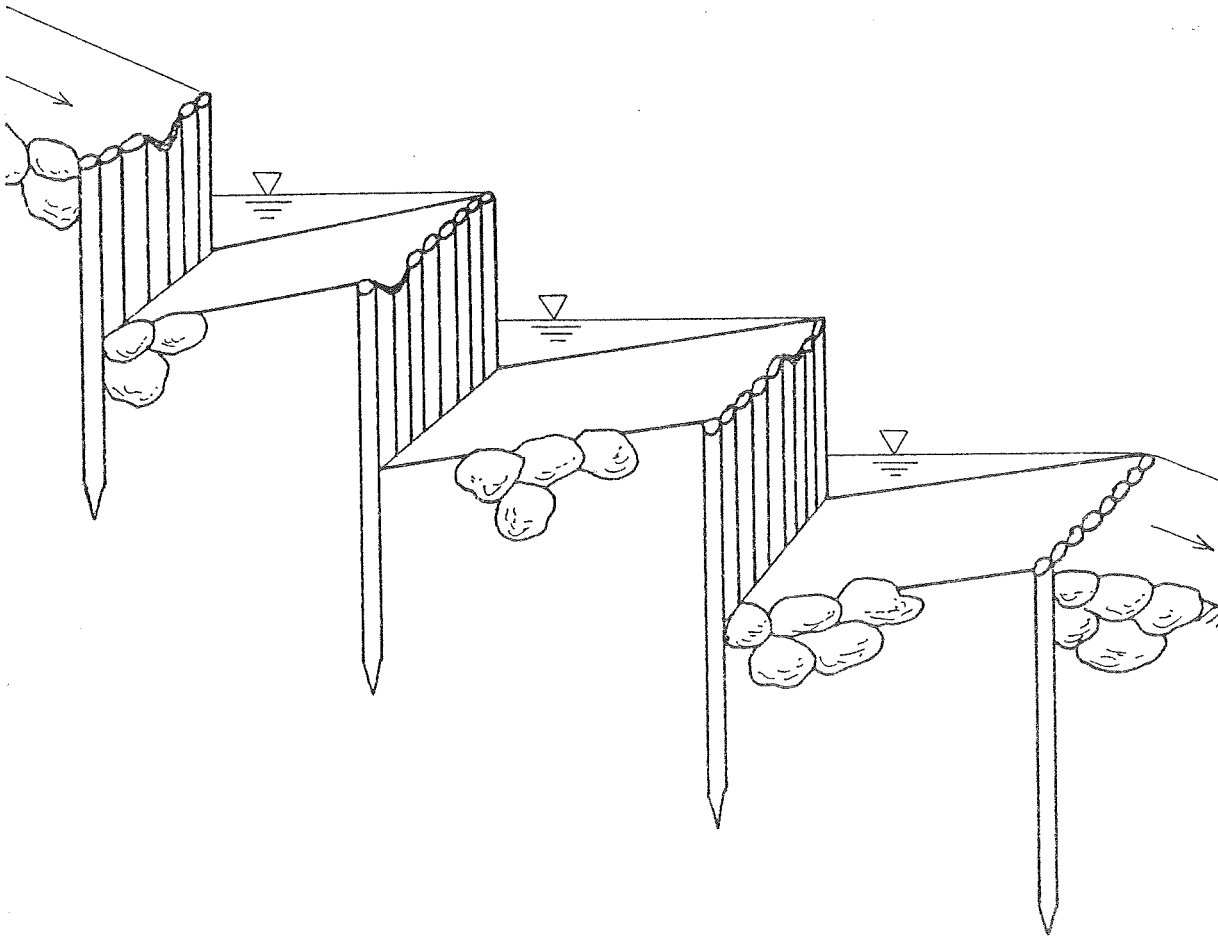


Der Absturz darf nicht zu hoch sein, max. 0,3 m (Fischaufstieg). Im Anschluß an den Absturz ist ein Tosbecken auszubilden. Die Sohle des Tosbeckens soll Gegengänge haben. Die Wassertiefe direkt unterhalb des Absturzes muß min. 0,8 m betragen. Die Endschwelle kann aus einer Pfahlreihe oder einem Steinsatz bestehen.

Die Sohle des Tosbeckens muß mit einem Steinsatz bzw. Steinwurf von min. 0,5 m Stärke nachhaltig gegen Erosionen gesichert werden. Es darf **kein Beton** verwendet werden, damit Unterschlupfmöglichkeiten für Kleinlebewesen offen bleiben. Das Tosbecken kann seitlich mit einem Weidenflechtzaun, einer Pfahlreihe oder auch Steinen gesichert werden.

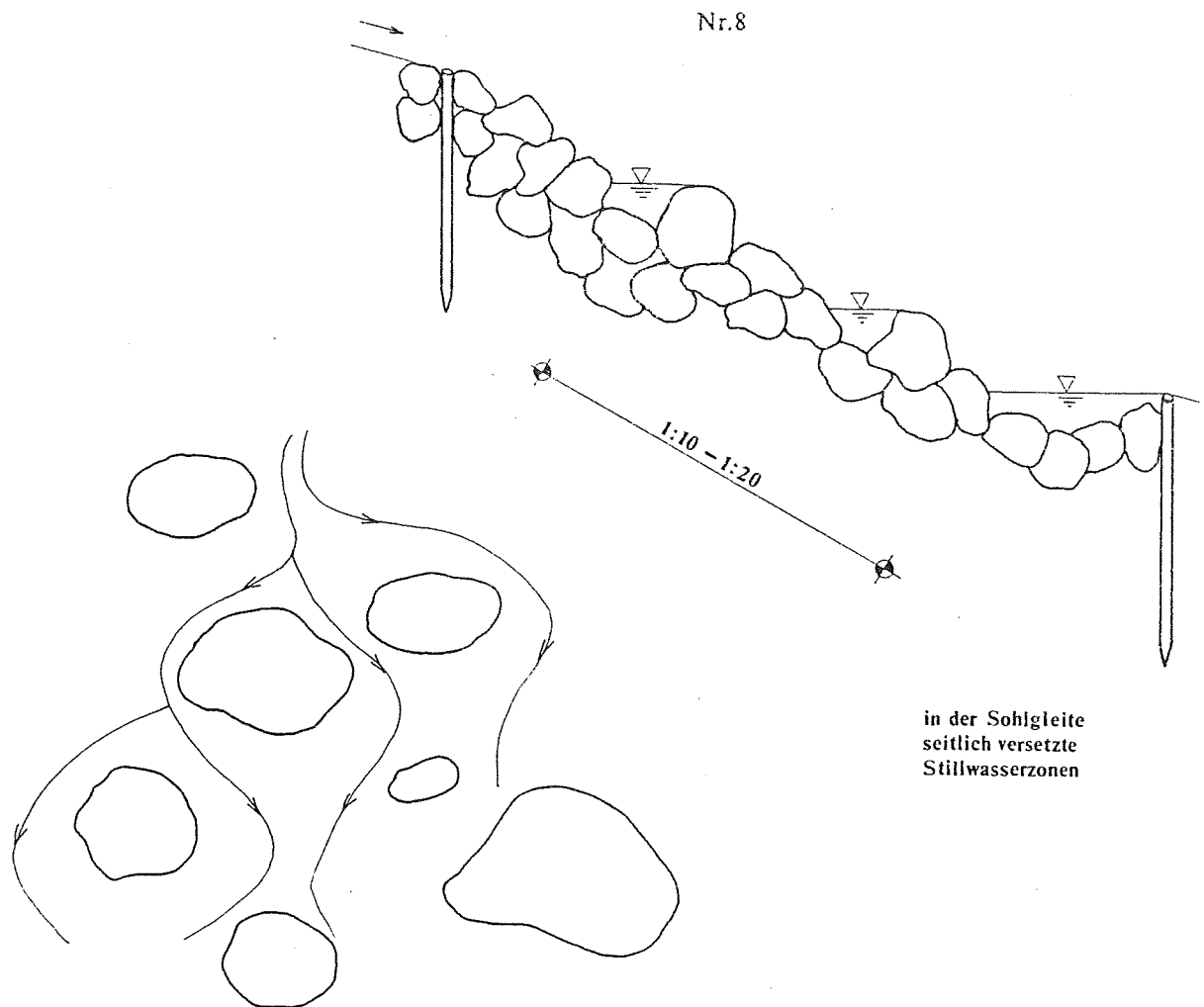
Ist eine größere Höhendifferenz zu überwinden, so wird eine **Absturztreppe** angeordnet. Die Ausbauart der einzelnen Stufen entspricht der der Einzelabstürze.

Nr.7



Bei dem Ausbau von Abstürzen und Absturztreppen muß jedoch bedacht werden, daß diese eine unüberwindliche Barriere für Kleinlebewesen (z.B. Bachflohkrebs) bei der Besiedlung eines Gewässers darstellen.

Aus diesem Grund ist es besser, eine **Sohlgleite** anzulegen. Auch die Gestaltungsmöglichkeiten sind hier vielfältiger, als beim Absturz. Die Sohlgleite mit einem Gefälle von 1:10 bis 1:20 darf nicht zu lang sein, um einen Fischeaufstieg zu ermöglichen. Reichen 2,0 m Länge zur Überwindung des Höhenunterschiedes nicht aus, so ist innerhalb der Gleite für viele, von der Größe her verschiedene, Ruhewasserzonen zu sorgen.



Diese Stillwasserzonen müssen seitlich versetzt sein. Die Sohlgleite kann mit einem sehr rauhen Steinsatz bzw. Steinwurf ohne Beton befestigt werden. Auch hier muß, wie bei jeder durchgehenden Sohlbefestigung, ein Pendeln des Stromstriches klar erkennbar sein.

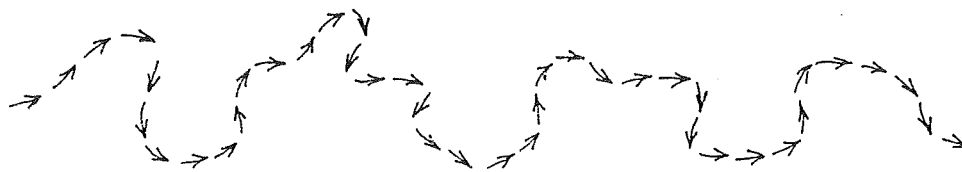
Als Sicherung gegen Ausschwemmen der Befestigung können mehrere Pfahlreihen, Gründung min. 1,0 m unter Sohle, quer zur Gleite eingerammt werden.

Am unteren Ende der Sohlgleite ist ein Tosbecken anzuordnen. Wie auch bei den Abstürzen und Absturztreppe ist dies breiter als die normale Sohle auszubilden, damit seitlich Stillwasserzonen entstehen.

Ist es trotz gefällevermindernder Bauwerke unumgänglich, die **Sohle durchgehend zu befestigen**, so darf hier keine monotone gradlinige Strömung entstehen. Es muß vielmehr ein Wechsel bzw. Pendeln des Stromstriches bei Niedrig- und Mittelwasserstand **deutlich** erkennbar sein.

Nr.9

Stromstrich

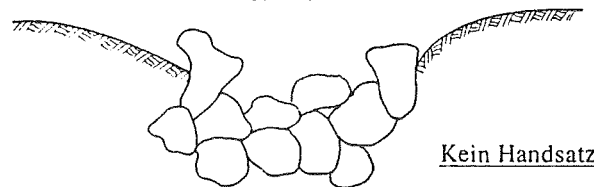
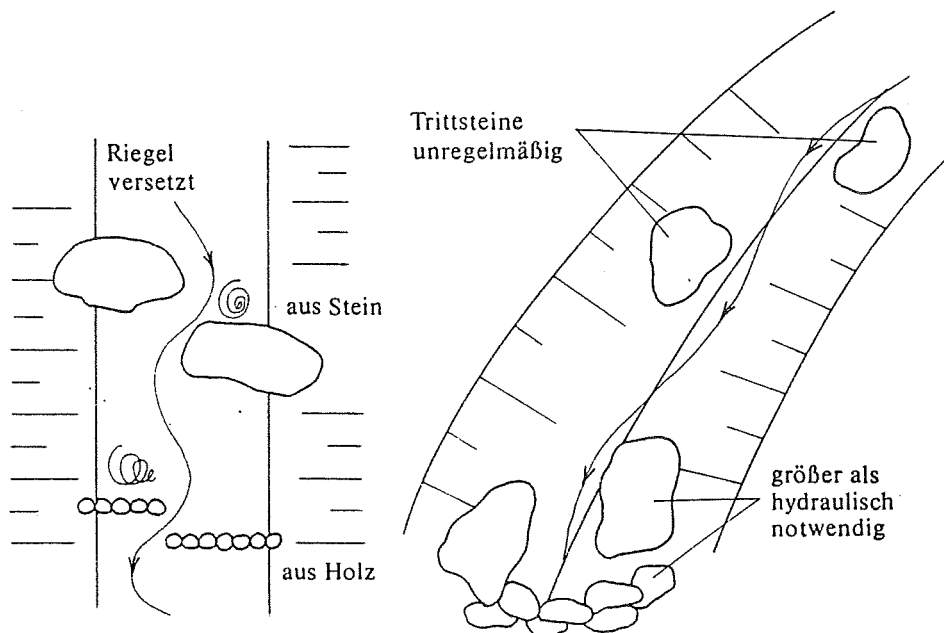


deutliches pendeln

Dies erreicht man durch einen unregelmäßigen Steinwurf, der mit dem Bagger eingebracht und angedrückt wird. Keinesfalls darf im Handsatz gearbeitet werden, da dann, wie die Praxis bewiesen hat, zu perfekt und gleichmäßig gearbeitet wird. Die Sohlbefestigung muß auf den ersten Blick zu rauh aussehen, denn mit der Zeit setzen sich Geschiebe und Sinkstoffe in den Lücken ab und es herrschen somit gute Bedingungen für Kleinlebewesen vor.

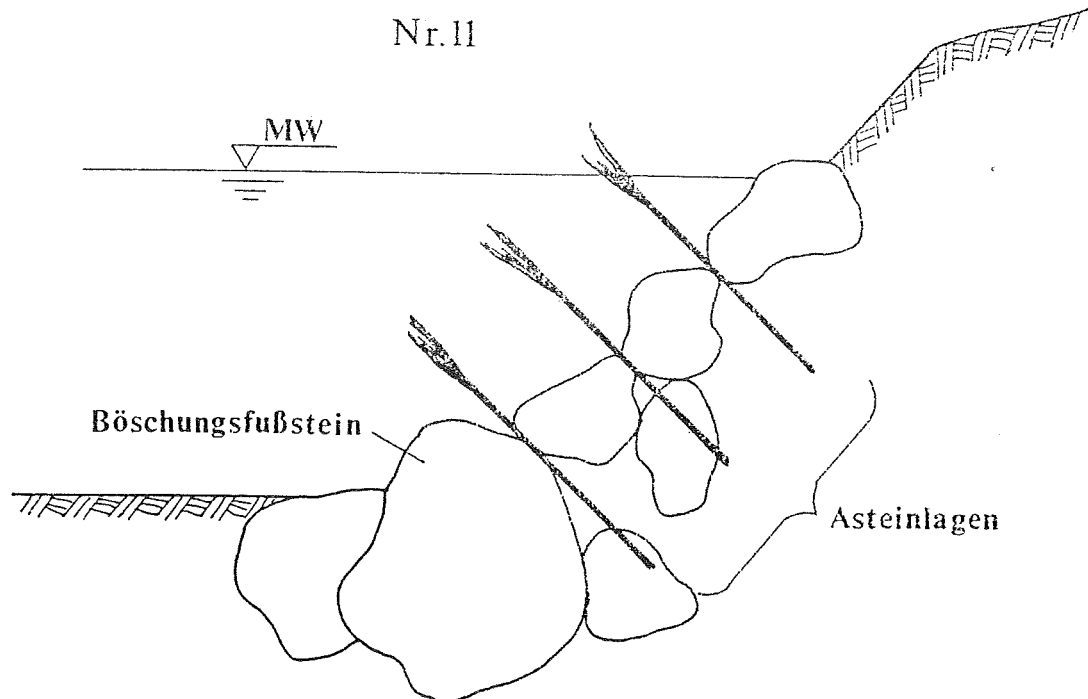
Nr.10

rauh!

Kein Handsatz

Zusätzlich müssen einzelne größere Steine unregelmäßig wechselseitig eingebracht werden. An diesen Steinen bilden sich kleine Stillwasserbereiche aus und sie dienen als Trittsteine für Vögel beim Trinken. Um den Abfluß zu bremsen und vielgestaltig auszubilden, werden Riegel in die Sohle eingebaut. Diese können aus Steinen oder Holz bestehen.

Bei einer durchgehenden Sohlbefestigung werden Böschungsfuß und Böschung bis min. MW gleichzeitig mitbefestigt. Ist es nicht notwendig, die Sohle zu befestigen, der Böschungsfuß bzw. die Böschung aber gefährdet, so muß darauf geachtet werden, daß bei einer Befestigung der Böschungsfußstein ausreichend tief in die Sohle eingelassen wird. Dadurch wird ein Abrutschen der Befestigung verhindert.



Zusätzlich können noch Asteinlagen (ausschlagfähige Weidenäste) zwischen den Steinsatz gebracht werden. Die Äste sollen 20 - 50 cm aus dem Steinsatz herausragen. Die Astlagen werden direkt beim Ausbau mit eingebracht.

Es besteht auch die Möglichkeit, erst nach erfolgter Befestigung den Steinsatz bzw. Steinwurf zu bestecken. Hierzu werden Weidensteckhölzer in ein vorgebohrtes Loch eingeschlagen. (Zopf \varnothing 3-5 cm, 80 cm lang). Das Steckholz soll mit 3 Knospen aus dem Steinsatz herausragen und muß Kontakt zum anstehenden Boden haben.

Es sollen nur Strauchweiden der Arten *Salix viminalis*, *Salix triandra* oder *Salix purpurea* verwendet werden, die aber auch im Verhältnis 50:50 mit Baumweiden (*Salix rubens*, *Salix fragilis*) durchsetzt werden können.

Der Böschungsfuß und die Böschung können bei schwächeren Gefällen ($<20^\circ/00$) auch nur mit Weiden und Erlen gesichert werden:

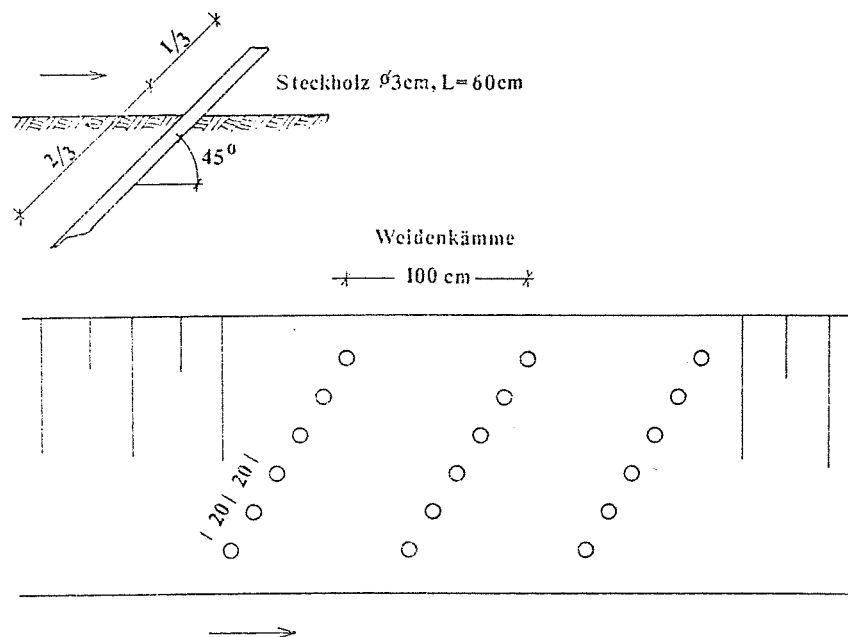
Weidenspreitlage

Einschlagen von Pflöcken 40 cm tief in den Boden im Verband 1 x 1 m; Auslegen der Weidenruten quer zur Fließrichtung und Einstecken der Schnittstellen in die Sohle. 20 Ruten pro lfdm. Verspannen der Spreitlage mit Draht längs und diagonal. Evtl. leicht übererden.

Weidenkämme

Ausschlagfähige Weidensteckhölzer von 60 cm Länge und 3 cm Zopfstärke in die Böschung einbauen.

Nr.12



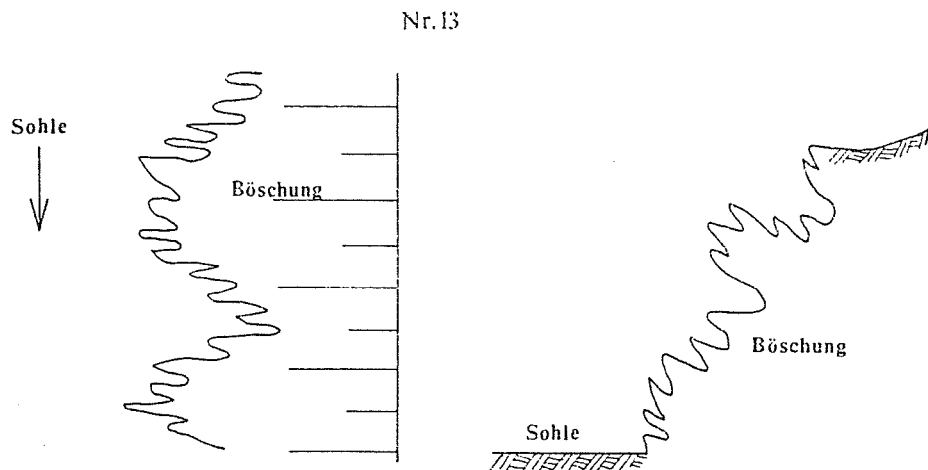
Außer der Bepflanzung mit Bäumen und Sträuchern kann auch die Segge (*Carex gracilis*) Verwendung finden. Speziell die *Carex gracilis* sollte gepflanzt werden, da sie im Gegensatz zur blauen Segge (*Carex akutiformis*) kein Horstgras ist. Sie bildet einen Rasen, der zunächst nicht erkennbar ist. Nach 2-3 Jahren treibt sie dann im Abstand von 10-30 cm neue Rhizome, die als Halm wieder herauskommen. Durch Mähen verdichten sich die Halmzahl und die Sproßzahl und es bildet sich eine "Rauhgraswiese".

Die Segge wurzelt ca. 1/2 m tief und ist außergewöhnlich reißfest. Die Segge hat außerdem den Vorteil, daß man sie auch bei Frost pflanzen kann. Für eine Pflanzung genügen faustgroße Ballen im Abstand von ca. 30 cm.

Die Segge darf nicht zu hoch in die Böschung gepflanzt werden, da sie ein Ufergewächs mit außerordentlichem Wasserbedarf ist.

Bei einer nur stellenweise notwendigen Böschungsfußbefestigung kann auch eine Drahtschotterwalze mit einem Durchmesser von 40 - 60 cm Anwendung finden.

Bei der Ufergestaltung ist darauf zu achten, daß es abwechslungsreich gestaltet wird (Sägeblattprinzip). Steine und flache Abschnitte müssen im ständigen Wechsel vorhanden sein. Die Ufer dürfen **nicht** angesät werden. Sie sind der natürlichen Sukzession zu überlassen. Die Ufer dürfen keinesfalls "glattgebügelt" werden, dadurch verkürzt sich die Uferlinie und es entstehen weniger Wasser-Land-Kontakte. Es sind vielmehr die unterschiedlichsten Strukturen für ein vielfältiges Leben zu schaffen.



Ufergestaltung Sägeblattprinzip

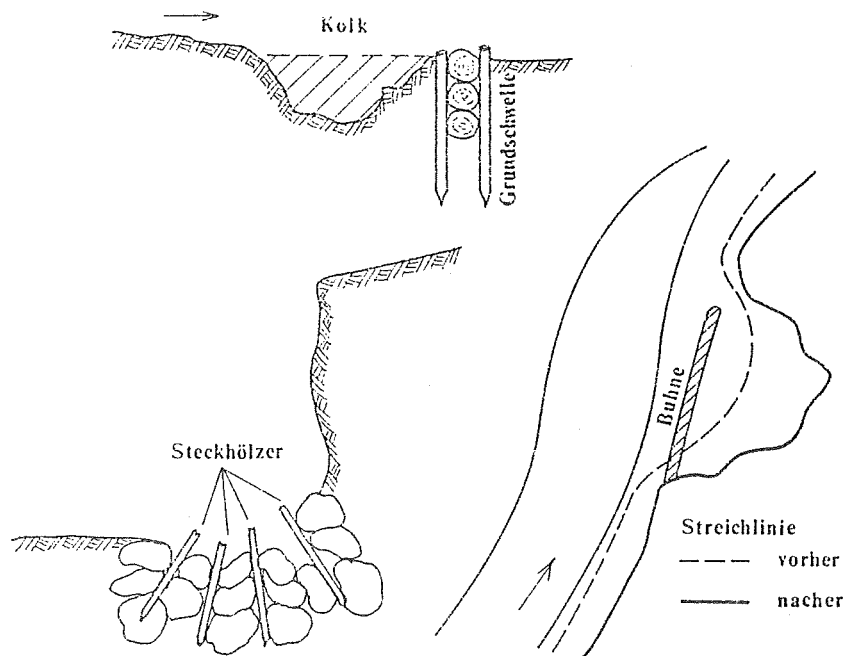
Vorhandene Auskolkungen dürfen nur in Ausnahmefällen zugeschüttet werden. Sie sollten vielmehr **belassen** und **gesichert** werden.

Auskolkungen in der Sohle stabilisieren sich, wenn eine Grundschwelle in Fließrichtung hinter den Kolk gelegt wird. Der Kolk verlandet mit der Zeit.

Seitliche Auskolkungen können mit Steinwurf und - oder Weidenbesteck so gesichert werden, daß sie nicht weiter fortschreiten. Bei seitlichen Auskolkungen muß darauf geachtet werden; daß Steilwände erhalten bleiben, da dort der Eisvogel seine Bruthöhle gräbt.

Durch kleinere Buhnen kann die Streichlinie so weit vom gefährdeten Ufer weggedrückt werden, daß der Kolk nicht mehr dem direkten Wasserangriff ausgesetzt ist und somit verlandet.

Nr. 14



Zu den Bauwerken im Gewässer gehören u.a. auch die Durchlässe. Sie müssen so dimensioniert sein, daß auch bei dem rein rechnerischen Hochwasser keine Vollfüllung eintritt. Es muß ein Freiraum von min. 0,3 m verbleiben. Dies ist für Insekten wichtig, die dicht über dem Wasser zur Eiablage bachaufwärts fliegen. Ist das Rohr gefüllt, entsteht für diese Insekten eine unüberwindliche Barriere. Ein Brückenbauwerk wäre hier sicherlich von Vorteil, scheitert aber in den meisten Fällen an den höheren Kosten.

An Durchlässen und Brücken, auch an bereits vorhandenen, muß immer die Möglichkeit genutzt werden, Nisthilfen für Vögel, speziell für die Wasseramsel, anzubringen. Die Nisthilfen können unter Brücken gehängt oder in die Stirnmauern von Durchlässen integriert werden.

Die "Ausbauqualität" beim "naturnahen" Gewässerausbau scheitert in der Regel an der Umsetzung der Planung in die Ausführung. Die ausführenden Firmen, aber auch die Wasser- und Bodenverbände, besitzen kaum Erfahrung im naturnahen Ausbau. Der örtliche Bauleiter (Schachtmeister) muß viel Einfühlungsvermögen in die Sache haben und das Personal (Maschinisten, Arbeiter) richtig anweisen und motivieren. Die Schadenfreude anderer Kollegen ist oft nicht zu überhören, wenn von diesen behauptet wird, es wäre keine "saubere" und "perfekte" Arbeit geleistet worden, es sähe alles so "unfertig" und "unordentlich" aus.

Es darf auch nicht der Fehler begangen werden, eine reine Schreibtischplanung in die Örtlichkeit umsetzen zu wollen. Gerade beim "naturnahen" Ausbau sind so viele Variationsmöglichkeiten denkbar, daß oft die endgültige Lösung erst beim Ausbau

vor Ort gefunden werden kann. Das bedeutet, daß der Planer wohl eine Grundkonzeption vorgeben kann, die einzelnen, vielgestaltigen Möglichkeiten aber endgültig erst vor Ort entscheidet.

7. Der naturnahe Ausbau als "Eingriff"

Der vorangegangene Bericht wirft nun die Frage auf:

Welche Auswirkungen hat der naturnahe Ausbau?

Innerhalb von Flurbereinigungsverfahren im Regierungsbezirk Koblenz wurden zahlreiche Versuchsstrecken angelegt, auch außerhalb der Flurbereinigung wurde "naturnah" ausgebaut. Aufgrund von Besichtigungen dieser "naturnah" ausgebauten Gewässerabschnitte ist festzustellen, daß sie alle eines gemeinsam haben:

- sie sind monoton
- sie sind bei der Ausbauart vereinheitlicht
- sie sind artenarm
- sie wirken als Barrieren
- sie haben den Gewässercharakter verändert
- sie entsprechen nicht den naturbelassenen Gewässern

Eine in Auftrag gegebene Untersuchung über die "ökologische Wertigkeit naturnah ausgebauter Gewässerläufe" kommt in einem Zwischenbericht zu dem Ergebnis, daß weite Teile der Ausbaustrecken einen **Fremdkörper** darstellen. Dem Schlußbericht bleiben weitere Erkenntnisse und die daraus zu ziehenden Konsequenzen vorbehalten. Eines ist jedoch jetzt schon klar: trotz der vielgestaltigen "naturnahen" Ausbaumethoden wird der Lebensraum der für das Biotop "Gewässer" typischen Tier- und Pflanzengesellschaften gestört und in den meisten Fällen wohl gar zerstört.

Die vorangegangene Frage dürfte damit beantwortet sein und es bleiben nur noch folgende abschließende Erkenntnisse:

1. möglichst **kein Ausbau** kleiner Fließgewässer
2. **ständige Unterhaltung** ist vorzuziehen
3. im Schadensfalle nur **punktuell Sichern**

8. Schlußbetrachtung

Damit ein Gewässer sein natürliches Gleichgewicht wiederfindet, müssen **RAHMENBEDINGUNGEN** geschaffen werden, die standortbezogen für dieses spezielle Gewässerindividuum sowohl **ökologisch** als auch **technisch** Gültigkeit besitzen.

Diese Rahmenbedingungen anhand von Untersuchungen und Versuchen zu finden ist die Aufgabe der nächsten Jahre.

WEGEBAU: EINGRIFF IN NATUR UND LANDSCHAFT! SPURBAHNBESTÄRKUNG: EINE ALTERNATIVE?

von Kulturredirektor Felix Zillien, Worms

1. Vorbemerkung

Die ordnungsgemäße landwirtschaftliche Nutzung von Grundstücken und der ländliche Wegebau stehen in einem engen und untrennbaren Zusammenhang; denn die Grundstücksnutzung hat die Zugänglichkeit der Grundstücke zur Voraussetzung, sei es, daß Wege unmittelbar an die Grundstücke heranzuführen, sei es, daß ein Recht auf Zugang im Rahmen von Dienstbarkeitswegen besteht. Der Sonderfall des Notwegerechts gemäß §§ 917, 918 BGB sei in diesem Zusammenhang lediglich der Vollständigkeit wegen erwähnt.

2. Gesetzliche Bestimmungen bei der Flurbereinigung

In der Gesetzgebung zur Flurbereinigung finden wir schon früh Bestimmungen über den Wegebau. So enthielten zum Beispiel im ehemaligen Großherzogtum Hessen die "Gesetze über die Zusammenlegung der Grundstücke, Teilbarkeit der Parzellen und Feldweegeanlagen betreffend" vom 24. Dezember 1857 (Reg.Bl. 1858, S. 5) und vom 18. August 1871 (Reg.Bl. S. 309) die Vorschrift, daß alle neugebildeten Grundstücke im Rahmen der Grundstückszusammenlegung "sämtlich von Wegen zugänglich zu machen" waren. In dem späteren "Gesetz die Feldbereinigung betreffend" vom 28. September 1887 in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. Juli 1906 (Reg.Bl. S. 233) hieß es unter Artikel 21 Abs. 1 letzter Satz: "Jedem selbständigen Grundstück ist eine zur freien Bewirtschaftung ausreichende Zugänglichkeit zu geben." Hierzu führte die damalige Kommentierung aus: "Ausreichende Zugänglichkeit ist Tatfrage. Anspruch auf zwei Wege für jedes Grundstück besteht nicht. In der Regel erhalten Ackergrundstücke zwei Wege. Wiesen und Obstbaumgrundstücke haben meist durch einen Weg ausreichende Zugänglichkeit."

Diese Vorschriften haben sich bei allen Änderungen und Wandlungen der gesetzlichen Grundlagen der ländlichen Bodenordnung bis heute fortgesetzt. Die Reichsumlegungsordnung vom 16. Juni 1937 (RGBl. I S. 629) bestimmte in § 48 Abs. 2 erster Satz: "Die neuen Grundstücke müssen eine möglichst zusammenhängende Lage erhalten und durch Wege zugänglich gemacht werden." Das zur Zeit gültige Flurbereinigungsgesetz in seiner Fassung vom 16. März 1976 (BGBl. I S. 546) hat die im Vorgängergesetz vom 14. Juli 1953 (BGBl. I S. 591) unter § 44 Abs. 3 letzter Satz enthaltene Bestimmung unverändert übernommen, wonach "die Grundstücke durch Wege zugänglich gemacht werden müssen."

Zielsetzung dieser Bestimmung entspricht derjenigen aus früheren Gesetzen: Durch die Zugänglichkeit muß eine ortsübliche, ordnungsgemäße Benutzung der Grundstücke gewährleistet werden. Hierauf hat der Teilnehmer eines Flurbereinigungsverfahrens dann einen Rechtsanspruch, wenn er am entschädigungslosen Wegeabzug teilnimmt (§ 47 FlurbG, vgl. BVerwG 8. 7. 1968, RzF 44 III 3.17 = Buchholz § 44 FlurbG Nr. 12). Es ist dann unerheblich, ob seine alten Grundstücke durch Wege er-

schlossen waren oder nicht (VGH BW 5.9 1956, 5 S 470/55). Die Rechtsprechung hat hierzu weiter ausgeführt, daß die Beschaffenheit der Wege, also beispielsweise Breite und Art des Ausbaues, der Nutzung der neuen Grundstücke entsprechen muß; denn die Empfänger der neuen Grundstücke müssen die erschlossenen Grundstücke entsprechend ihrer Bestimmung (z.B. als Acker oder Weinberg) nutzen können, allerdings mit der Einschränkung, daß in der Regel nur Hauptwirtschaftswege mit den ortsüblichen Maschinen befahrbar sein müssen (BVerwG 9. 7. 1964, RdL 1964, 328; 20. 3. 1975, RdL 1975, 271). Das FlurbG gibt jedoch keinen Anspruch auf eine bestimmte Qualität des Wegeausbaues, also beispielsweise keinen Anspruch auf eine befestigte Wegeerschließung der Grundstücke (BVerwG 25. 11. 1970, RdL 1971, 97).

Schließlich ist in der Rechtsprechung zur Flurbereinigung anerkannt, daß der einzelne Teilnehmer am Flurbereinigungsverfahren nur den Anschluß seiner Grundstücke an das Wegenetz fordern kann, nicht hingegen mehrere Zuwegungen zu den Grundstücken (BVerwG 20. 8. 1958, RdL 1959, 27). Ebensowenig kann ein Verfahrensteilnehmer verlangen, daß ein Weg zu dem ihm günstig erscheinenden Punkt des Grundstücks angelegt wird (Hess. VGH, RdL 1958, 111; auch BVerwG, RdL 1964, 328).

3. Richtlinien für den ländlichen Wegebau

Das Kuratorium für Wasser- und Kulturbauwesen e.V. (KWK) bzw. der Deutsche Verband für Wasserwirtschaft e.V. (DVWW) hatte schon 1965 die Richtlinien für den landwirtschaftlichen Wegebau neu bearbeitet. Die spätere Neufassung wurde 1975 mit dem Titel "Richtlinien für den ländlichen Wegebau - RLW 1975" herausgegeben und mit Erlaß vom 10.12.1976 - 4 68.10 = 4 67.41 - den Bezirksregierungen und Kulturämtern zur Beachtung an die Hand gegeben. Neben Begriffsbestimmungen, Planungsgrundsätzen und Entwurfsunterlagen für den ländlichen Wegebau enthalten diese Richtlinien auch Empfehlungen über die Art der verschiedenen Wegebefestigungen. Unter anderem sehen diese Richtlinien unter Ziffer 2.2 (letzter Absatz) in Abhängigkeit von den topographischen Geländebeziehungen, der Besitzstruktur, dem Boden und der Art der Bodennutzung eine Dichte des befestigten Wegenetzes zwischen 15 bis 60 m je Hektar vor; in Sonderkulturen kann hiernach die Befestigungsdichte pro Flächeneinheit noch größer sein.

Hieraus hat sich bei der Finanzierung der Ausführungskosten in der Flurbereinigung der allgemeine Grundsatz entwickelt, daß bei Acker-Grünlandverfahren in der Regel die schwere Wegebefestigung (Beton, Bitumen, Pflasterung) bis 1,2 km und bei Weinbergsflurbereinigungen wegen des engeren Wegenetzes bis 7 km je 100 Hektar bearbeiteter Fläche als förderfähig anerkannt wurde (vgl. Ziffer 2.5 der VV über die Förderung von Bodenordnungsverfahren nach dem FlurbG in der Fassung vom 16. März 1976 des Ministeriums für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten vom 11. April 1980 Az.: 742 - 51.30a / 66.08 - MinBl. Nr. 10/1980, S. 270).

Es sollte nach Auffassung des Verfassers erwogen werden, diese fixierten Befestigungslimits in künftigen Verwaltungsvorschriften fallen zu lassen, um nicht gewisse Anreize zur vollen Ausschöpfung dieser Limits zu bieten. Vielmehr sollte es dem jeweiligen Einzelfall vorbehalten bleiben, welche Befestigungslänge unter Berücksichtigung der gegebenen örtlichen Verhältnisse ökonomisch notwendig und ökologisch vertretbar ist. Hierbei muß das behördliche Abwägungsgebot angewendet werden. Dies gilt bis hin zum Planfeststellungsbescheid der Oberen Flurbereini-

gungsbehörde zum Plan nach § 41 FlurbG. Insoweit wird auf das Urteil des OVG Rheinland-Pfalz vom 22. Mai 1985 - 9 C 120/84 - in der Flurbereinigung Waldorf - Gönnersdorf Bezug genommen.

4. Beachtung von Natur und Landschaft

Beim ländlichen Wegebau sind wie auch bei anderen Baumaßnahmen, die eine Veränderung der Gestalt oder der Nutzung von Grundflächen bewirken und dadurch eine erhebliche oder nachhaltige Beeinträchtigung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts oder des Landschaftsbildes zur Folge haben können, die Eingriffsregelungen nach dem Landesgesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Landespflegegesetz - LPfLG) in der Fassung vom 5. Februar 1979 (GVBl. S. 36) zu beachten. Gemäß § 4 (1) LPfLG liegt immer dann ein Eingriff in Natur und Landschaft vor, wenn die Veränderung der Gestalt oder der Nutzung von Grundflächen zu einer erheblichen oder nachhaltigen Beeinträchtigung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts oder des Landschaftsbildes führt.

Nach dem Runderlaß des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Umwelt vom 1. Oktober 1980 - Az.: 686 - 6020 - gilt u.a. die Anlage von landwirtschaftlichen Wirtschaftswegen dann als Eingriff in Natur und Landschaft, wenn diese mit dem Einbau geschlossener Decken (Bitumen, Zementbeton, Pflaster usw.) verbunden ist. Hierbei wird davon ausgegangen, daß eine geschlossene Wegedecke von beispielsweise 3 m Breite und entsprechender Befestigungslänge, wie sie weiter oben angegeben wurde, eine Veränderung der Gestalt oder der Nutzung von Grundflächen bewirkt, die wegen des "Versiegelungseffekts" zu einer erheblichen oder nachhaltigen Beeinträchtigung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts oder des Landschaftsbildes führt. Nach §§ 5 ff LPfLG haben die dafür zuständigen Stellen über die Zulässigkeit, Folgen und den Ausgleich von derartigen Eingriffen zu befinden. Es würde den Rahmen dieses Beitrages sprengen, zu diesen Bestimmungen nähere Ausführungen zu machen.

5. Spurbahnbefestigung: Eine Alternative?

Vor dem Hintergrund der ökologischen Notwendigkeit einer stärkeren Rücksichtnahme auf die Belange von Natur und Landschaft gilt auch für den ländlichen Wegebau die Zielsetzung, nach Möglichkeiten landschaftsschonender Bauweisen zu suchen. Wurde in den letzten drei Jahrzehnten der Bau von Wirtschaftswegen - vor allem die Wegehärtung - überwiegend unter rein ökonomischen Gesichtspunkten gesehen und demzufolge die Befestigungsmöglichkeiten meistens voll ausgeschöpft, so wird in jüngerer Zeit vermehrt darauf hingewiesen, auch den ländlichen Wegebau stärker unter ökologischen Erfordernissen zu beurteilen und durchzuführen.

In diesem Zusammenhang wird den vollflächig befestigten Wegen eine bestimmte "Barrierewirkung" für Kleintiere nachgesagt und daher die Forderung erhoben, diesen Kleintieren mehr Lebensraum zur Verfügung zu stellen. Außerdem wünscht man eine deutliche Verringerung der wasserabweisenden Befestigungsflächen der Wege.

Eine Möglichkeit zur Verwirklichung dieser Forderungen wird darin gesehen, weniger vollflächig befestigte Wege und stattdessen mehr Schotterwege oder Spur-

bahnwege zu bauen. Nach ersten Versuchen, die bis in die 60er Jahre zurückgehen, wurden in neuerer Zeit erneut vor allem in Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Schleswig-Holstein mittels sogenannter Gleitschalungsfertiger zwei jeweils 80 cm breite und 14 cm dicke Betonspuren auf befestigter Unterschicht im Abstand von 90 cm eingebaut. Der Mittelstreifen wurde dabei im allgemeinen mit steinigem Material aufgefüllt, welches ausreichend bindige Substanzen als Wachstumsgrundlage für eine rasche Begrünung enthält.

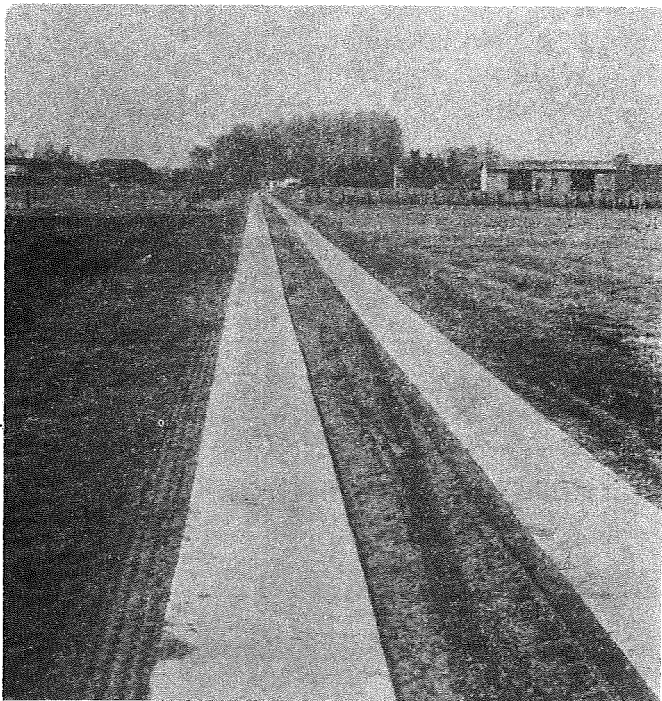


Abb. 1: Betonspurbahnbefestigung im hessischen Ried mit stärkerem Hackfruchtanbau (Flurbereinigung Lorsch, Amt für Landwirtschaft und Landentwicklung Darmstadt)
Foto: F. Zillien

Das äußere Erscheinungsbild eines so entstandenen Spurweges kommt den Ansprüchen eines landschaftsschonenden Bauens in der Feldflur sehr entgegen.

Die Erfahrungen in Schleswig-Holstein haben außerdem gezeigt, daß durch diese Bauweise die Anzahl der außerlandwirtschaftlichen Benutzer auf Spurwegen deutlich geringer ist als auf vollflächig ausgebauten Fahrwegen. Diese Feststellung dürfte allgemein auch für andere Regionen gelten. Der Spurbahnbau kann insoweit auch einen erwünschten Beitrag leisten, den außerlandwirtschaftlichen Verkehrsfluß möglichst auf den öffentlichen Straßen "festzuhalten" und damit die Landschaft vor störenden Verkehrseinflüssen zu schützen.

6. Ökologische Ziele

Die Spurbahnbefestigung dürfte auch den ökologischen Belangen eher gerecht werden, weil nur etwa die Hälfte der Wegefläche "versiegelt" wird und dadurch der Lebensraum für Fauna und Flora in größerem Maße erhalten bleibt. Neuere Untersuchungen haben gezeigt, daß die hohlraumreich angelegten Wegeseitenflächen bedeutende Refugien für Kleinlebewesen darstellen. Diese wünschenswerte ökologische Funktion kann durch die besondere Struktur des unbefestigten Mittelstreifens noch unterstützt werden. Nicht zuletzt wird durch diese Bauweise erreicht, daß das Niederschlagswasser etwa zur Hälfte auf dem durchlässigen Mittelstreifen in den Untergrund versickert und dadurch Erosionsschäden infolge stark abfließenden Oberflächenwassers weitgehend vermieden werden, wobei natürlich die jeweils vorherrschende Bodenart eine Rolle spielt.

7. Praktische Beispiele

Im Rahmen einer Fachexkursion mit dem Amt für Landwirtschaft und Landentwicklung Darmstadt, welches uns nach vorangegangenen Führungen innerhalb rheinhessischer Flurbereinigungsgebiete zu einem Gegenbesuch eingeladen hatte, konnten u.a. erste Versuche von Spurbahnbefestigungen örtlich besichtigt werden. Unter Berücksichtigung der Bodennutzung, der Betriebs- und Maschinenausstattungen wurde das Verhältnis von befestigten Spurbahnen zum unbefestigten Mittelstreifen variabel gestaltet. Die Querschnitte waren wie folgt:

80 cm Spurbahn - 90 cm Mittelstreifen - 80 cm Spurbahn
110 cm Spurbahn - 80 cm Mittelstreifen - 110 cm Spurbahn

Der Ausbauquerschnitt war folgender:

Spurbreite 2 x 0,80 m bzw. 2 x 1,10 m
Zwischenraum 0,90 m bzw. 0,80 m

Beton B 25, d = 14
Tragschicht 15 - 20 cm Mineralgemisch 0/56
Beton nach DIN 1045
Zement Z 35 je nach Rezeptur 300 - 350 kg/m³

Griffigkeit durch Besenstrich
Nachbehandlung durch Abdecken oder Aufsprühen eines Wachsfilmes

Raumfugen in Abständen von 50 m, 21 m und 15 m
Scheinfugen in Abständen von 5 m, 3 m und 2,50 m

Mittelstreifen und Seitenstreifen:
Schotter 32/45 und 5 cm Oberboden
Mineralgemisch 0/45
Steinerde 0/45

Ansaat Mittel- und Seitenstreifen:

1. Saatgut, RSM 7
2. Saatgut, 80 % RSM 7 + 20 % Sedamix Kräuterweide
3. Saatgut, 80 % RSM 7, 15 % Sedamix Kräuterweide, 5 % Kräutersamenzusatzmischung für Grünlandäsungsflächen.

Durch Kombination mit den drei Mittel- und Seitenstreifenbefüllungen ergeben sich insgesamt 9 Ansaatversuche. Der Querschnitt von 110 cm Spurbahn und 80 cm Mittelstreifen kommt vor allem dort in Betracht, wo in stärkerem Maße Zuckerrüben, Mais u.ä. angebaut werden und der Abtransport mit schweren LKWs mit Achsbreiten bis 2,50 m erfolgt.

In hängigen Gebieten des Odenwaldes wurden die Spurbahnen in Bitumen ausgeführt, weil sich Bitumen flexibler an die Untergrundverhältnisse anpaßt. Dort hat man in Abständen von 70 - 120 m Wasserabschläge angeordnet, die in einer Breite von etwa 1,0 bis 1,50 m über den gesamten Querschnitt reichen müssen, um das anfallende Oberflächenwasser schadlos in Wegeseitengräben abzuleiten.

Der Ausbauquerschnitt bei der Bitumenbauweise war folgender:

Spurbreite 2 x 0,80 m
Zwischenraum 0,90 m

Bituminöse Tragdeckschicht 0/16, 160 kg/m², Tragschicht 20 cm, Mineralgemisch 0/56

Im Bereich Lehm/Granitgrus auf ca. 100 m Bodenaustausch ca. 0,5 m dick mit Versiebschrotten 50/150

Mischgut - Tragdeckschicht: mit Syenitfüller nach TV-LW 75; Bindemittel B 80, 5,6 Gew. %

Mittel- und Seitenstreifen:
Strecke A: Schotter 22/32 u. 2-3 cm Oberboden
Strecke B: Mineralgemisch 0/45
Strecke C: Steinerde 0/40

Ansaat Mittel- und Seitenstreifen mit Saatgut nach Angabe des landschaftspflegerischen Sachbearbeiters.

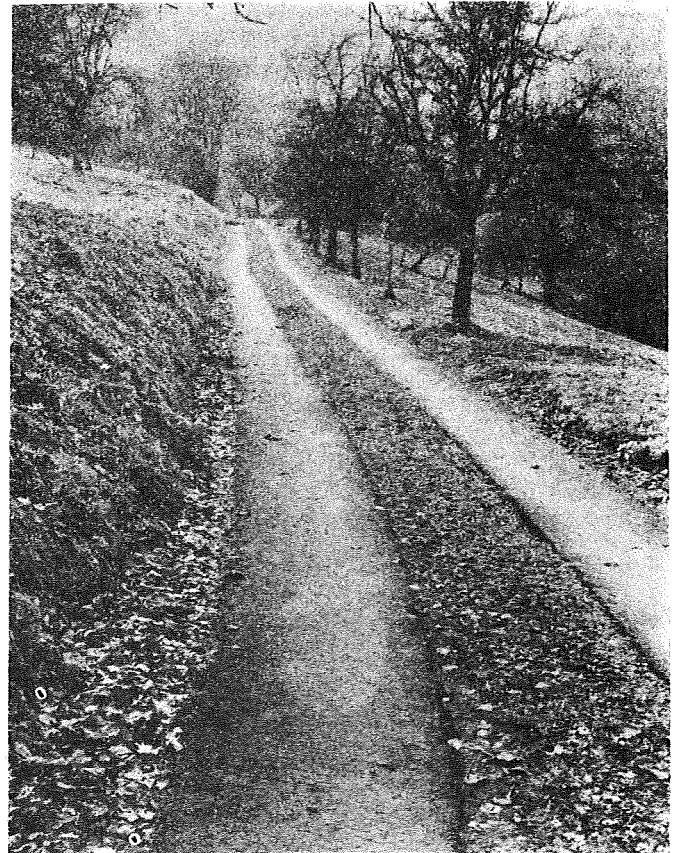


Abb.2: Bitumenspurbahnbefestigung im Odenwald mit Grünlandnutzung (Flurbereinigung Mörlenbach-Vöckelsberg, Amt für Landwirtschaft und Landentwicklung Darmstadt)
Foto: F. Zillien

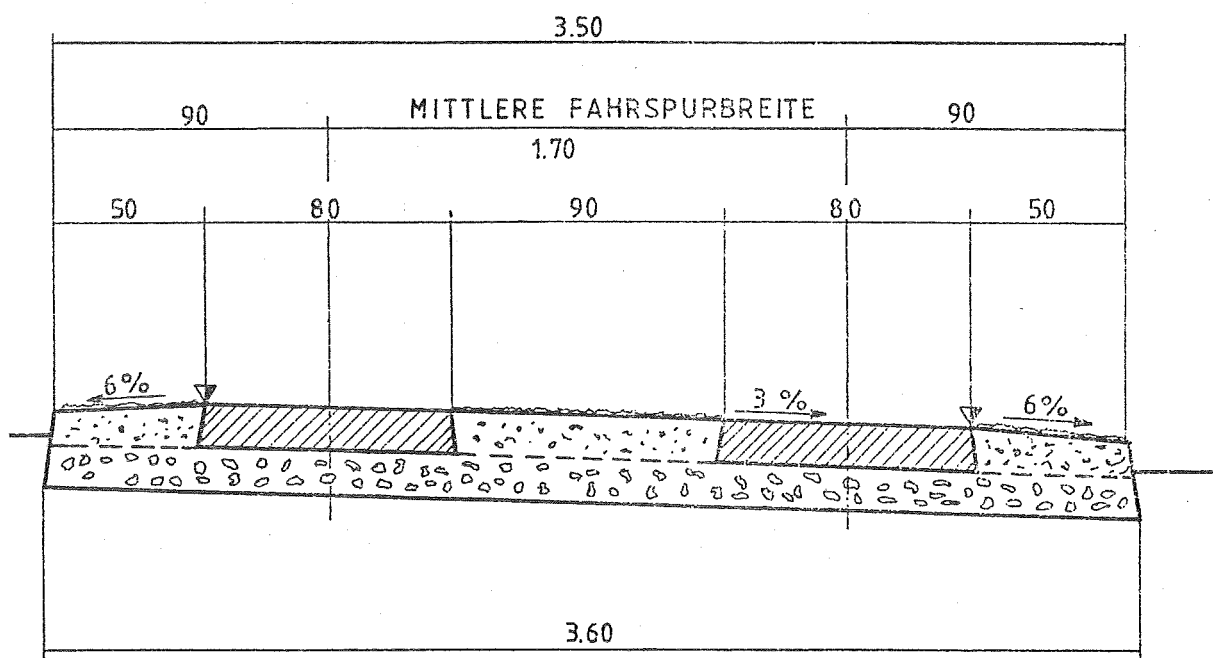
8. Kosten und Erfahrungen

Bei den bisher gebauten Betonspurbahnen lagen die Kosten zwischen 102.000,-- DM/km in Flachlagen und 168.000,-- DM/km in Hanglagen. Im Durchschnitt lagen die Kosten bei etwa 130.000,-- DM/km und damit etwa 10 - 20 % über den Kosten von 3 m breiten vollflächig befestigten Betonwegen. Diese Kostenunterschiede können ihre Ursache in unterschiedlichen örtlichen Bedingungen haben, allerdings auch darin, daß bei den Angebotsabgaben noch keine größeren Erfahrungen mit dieser Bauweise vorlagen. Kosteneinsparungen gegenüber vollflächigen Wegebefestigungen sind wohl auch in Zukunft nicht zu erwarten, weil der Einbau der Spurbahnen einen höheren Arbeits- und Zeitaufwand verursacht.

Im allgemeinen haben sich die gebauten Spurbahnwege bisher bewährt. Allerdings ist es in Ackerbaugebieten vorgekommen, daß die Kanten der Spurbahnen wiederholt von großen und vor allem breiten Fahrzeugen überfahren wurden, wodurch es zu Kantenabbrüchen gekommen ist. Auch hatten Fahrer großer Geräte (z.B. Mähdrescher) Schwierigkeiten, die Spuren einzuhalten, indem sie teilweise auf den Kanten oder auch neben den Spurbahnen gefahren sind. Demgegenüber wurden die

Spurwege in Grünlandregionen wegen andersartiger Maschinenausstattung günstiger beurteilt. In jedem Falle muß das bereits erwähnte Breitenverhältnis zwischen Spurbahnen einerseits und unbefestigten Mittelstreifen andererseits möglichst den örtlichen Bodennutzungs- und Betriebsverhältnissen angepaßt werden.

Abb. 3: SPURBAHNEN AUS ZEMENTBETON



SPURBAHNEN 14 cm DICK



SCHOTTERTRAGSCHICHT-MINERALGEMISCH 15-20 cm DICK



ZWISCHENRAUM und BANKETTE mit: SCHOTTER und 5 cm OBERBODEN

MINERALGEMISCH

STEINERDE

Durch die Spurbahnbefestigung kann wohl ein Beitrag zur landschaftsschonenden Bauweise und damit zugleich auch ein ökologischer Beitrag geleistet werden. Ob die bisherigen Versuche schon ausreichen, um zu abschließenden Bewertungen zu kommen, mag bezweifelt werden. Eine möglichst baldige Beurteilung dieser Bauart ist wünschenswert, nicht zuletzt auch für die Praxis der Flurbereinigung. Bisher scheint es, daß die Spurbahnbefestigung zwar in guter Qualität herstellbar ist, jedoch Kosteneinsparungen gegenüber vollflächigen Wegebefestigungen nicht zu er-

warten sind. Ob darüber hinaus Spurbahnen überhaupt sinnvoll sind und eine echte Alternative zur sonstigen Wegebefestigung darstellen, dürfte wohl im wesentlichen von ihrer Nutzungsmöglichkeit abhängen.

Literatur:

1. Bauen für die Landwirtschaft, Beratungsblatt D 8 (BfL 1/85, S. 15 - 17)
2. Projektbeschreibung des Amtes für Landwirtschaft und Landentwicklung Darmstadt (Gemarkung Lorsch und Mörlenbach-Vöckelsberg)
3. Dübner, R: Erprobung von Asphaltspurbahnen im ländlichen Wegebau, BITUMEN 3/1985, S. 106-109
4. Wirtschaftswege, Beiträge zu ihrer Anlage und Befestigung (Heft 37 der Schriftenreihe für Flurbereinigung des BML 1964)

SEKUNDÄRBIOTOPE DURCH FLURBEREINIGUNG

- Ein Erfahrungsbericht des Kulturamtes Neustadt -

von Techn. Angestellter Gert Köhler und Bauoberinspektor Jörg Buff, Neustadt

1. Vorbemerkung

Natürliche bzw. naturnahe Biotope verschwinden immer mehr aus unserer Kulturlandschaft, bedingt durch Veränderungen der Agrarstrukturen (Verdrängen der kleinbäuerlichen Betriebe und Entwicklungen von landwirtschaftlichen Großbetrieben). Daneben spielt auch der Landverbrauch durch Straßen, Industrieanlagen und Siedlungsbebauungen eine große Rolle.

In den landwirtschaftlichen Betrieben führt weiterhin die Spezialisierung zu wenigen Kulturen bzw. zu Monobetriebsformen zu weiteren Verlusten von Biotopen. Bekannteste Beispiele sind der Wiesenumbruch wegen Aufgabe der Viehhaltung oder Aufforstungen von Extensivstandorten. Auch die Flurbereinigungen haben zu Verlusten von Biotopen und Ökostrukturen geführt.

Fast unbemerkt und z.T. unbeabsichtigt sind neue Sekundärbiotope entstanden, wie bei Kiesgruben, Steinbrüchen, Böschungen und Verkehrswegen sowie bei Entwässerungssystemen. Aber auch im urbanen Bereich entstanden Sekundärbiotope auf stillgelegtem Industriegelände oder Bauerwartungsland sowie auf innerstädtischen Sonderstandorten.

Durch die moderne Biotopkartierung wurden diese Standorte teilweise schon kartiert und es konnten hohe Wertigkeiten für Flora und Fauna festgestellt werden.

In jüngerer Zeit wird verstärkt in der Flurbereinigung die Frage gestellt, inwieweit künstliche Biotopgestaltung als Ausgleichsmaßnahmen bzw. Ersatzmaßnahmen dienen können und welchen Umfang (Größe, Vernetzungscharakter und Vernetzungsstrukturen) sie haben müssen, um im ökologischen Sinne wirksam zu werden.

Generelle Voraussetzung für die Planung und die Schaffung künftiger Sekundärbiotope durch Eingriffe in Natur und Landschaft sind geeignete biotopspezifische Standorte, bei Beachtung der Bodenverhältnisse, der Lage (Himmelsrichtung), des örtlichen Klimas, der späteren Biotopentwicklung (Pflegeplan) und der möglichen Negativbeeinflussung von außen.

Auch die späteren Besitzverhältnisse sollen frühzeitig berücksichtigt werden.

Im folgenden soll nur auf die Sekundärbiotoplanlagen "stehende Kleingewässer" eingegangen werden. Zu einem späteren Zeitpunkt sollen Erfahrungsberichte über Trockenmauerbau und Geröllanlagen sowie über künstliche Halbtrockenrasen folgen.

2. Sekundärbiotop "Stehendes Kleingewässer"

In den letzten 30 bis 40 Jahren sind rd. 70 % der Kleingewässer in Rheinland-Pfalz verschwunden. Für viele Tiere bilden stehende Kleingewässer die Lebensgrundlage als Populations- und Nahrungsbiotope.

Die Wirkung der kleinen Gewässer reicht weit über die engen Ufergrenzen hinaus als Beitrag zu biologischer Vielfalt in der Landschaft. Sie bilden neue Lebensräume, die meist schnell besiedelt werden.

Im Rahmen von Flurbereinigungsverfahren ist es möglich, Kleingewässer (auch als Ausgleichsmaßnahmen) zu schaffen. Geeignete Standorte lassen sich oftmals schon bei der "Bewertung der Landschaftselemente" finden. Da beim Kulturredamt Neustadt viele Gemarkungen, in denen die Flurbereinigung in Abschnitten durchgeführt wird, aneinander grenzen, können Kleingewässer im Verbund geplant werden - im Sinne von vernetzenden Strukturen.

Ein geringer Teil der geschaffenen Kleingewässer wurde als "Maßnahme im öffentlichen Interesse" aus dem Topf der Landespflege finanziert, der größte Teil jedoch als gemeinschaftliche Maßnahme.

Interessant ist, daß gerade häufig kleine Tümpel erst im Laufe der Ausbaumaßnahmen entstehen, wenn z.B. unbekannte Quellen aufgedeckt werden, oder bei der Flächengestaltung von Landschaftspflegeanlagen es sich aufgrund von Geländeänderungen durch Planierungsmaßnahmen anbietet, gesammeltes Oberflächenwasser zunächst einer stauenden Vertiefung zuzuführen, um es anschließend als Oberlaufwasser in Gräben weiterzuleiten.

Hier bewährt sich eine enge Zusammenarbeit zwischen dem kulturbau-technischen Büro und dem landespflegerischen Sachbearbeiter in Absprache mit dem planenden technischen Beamten.

Gegenseitige Informationen über die laufenden Baumaßnahmen erweisen sich hier als notwendig und sehr nützlich.

Ökologisch besonders wirksam haben sich Rückhaltebecken entwickelt, die wegen mangelnder Abflußmöglichkeiten als Versickerungs- und Verdunstungsbecken angelegt wurden.

Über die generelle Gestaltung von Kleingewässern gibt es viele bekannte Grundsätze, auf die hier im einzelnen nicht eingegangen wird. Jedoch konnten im Laufe der Zeit Erfahrungen beim Kulturanrt Neustadt gesammelt werden, die an dieser Stelle weitergegeben werden.

Vorausgesetzt, daß die Standorteignung gegeben ist, sollte bei der Planung von Kleingewässern folgendes beachtet werden:

- Die Biotopvernetzung, insbesondere der Biotopverbund, sind zu berücksichtigen. So sollten die maximalen Abstände zu den einzelnen Kleingewässern nicht über 3000 m liegen (Wanderradius vieler Amphibien).
- Wasserqualität, insbesondere der Nährstoffgehalt, beeinflußt nicht unerheblich die spätere Artenvielfalt des Gewässers; je weniger Nährstoffe, desto größer die Artenvielfalt bzw. um so spezialisierter die Arten.
- Je höher der Nährstoffgehalt des Wassers, um so stärker treten Pflanzen auf und um so stärker ist der Sauerstoffentzug durch Abbau organischer Substanzen. Das kann soweit führen, daß es im Winter, insbesondere bei Kröten, unter einer Eisdecke zu hohen Todesraten kommt.
- Der Uferanteil sollte bei nährstoffarmen Wasser möglichst groß sein (gewundene Uferlinien), während bei nährstoffreichem Wasser möglichst wenig Ufer geschaffen werden sollte (kreisähnliche Gestaltung) wegen der bereits genannten Uferverkrautung.
- Die Uferausbildung ist, wie beim vorstehenden Uferanteil, abhängig von der Gewässergüte; je weniger Nährstoffe, desto flacher die Ufergestaltung. Eine negative Uferverkrautung ist hier kaum zu erwarten.

Bei hohem Nährstoffgehalt des Wassers wiederum ist sinngemäß eine steilere Uferausbildung anzustreben.
- Besonders günstig haben sich Standorte in der Umgebung von Tümpeln entwickelt, deren Vegetationsnarbe durch Bodenabtrag auf annähernde Höhe des ständigen Wasserspiegels abgesenkt wurde. Voraussetzung hierfür ist allerdings, daß die Vegetationsnarbe bereits typische Pflanzen der feuchten Zone enthält.
- Der tiefste Punkt eines Tümpels sollte als Sumpf ausgebildet werden mit einer Tiefe von ca. 1,50 m zur frostfreien Überwinterung von Amphibien.
- Bei Kleintümpeln spielt die Tümpelgröße eine wichtige Rolle. Sie sollte nicht unter 10 m Durchmesser liegen, da sonst eine zu starke Randverkrautung gegeben ist; auch die Selbstreinigungskraft des Gewässers wird hierdurch eingeschränkt.
- Beste Erfahrungen wurden bei der Anlage von breiten Blindgräben bei hohem Grundwasserspiegel gemacht, also linienhafte Gewässer ohne Zulauf oder Abfluß. Hier war bei den Tieren die Artenanzahl in den ersten Jahren besonders hoch, hervorgerufen durch die schnellere Wassererwärmung.

Vermutlich bedürfen jedoch diese Arten von Gewässern eines erhöhten Pflegeaufwandes, da in gewissen Abständen der Blindgraben wegen größerer organischer Massenbildung geräumt werden sollte.

- Rückhaltebecken lassen sich mit einfachen Mitteln in Tümpelanlagen ausgestalten, indem einige Vertiefungen eingebaut werden. Erfahrungen haben gezeigt, daß auch bei ungünstigen Bodenverhältnissen das Wasser in den Vertiefungen über größere Zeiträume bzw. andauernd verweilt. Im übrigen sind stehende Gewässer, die periodisch Wasser haben, für bestimmte Insekten lebenswichtig. Außerdem werden nach bisherigen Erfahrungen so gut wie keine periodischen Tümpel zu Todesfallen für Amphibien bzw. deren noch nicht fertig entwickelte Nachkommen, da mit Abnahme des Wasserstandes und erhöhter Wassertemperaturen die Überlebensstrategie von Amphibien in Form einer beschleunigten Entwicklung der Nachkommen einsetzt. Die Verluste von Amphibien und Insektenlarven bei Hochwasser im Becken sind gering. Bei nachträglichem Einbau von Vertiefungen reicht es auch, wenn nur wechselfeuchte oder periodisch vernäßte Bereiche entstehen. Auch hier wird sich eine dem Standort angepaßte Tierwelt einstellen.
- Bei ungünstigen, also durchlässigen Bodenverhältnissen, sollte auf den Einbau von Teichfolien verzichtet werden, da selbst bei sachgemäßem Einbau oder später durch Pflanzenwurzeln, wie auch durch den späteren Alterungsprozeß der Folie ein winziges Loch genügt, um das Gewässer versiegen zu lassen.

Besser und natürlicher ist hier die Verwendung von schweren Lehmen oder Tonen, die feucht eingebaut eine hohe Dichtigkeit ergeben. Hier kann bei Undichtigkeit eine leichte Nachdichtung erfolgen (z.B. durch Walgbewegungen mit dem Baggerlöffel). Die Auftragsstärke sollte bei rd. 20 bis 25 cm liegen.

- Das künstliche Bepflanzen mit Ufer- und Wasserpflanzen sollte möglichst unterlassen werden, um so der natürlichen Sukzession Raum zu geben.

Die kurzfristige Ufersicherung an der Spülseite von größeren Tümpeln oder Teichen (je nach Hauptwindrichtung) kann am einfachsten oder dauerhaftesten mit der gelben Schwertlilie (*Iris pseudacorus*) erfolgen. Die Entnahme von Wasserpflanzen aus anderen nahegelegenen Teichen ist vorteilhaft, zumal die von Staudengärtnereien angebotenen Pflanzen in genetischer Hinsicht (Herkunft) mit einem Fragezeichen zu versehen sind.

- Das Bepflanzen mit Gehölzen am Ufer oder in dessen Nähe sollte bei Kleintümpeln unterlassen werden, während bei größeren Anlagen die Gehölzbepflanzung auch als Gestaltungselement in der Regel erforderlich ist.
- Die Beschattung des Gewässers durch die Gehölze muß hierbei beachtet werden.
- Die Pflanzenauswahl für Gewässer bedarf einer besonderen Kenntnis. In rd. 90 % der bepflanzten Kunstgewässer in der Pfalz herrscht eine Florenverfälschung, da Bepflanzungsfehler gemacht wurden.

In vielen Fällen ist zu prüfen, ob das neugeschaffene Gewässer nicht besser der spontanen Besiedlung (Selbstansiedlung) mit Pflanzen überlassen werden sollte, insbesondere dann, wenn in der Nähe Feuchtgebiete vorhanden sind.

- Auch die Ufersicherung am Spülsaum kann durch Gehölze erfolgen (Weiden und insbesondere Erlen).
- Eine große Gefahr für die Artenvielfalt geht von dem unkontrollierbaren Fisch-einsatz aus. Bislang wurden in allen größeren Gewässeranlagen des Kulturamtes Neustadt Fische unerlaubt eingesetzt.

Aus diesem Grund werden nur noch Kleintümpel oder Kleintümpelanlagen oder gar Flachwasseranlagen bei uns geplant und ausgeführt.

- Das Einsetzen von Tieren sollte nicht durchgeführt werden. In diesem Zusammen-hang sei auch auf das Artenschutzrecht hingewiesen.
- Das Umsetzen von Adulten (geschlechtsreifen Tieren) bringt übrigens keine Er-folge!
- Die an das Wasser gebundene Tierwelt stellt sich, auch ohne künstlichen Besatz, schnell selbst ein.
- Zum Schluß soll noch darauf hingewiesen werden, daß bei der Planung von stehenden Kleingewässern durch entsprechende Standortauswahl oder von der Ge-staltungsart her negative Einflüsse durch den Menschen wie Uferzerstörung, Un-ruhe, Unratablagerungen u.a.m. weitgehend vermieden werden kann.

WEINBERGSFLURBEREINIGUNG – AUFTRAG ZUR ERHALTUNG CHARAKTERISTISCHER KULTURLANDSCHAFT

- dargestellt am Beispiel des Bodenordnungsverfahrens Guntersblum (Rheinhessen) -

von Baurat Claus-Rainer Hess, Worms

1. Vorbemerkung

Nach den derzeit geltenden Richtlinien über die Finanzierung von Bodenordnungs-verfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz (VV des Ministeriums für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten vom 11.04.1980 - MinBl. S. 270) dürfen nur solche Verfahren finanziert werden, die einen erheblichen agrarstrukturellen Erfolg erwarten lassen. Dieser Erfolg ist gerade in der Weinbergsflurbereinigung auch heute vielfach noch gleichbedeutend mit der Gestaltung einer maschinengerechten, rationell bewirtschaftbaren "Produktionslandschaft". Naturnahe Landschaftselemente werden - wenn überhaupt - am Rand bzw. auf weinbaulich nutzbaren Restflächen geduldet.

2. Auftrag des Flurbereinigungsgesetzes

Somit fällt es nicht leicht, dem Auftrag des 1976 novellierten Flurbereinigungsgesetzes nach einer ökonomisch und ökologisch ausgewogenen Neugestaltung der Verfahrensgebiete gerecht zu werden; denn die Einsicht der beteiligten Winzer in die Notwendigkeit umweltschonender Bodenordnung ist vielfach noch unterentwickelt. Auch werden die Bodenordnungsverfahren vergangener Jahre, in denen weitgehend ohne Rücksicht auf Natur und Landschaft geplant, gebaut und planiert wurde, immer noch als beispielhaft, wirtschaftlich optimal und nach wie vor nachahmenswert angesehen.

Es gibt aber auch aus landespflegerischer Sicht positive Beispiele, in denen Ökonomie und Ökologie zusammengefunden haben und unter behördlicher Leitung eine für alle Beteiligten zufriedenstellende Lösung erarbeitet werden konnte. Eines dieser Beispiele ist der Abschnitt III des Flurbereinigungsverfahrens Guntersblum (Kulturamtsbezirk Worms).

3. Das Verfahrensgebiet

Die Gemarkung Guntersblum - traditionelles Weinbaugebiet in Rheinhessen - liegt etwa 25 km südlich von Mainz und 20 km nördlich von Worms.

Das Flurbereinigungsgebiet umfaßt etwa 350 ha Rebflächen. Das Bodenordnungsverfahren wurde 1974 eingeleitet; es wird in insgesamt sechs Abschnitten in jeweils dreijährigem Abstand durchgeführt, um den Ertragsausfall und die mit Flurbereinigung und Neuanlage verbundenen Kosten für die Winzer auf mehrere Jahre zu verteilen.

Der Verfahrensabschnitt III umfaßt einen 71 ha großen, nach Osten abfallenden Hang, der durch Terrassen mit unterschiedlich hohen Böschungen und Lößabbruchkanten sowie einigen tief eingeschnittenen Hohlwegen reich gegliedert und strukturiert ist.

4. Agrarstrukturelle Mängel

Der Verfahrensabschnitt wies vor seiner Neugestaltung eine Vielzahl agrarstruktureller Mängel auf, die die Bearbeitung der Weinberggrundstücke erschwerten. Sie waren im Folgenden begründet:

- unzureichendes Wegenetz,
- unzureichende Wasserführung,
- zu kleine und unwirtschaftlich geformte Grundstücke,
- zu geringer Zeilenabstand.

5. Zoologische Bedeutung

Die zoologische Bedeutung des Verfahrensgebietes ist insbesondere ornithologisch belegt. Durch Mitglieder der Naturschutzverbände und im Rahmen der Biotopkartierung durch das Landesamt für Umweltschutz und Gewerbeaufsicht wurden 36

Brutvogelarten nachgewiesen, von denen fünf als stark bestandsgefährdet eingestuft sind, und zwar Neuntöter, Steinkauz, Schwarzkehlchen, Turteltaube und Wiedehopf. Die zahlreichen Lößabbruchkanten sowie einzelne Trockenmauern stellen bedeutende Lebensräume für Insekten dar.

6. Botanische Bedeutung

Die auf den nicht weinbaulich genutzten Flächen vorkommenden Pflanzenarten und -gesellschaften sind stark beeinflusst von der intensiven Nutzung der Weinbergsgrundstücke und dem damit verbundenen Einsatz von Dünge- und Pflanzenbehandlungsmitteln.

Die in vergleichbaren Weinbaugebieten Rheinhessens eigentlich typischen thermophilen Gebüsch wie *Pruno ligustretum* (Liguster-Schlehengebüsch) und *Prunetum fruticosae* (Zwergkirschengebüsch) sowie Trocken- und Halbtrockenrasen sind nur noch fragmentarisch vorhanden. Sie sind weitgehend Ersatzgesellschaften nährstoffreicher Standorte gewichen, die relativ artenarm sind und beherrscht werden durch Arten wie *Sambucus nigra* (Schwarzer Holunder), *Urtica dioica* (Große Brennnessel), *Artemisia vulgaris* (Gemeiner Beifuß) usw.

7. Landschaftsbild

Das Verfahrensgebiet wird geprägt durch die Weinbauterrassen mit Böschungen und Lößabbruchkanten, die aufgrund ihrer Höhe, ihrer Längsausdehnung und ihres Bewuchses (sofern gehölzbestanden) weithin sichtbare Strukturelemente darstellen. Diese Vielfalt wird noch gesteigert durch die der Erschließung der Weinbergsgrundstücke dienenden Hohlwege.

8. Neugestaltung des Flurbereinigungsgebietes

Bei der Neugestaltung des Verfahrensgebietes sah sich das Kulturamt im wesentlichen zwei Forderungen gegenübergestellt: der Behebung der agrarstrukturellen Mängel und dem Erhalt der für Guntersblum typischen Weinbaulandschaft. Diese Aufgabe stellte die Behörde vor große Probleme; denn insbesondere die Hohlwege, die die Weinbergsgrundstücke streckenweise diagonal durchzogen, erschwerten eine großzügige Bodenordnung und die Anlage eines aus weinbaulicher Sicht optimalen Wege- und Gewässernetzes.

Durch Beibehaltung der Weinbauterrassen konnten die wesentlichen Landschaftselemente und -strukturen erhalten werden. Mit Landesmitteln wurde Weinbergsgelände in einer Flächengröße von 1,4 ha erworben. Diese Flächen wurden einerseits zur Vergrößerung bestehender Landschaftselemente verwendet, andererseits konnten so Weinbergsgrundstücke aus der Nutzung genommen und der natürlichen Sukzession zugeführt werden.

Der Umfang landespflegerisch bedeutsamer Flächen wurde von 3,7 ha (= 5,2 % der Verfahrensfläche) auf 7,7 ha (= 10,8 % der Verfahrensfläche) vergrößert. Es bleibt abzuwarten, ob hierdurch der aus der Sicht des Arten- und Biotopschutzes besonders schmerzliche Verlust von Sonderstandorten (Hohlwege = - 40,2 %; Trockenmauern = - 35,2 %) kompensiert werden kann.

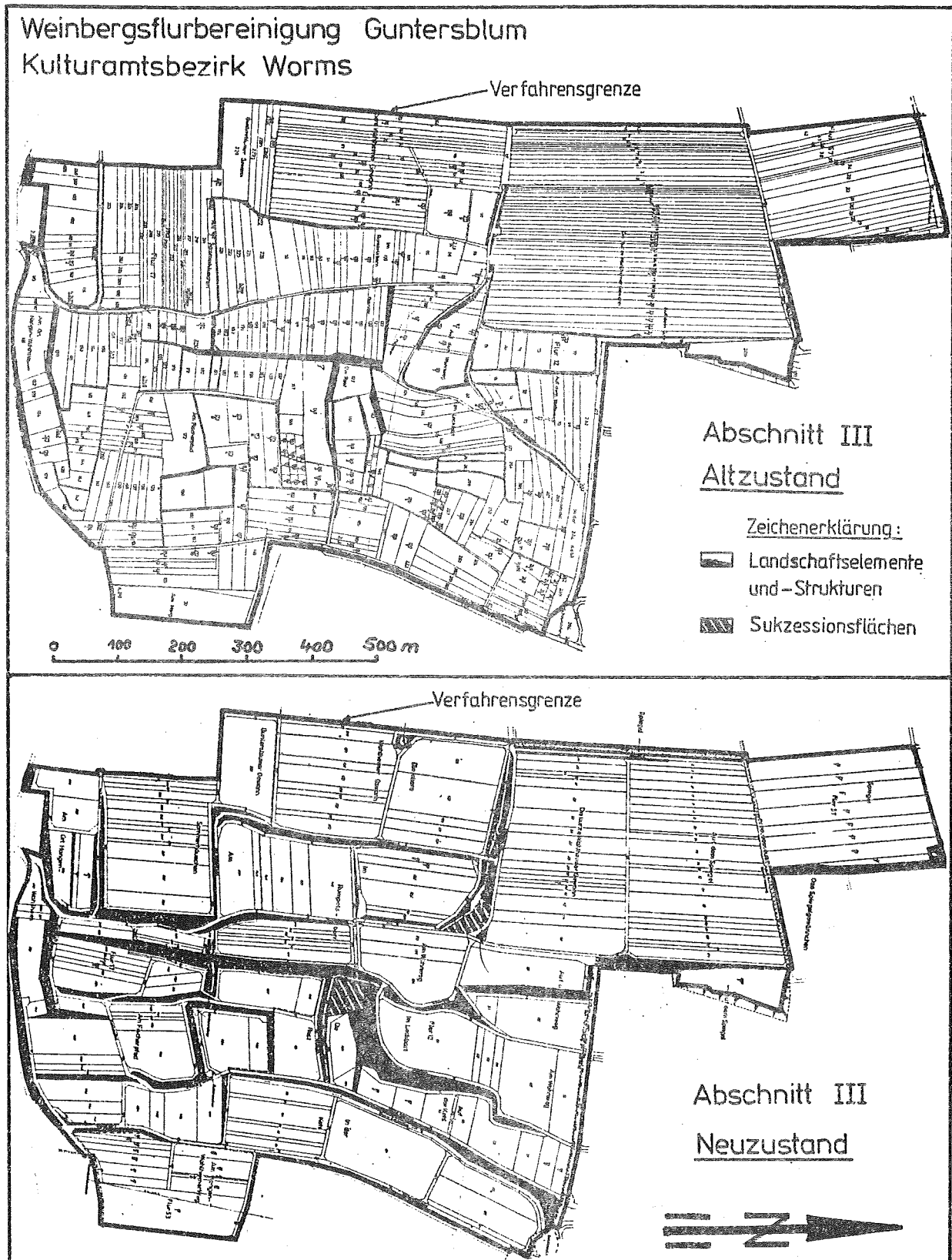


Abb. 2: Der Verfahrensabschnitt vor und nach der Flurbereinigung (Kartographie: Anita Burgey)

Von den Naturschutzverbänden wurden die umfangreichen Wegebaumaßnahmen kritisiert, obwohl die Anlage befestigter und wasserführend ausgebauter Wege gerade in hängigen Weinbergslagen mit erosionsanfälligen Lößböden in ökologischer Hinsicht auch Vorteile bietet, wird doch bei Niederschlägen künftig verhindert, daß das aus den Weinberggrundstücken abfließende Oberflächenwasser in die Böschungen eindringt und diese aufgrund der mitgeführten nährstoffreichen Bodenfracht eutrophiert. Ob die vielfach behauptete, bislang nur für Waldökosysteme belegte Trennwirkung befestigter Wege die Biotopqualität der angrenzenden Landschaftselemente mindert, wird in diesem und dem nächsten Jahr durch einen beim Kulturredamt Worms im Rahmen einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme beschäftigten Diplom-Biologen in Zusammenarbeit mit der Bundesforschungsanstalt für Naturschutz und Landschaftsökologie untersucht.

9. Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen

Zum Ausgleich bzw. zur Minderung der Eingriffe in Natur und Landschaft wurden folgende Maßnahmen durchgeführt:

- Schaffung neuer Lößabbruchkanten,
- Anlage von Steinhäufen und Steinriegeln,
- Ergänzung der relativ artenarmen Gehölzflora (überwiegend Holunder) durch andere landschaftstypische Gehölzarten wie Hartriegel, Liguster und Pfaffenhütchen,
- Aussaat von Gräsern und Kräutern, deren Samen im Verfahrensgebiet gewonnen wurde (z.B. gewöhnlicher Lein, Elsässer Haarstrang).

10. Zusammenfassung

Die Forderung des Flurbereinigungsgesetzes nach einer ökonomisch und ökologisch ausgewogenen Neugestaltung des Verfahrensgebietes wurde in der Weinbergsflurbereinigung Guntersblum erfüllt. Dem alten Vorwurf der Ausräumung der Landschaft wurde eine Lösung entgegengesetzt, die landespflegerische Zielsetzungen mit den aus weinbaulicher Sicht vordringlichen Erfordernissen in Einklang bringt. Daß Natur und Landschaft nicht - wie vor der Flurbereinigung vielfach befürchtet - auf der Strecke blieben, ist vor allem der Aufgeschlossenheit der Winzer zu verdanken, die neben einem Flächenabzug gemäß § 47 Abs. 1 FlurbG von 15,5 % teilweise auf die Nutzung von Rebgelände verzichteten und ungünstige Flächenzuschnitte in Kauf nahmen.

GEDANKEN ZUR BEHANDLUNG LANDESPFLEGERISCHER BELANGE IN FLURBEREINIGUNGSVERFAHREN

von Obervermessungsrat Ulrich Schmitz, Mayen

Auf Grund der seit Jahren laufenden öffentlichen Diskussion und Berichterstattung über ökologische Probleme wird heute erfreulicherweise in weiten Kreisen der Bevölkerung die Notwendigkeit zum Erhalt und Schutz der natürlichen Umwelt anerkannt. So wird auch bei Flurbereinigungsverfahren von den meisten betroffenen Grundstückseigentümern Verständnis für notwendige Schutz- und Erhaltungsmaßnahmen an vorhandenen Biotopen aufgebracht; die mit diesen Maßnahmen verbundenen Eingriffe in die private Rechtssphäre sowie die damit einhergehenden kostenmäßigen Mehrbelastungen werden weitgehend widerspruchsfrei akzeptiert.

So erfreulich es auch ist, daß diese Opferbereitschaft bei den betroffenen Grundstückseigentümern besteht, die sicherlich zur leichteren Durchsetzung landespflegerischer Maßnahmen beiträgt, so darf weder das Bemühen um ökologische Verbesserungen, noch die Furcht vor einem möglichen Sinneswandel der Betroffenen dazu führen, daß verfassungsrechtlich gebotene Entschädigungen für im öffentlichen Interesse vollzogenen landespflegerischen Planungen unerwähnt bleiben.

Zweierlei muß festgehalten werden:

1. Viele landespflegerische Forderungen zielen auf enteignungsgleiche Eingriffe in das Grundeigentum;
2. die Flurbereinigung ist lt. ständiger Rechtsprechung keine Enteignungsmaßnahme.

Bei allem Verständnis für die Bedeutung und Würdigung ökologischer Sachverhalte und bei dem hohen Stellenwert, den die Erhaltung der natürlichen Umwelt nicht nur für die Artenvielfalt, sondern auch insbesondere für das Wohlbefinden des Menschen langfristig hat, muß noch eindringlich davor gewarnt werden, den Teilnehmern in Flurbereinigungsverfahren Sonderopfer in einer Form aufzuerlegen, für die eine gesetzliche Grundlage nicht gegeben ist und die damit verfassungsrechtlich bedenklich wäre. Derartige Maßnahmen würden einerseits das gesteckte Ziel, einen Beitrag zur Gesundung unserer natürlichen Umwelt zu liefern, verfehlen, dafür aber andererseits die Flurbereinigung ungewollt in die Nähe der Enteignung bringen und damit in der jetzigen, tlw. sehr hitzigen öffentlichen Diskussion weiterhin schwer belasten.

Zu überzogenen landespflegerischen Planungen und den damit verbundenen Mehrbelastungen der Teilnehmer kommt es häufig aus Sorge vor Angriffen grundlegender Art aus der sogenannten "Grünen Ecke" bzw. auch tlw. aus opportunistischem "Wohilverhalten" von Flurbereinigungsbehörden, die damit demonstrieren wollen, daß die allenthalben artikulierten Vorwürfe gegen Flurbereinigungsmaßnahmen auf ihre spezielle Dienststelle bezogen offensichtlich völlig unbegründet sind.

In diesem Zusammenhang scheint es geboten, an das Vorhandensein der Landwirtschaftsklausel des § 4 Abs. 2 des Landespflegegesetzes zu erinnern, wonach die ordnungsgemäße land-, forst- und fischereiwirtschaftliche Bodennutzung nicht als Eingriff in Natur und Landschaft anzusehen sind. Sicherlich sind viele Maßnahmen - insbesondere im Vollzug einer intensiven - land-, forst- und fischereiwirtschaft-

lichen Bodennutzung aus ökologischer Sicht nicht unbedenklich, ohne jedoch dadurch als im Sinne des Landespflegegesetzes "nicht ordnungsgemäß" eingestuft werden zu können; sei es, daß es sich um den Umbruch einer ackerfähigen Wiese handelt, die Rodung eines Feldgehölzes, das Einschleifen eines Ackerraines, die Wiederinkulturnahme einer Brachfläche oder auch das Einschleifen eines Hohlweges oder einer Trockenmauer. Solche Maßnahmen, außerhalb einer Flurbereinigung vollzogen, weil es sich aus innerbetrieblichen Gründen als notwendig erwiesen hat, oder weil der neue Pächter oder Eigentümer des betreffenden Grundstückes eben andere betriebliche Überlegungen anstellt als der vorherige Besitzer, lösen in der Regel allenfalls das Mißfallen der betroffenen Landespflegestellen, jedoch keineswegs Forderungen nach Ausgleichs- oder Ersatzmaßnahmen gegenüber dem Verursacher aus. Anders ist dies jedoch grundsätzlich, wenn derartige Maßnahmen im Rahmen einer laufenden Flurbereinigung im Rahmen eines Wege- und Gewässerplanes mit landschaftspflegerischem Begleitplan konzipiert werden. Unter Anspielung auf das allenthalben vorhandene schlechte Gewissen der Flurbereinigungsbehörden in punkto "landespflegerisches Wohlverhalten" werden dort auf Kosten der Flurbereinigungsteilnehmer häufig Zugeständnisse hinsichtlich Landbereitstellungen und Ausführungskosten herausgelockt, die tlw. eigentumsrechtlich bedenklich erscheinen. Das bedeutet nicht, daß es nicht sinnvoll und notwendig wäre, Landespflege auch und insbesondere in der Flurbereinigung sehr ernst zu nehmen und alles zu tun, was im gesetzlichen Rahmen zu ihrer Förderung geeignet ist. Ratsam erscheint es daher, dort mit landespflegerischen und ökologischen Bemühungen anzufangen, wo diese in die Richtung zeigen, die auch aus ökonomischen Gesichtspunkten geboten ist. Dies gilt im besonderen Maße für Dränagen und aufwendige Kultivierungsarbeiten; beide Maßnahmenkomplexe finden nicht nur die ungeteilte Gegnerschaft seitens der Naturschützer, sondern sind auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten in Anbetracht der lauthals angeprangerten bundes- und EG-weiten Überproduktionen im Agrarbereich äußerst bedenklich und sollten tunlichst grundsätzlich vermieden werden. Auch wenn eine solche Einschränkung im Einzelfalle einen bestimmten Ackerplan weniger wirtschaftlich und damit eine Zuteilung hinsichtlich der Wertgleichheit etwas problematisch erscheinen lassen könnte, so sollte doch hier nach anderen Möglichkeiten zur Herstellung der gesetzlich gebotenen Wertgleichheit gesucht werden, bevor die häufig naheliegenden ökonomischen Zugeständnisse der Einfachheit halber gemacht werden. Im gleichen Sinne kann man fragen, ob Bachausbaumaßnahmen, die ebenfalls aus ökologischer Sicht problematisch sind, für die anerkannte Verfahren seitens der Fachbehörden bisher nicht präsentiert werden konnten und die häufig aus volkswirtschaftlicher Sicht langfristig ineffektiv sind, im Rahmen der Flurbereinigung angefaßt werden müssen, statt mit in der Regel geringen Abzugserhöhungen Täler vollständig der Landespflege zu überlassen.

Die Liste der Maßnahmen, die einerseits aus ökologischer Sicht sinnvoll, aus wirtschaftlicher Sicht zugleich kostensenkend wirken, ist sicher nicht kurz. Überlegungen dieser Art sind naheliegend und stehen der Flurbereinigungsverwaltung gut zu Gesicht, da man ihr in der Öffentlichkeit sicher Einsichtsfähigkeit in derartige Problemstrukturen zutraut. Dagegen wird die zur Zeit nicht gerade freundlich gesonnene Öffentlichkeit statt Einsichtsfähigkeit und Einsichtswillen eher plumpen Opportunismus aus Existenzangst unterstellen, wenn sie sieht, daß der "Landumleger" statt wie bisher mit dem verpönten geraden Lineal rechteckige Wegenetze von 500 m Furchenlänge unbeeindruckt durch vorhandene Geländegestalt und Bewuchs in das bekanntlich ebene Kartenbild und mittels Raupe und Bagger dann auch in die bewegte Landschaft zu quälen, nun plötzlich - wie durch eine göttliche Offenbarung verwandelt - nach Vögeln, Käfern, seltenen Schmetterlingen und

und Kräutern sucht, um ihnen seinen behördlichen Schutz angedeihen zu lassen, da alle anderen, insbesondere die Landespflegebehörden, diesen i.d.R. doch keinen effektiven Schutz bieten können.

Verhaltensweisen dieser Art - womöglich gar in bester Absicht - führen meines Erachtens nicht zu dem gewünschten Erfolg. Sie werden entweder als flurbereinigungsuntypisch oder als neue Stimmlage des "kreidefessenden Wolfes" verstanden; keine gute Empfehlung für künftige Flurbereinigungen, die vorrangig in Verfolgung landespflegerischer Ziele eingeleitet werden sollten.

„FLURBEREINIGUNG“ IM SCHULUNTERRICHT

- Reflexionen über ein unbewältigtes Thema -

von Oberregierungsrat Dr. Willy Schuy, Trier

"Was ist Flurbereinigung?" - Diese Frage, gestellt z.B. an Schüler der Sekundarstufe I allgemeinbildender Schulen, wird erfahrungsgemäß in der Mehrzahl der Fälle nur ein verständnisloses Achselzucken als Antwort hervorrufen. Wenn konkrete Vorstellungen damit verbunden werden, dann zumeist negative, die sich in entsprechenden Schlagworten manifestieren: "begradigen", "aufräumen", "zerstören"

Woran liegt das? Wohl nicht allein an dem negativen "touch", der dem historischen Begriff "Flurbereinigung" nun einmal anhaftet und zu einschlägigen, einprägsamen Wortspielereien verleitet wie "Flurbereinigung = Bereinigung der Flur von der Natur"....

Man könnte sich als "Flurbereiniger" die Ursachenforschung bezüglich der aufgeworfenen Frage leicht machen: einfach der Schule den "Schwarzen Peter" zuschieben und sich resignierend in die "Schmollecke" zurückziehen. Damit wäre aber weder der Sache noch der Schule gedient. Voraussetzung für Verbesserungsvorschläge ist zunächst einmal die Kenntnis, wie "Flurbereinigung" tatsächlich im Schulunterricht behandelt wird.

IST - Situation

Wer sich zu dieser Frage einen umfassenden, ggf. bundesweiten Überblick verschaffen wollte, wird bald die ernüchternde Feststellung treffen müssen, daß einschlägige Lehrpläne bzw. Lernmethoden und Unterrichtsmaterialien - soweit vorhanden - für Außenstehende kaum verfügbar sind. Dem pluralistischen Aufbau unseres Staates entsprechend ist zwischen den einzelnen Bundesländern auf diesem Sachgebiet eine große Bandbreite anzutreffen.

Für rheinland-pfälzische Verhältnisse gilt folgende Grundaussage 1):

"In den allgemeinbildenden Schulen von Rheinland-Pfalz wird im Fach **Erdkunde** der **Sekundarstufe I** die Einsicht in die wechselseitigen Beziehungen zwischen Mensch und Raum vermittelt. Ziel dabei ist es, dem Schüler bewußt zu machen, daß der Mensch für die Nutzung und Gestaltung seines Lebensraumes verantwortlich ist

Mit dieser Zielsetzung schreibt der Lehrplan unter der Gesamtüberschrift "Umwertung von Räumen" das Thema "Flurbereinigung" verbindlich vor. Es geht hierbei darum, den Schülern deutlich zu machen, wie bereits entwickelte Räume von Menschen verändert werden. An einem Beispiel aus dem Heimatraum soll eine Flurbereinigungsmaßnahme/Aussiedlung dargestellt werden. Dabei wird eine Verzahnung mit dem Themenkreis Natur- und Landschaftsschutz empfohlen, um eine multiperspektivische Betrachtung zu erleichtern.

Das Fach Erdkunde wird an rheinland-pfälzischen Schulen von dafür eigens an wissenschaftlichen Hochschulen ausgebildeten Lehrkräften unterrichtet. Daher kann man davon ausgehen, daß diese Lehrer aufgrund ihrer fachlichen Kompetenz auch den Themenkreis "Flurbereinigung" in pädagogischer Verantwortung behandeln." (Zitat Ende)

Diese "optimistische" Hypothese des zuständigen Fachministeriums soll nicht grundsätzlich in Frage gestellt werden. Wie praktische Erfahrungen jedoch zeigen, wird die Art und Weise "pädagogisch verantwortlicher Behandlung des Themas Flurbereinigung" wesentlich von der Grundeinstellung des jeweiligen Lehrers dazu mitbestimmt; und hier reicht die Skala - wie nicht anders zu erwarten - von "pro" bis zum uneingeschränkten "contra". Dies spiegeln auch die resultierenden schulischen Ergebnisse in diesem Bereich wieder.

Nachfolgende Auszüge sollen - ohne wertenden Kommentar - beispielhaft etwas von dem "Freiraum" bei der Behandlung des Themas "Flurbereinigung" im Schulunterricht veranschaulichen. Zum einen - Auszug (1) - handelt es sich um "offizielles" Unterrichtsmaterial. Zum anderen - Auszug (2) - sind Passagen aus einer 35-seitigen erdkundlichen Facharbeit, gefertigt im Schuljahr 1984/85 an einem Trierer Gymnasium, beigelegt 2), die sich kritisch rückblickend mit der Weinberg-flurbereinigung in einem Moseldorf befaßt 3).

1) gemäß Schreiben des Staatssekretärs im Rheinland-Pfälzischen Kultusministerium, Frau Rickal, auf eine schriftliche Anfrage des Bundes der technischen Beamten Rheinland-Pfalz, Fachgruppe Vermessung.

2) mit Genehmigung der Verfasserin A. Hoffmann

3) die erforderlichen Unterlagen wurden durch das Kulturamt Trier zur Verfügung gestellt.

Auszug (1) aus: GEOGRAPHISCHE RUNDSCHAU (GR)
Beihefter zu GR 34 (1982) Heft 3
Verlag Georg Westermann, Braunschweig

Aktuelle
Unterrichts
Materialien

AU 21

Landwirtschaft – Umweltschützer oder Umweltschädiger?

Herausgeber: Hartwich Haubrich
Autor: Josef Härle

Im Märzen der Bauer . . .

Schlagzeilen und Meinungen

„Das Märchen vom Bauern als einem
Landschaftspfleger.“

(Prof. Dr. W. Engelhardt, Präsident des
Deutschen Naturschutzrings, am 10. 2. 1979)

„Intensive Landwirtschaft gefährdet
Artenvielfalt.“

FAZ 10. 12. 1980

„Agrochemie-Gift auf den Tisch.“
Umweltforum, Okt. 1980

„Die Landwirtschaft hat sich bis heute
alles in allem als Umweltschützer be-
währt.“

(E. Geprägs, Landesbauernverbandspräsi-
dent, am 25. 2. 1978)

„Die Land- und Forstwirte waren und
sind die ersten und die echten Grü-
nen.“

(MDL J. Dreier am 28. 4. 1981 im baden-
württembergischen Landtag)

„Ohne die Arbeit der Bergbauern geht
der Schwarzwald kaputt.“

Schwäbische Zeitung 7. 1. 1981

„Landwirtschaft mit Naturschutz ver-
binden.“

(Gallus, Staatssekretär im Bundesernäh-
rungsministerium) Schwäbische Zeitung
15. 7. 1980

„Konfliktsituation zwischen Bauern
und Naturschutz entschärft.“

Schwäbische Zeitung 19. 10. 1981

„Naturschutz mit den Landwirten.“
FAZ 19. 9. 1981

Inhalt (Gliederungspunkte):

=====

A Landwirtschaft und Umweltschutz

Wirtschaftliche Erfolge und Umweltbelastungen
der modernen Landwirtschaft im Überblick

B Hauptumweltbelastungen durch die Landwirtschaft (vgl. Schema nächste Seite)

I Entwässerung/Gewässerausbau

II Ausräumung/Flurbereinigung

III Einförmigkeit, Trend zu Monokultur

IV Schädlingsbekämpfung/Überdüngung

C Lösungsansätze

- weniger Chemie
- ökologischer Landbau
- Erhaltung bzw. Schaffung naturnaher
Ausgleichsflächen

Die einzelnen Abschnitte sind reichlich illu-
striert (Abbildungen, Graphiken); abschließend
werden jeweils Aufgaben formuliert, die von
den Schülern zu beantworten sind.

II Ausräumung/Flurbereinigung

Besorgte Schlagzeilen

„Pflanzentod durch Flurbereinigung“
Schwäbische Zeitung 16. 6. 1979

„Flurbereinigung verjagt Rebhühner“
FAZ 21. 3. 1979

„Flurbereinigung bleibt Alptraum“
Umweltforum Oktober 1981

„Vielfalt ausgeradiert“
Natur und Umwelt, 1980, H. 4

Ämtliche Beruhigung

„Die Erhaltung und – wo notwendig – die Gestaltung der Landschaft ist zum festen Bestandteil der Flurbereinigungsplanung geworden.“

(Aus: 25 Jahre Flurbereinigung in Baden-Württemberg. Stuttgart 1979, S. 42)

Tatsachen

„Die einheimischen Pflanzenarten in der Bundesrepublik Deutschland sind vor allem durch die Landwirtschaft gefährdet. Nach einer Untersuchung der Bundesforschungsanstalt für Naturschutz und Landschaftsökologie in Bonn-Bad Godesberg geht die Gefährdung von 339 Arten hauptsächlich auf strukturverbessernde Maßnahmen wie Flurbereinigung und Meliorationen zurück. Unter den Einzelursachen der Artengefährdung steht die Beseitigung von Sonderstandorten wie Feldrainen, Weinbergterrassen, Trockenmauern, Tümpeln und Ödland an erster Stelle. Zweithäufigste Ursache für den Artenrückgang ist die Entwässerung. Fast ebenso einschneidend wirkt sich die Aufgabe der Bewirtschaftung auf früher extensiv genutzten Flächen wie Streuwiesen, Schaftriften oder steinigen Äckern aus.“

Informationsblatt Nummer 43 des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Natur und Umwelt 1981, H. 2, S. 10

Weitere Fakten

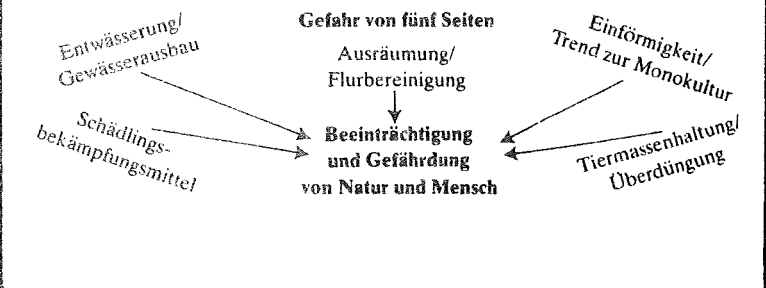
○ 1945–1979 wurden im Bundesgebiet (ohne Berlin) 7 267 025 ha bereinigt. Zur Zeit laufen Verfahren mit rund 4,5 Mio. ha. (Die gesamte landwirtschaftliche Nutzfläche betrug 1980 12 173 700 ha.)

(Agrarbericht 1981, Bonn 1981)

○ Für Flurbereinigung gab die Bundesregierung 1980 zwölfmal soviel aus wie für Naturschutz.

(Natur 1981, Nr. 8, S. 47)

B Hauptumweltbelastungen durch die Landwirtschaft

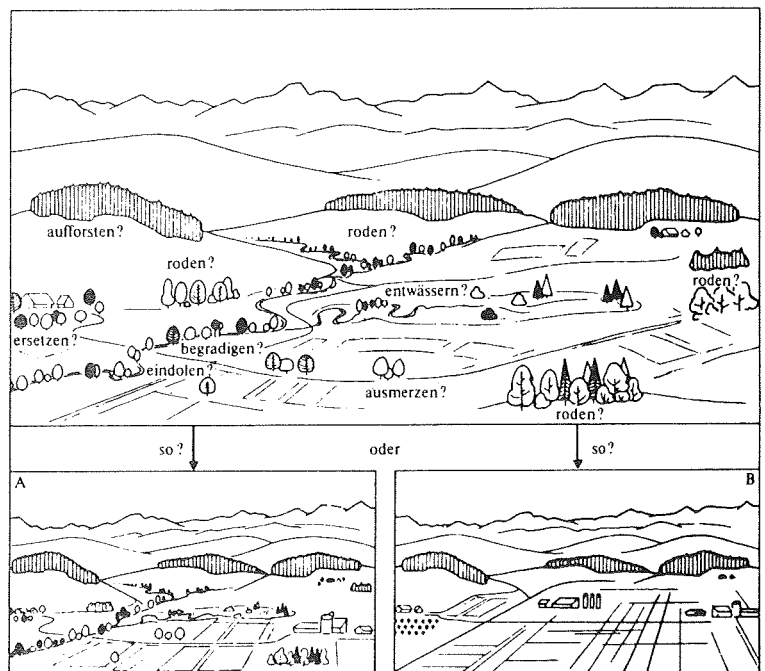


○ Im Rahmen von Flurbereinigungen wurden seit 1950 in Schleswig-Holstein 25 000 von 75 000 km Wallhecken (Knicks) gerodet, wodurch – nach dem Botaniker Eigner aus Kiel – 3,2 Mio. Vögel weniger ausgebrütet wurden.

(Stern 1979, Nr. 43, S. 112)

○ Auf dem schweizerischen Meßtischblatt Andelfingen nahmen zwischen 1954 und 1972 Hecken- und Ufergehölze um 30%, Feuchtgebiete um 38%, naturnahe und vielfältige Bereiche um 83% ab.

(K. C. Ewald: Der Landschaftswandel. Liestal 1978, S. 184)



Zwei Wege der Flurbereinigung

Aus: Wildermuth, H.: Natur als Aufgabe. Leitfaden für die Naturschutzpraxis in der Gemeinde. Basel 1978, S. 72

Aufgaben

1. Weshalb sind Feldraine, Terrassenmauern, Hecken, Einzelbäume, Flurgehölze zu einem großen Teil in den letzten 30 Jahren beseitigt worden?

2. Unter welchen Gesichtspunkten wird in Atlaskarten die Flurbereinigung dargestellt?

3. Welche Zugeständnisse wurden aus der Sicht des Naturschutzes bei der Lösung A gemacht? Welche wirtschaftlichen Vorteile, welche Umweltbelastungen bringt Lösung B?

**Auszug (2) aus einer gymnasialen Facharbeit in "Erdkunde" (Schuljahr 1984/85)
zum Thema: Flurbereinigung im Weinort Leiwen
- eine kritische Betrachtung nach 30 Jahren -**

Vorwort:

Die vorliegende Facharbeit ist aus Gründen des Interesses an meinem Heimatort Leiwen entstanden. Seit meiner Geburt lebe ich in diesem Ort und konnte so die Entwicklung der Gemeinde in den letzten Jahren selbst verfolgen. Die Flurbereinigung in unserer Weinbaugemeinde wurde schon unmittelbar nach dem 2. Weltkrieg eingeleitet, und zwar 1947, und im Jahre 1954 abgeschlossen. Dieser Maßnahme verdankt der Ort seine rasche Aufwärtsentwicklung zu einer der flächenmäßig größten Weinbaugemeinden in Rheinland-Pfalz. Obwohl die Flurbereinigung bereits seit 30 Jahren abgeschlossen ist, ist sie jedoch noch nicht in Vergessenheit geraten und ist immer noch ein beliebtes Diskussionsthema, zumal ein Teil der Gemarkung noch arrondiert werden müßte. Fast alle Bewohner sind mehr oder weniger im Weinbau tätig. Meine Eltern besitzen - wie viele andere Familien - einige Weinberge, die nach Feierabend bewirtschaftet werden und als Nebenerwerb dienen. Mit meiner Facharbeit möchte ich selbst meine Kenntnisse über die Flurbereinigung, die ein einschneidender Abschnitt in der Geschichte unseres Ortes ist, verbessern. Zu besonderem Dank bin ich Behörden und Personen verpflichtet, die mir Statistiken, Karten und sonstige Materialien lieferten, die dazu beigetragen haben, daß diese Facharbeit entstehen konnte.

.....

4.4 Die Auswirkungen der Flurbereinigung

Heute sind die Bewohner Leiwens davon überzeugt, daß sich die Flurbereinigung positiv auf die Entwicklung der Gemeinde ausgewirkt hat, man kann sogar sagen, daß sie der Grund für die schnelle Entwicklung der Gemeinde war. Nach Meinung vieler Dorfbewohner wäre Leiwen ohne Flurbereinigung nie das, was es heute ist. Durch die frühe Durchführung des Verfahrens war Leiwen anderen Gemeinden gegenüber im Vorteil, denn sie konnten die Flächen einfacher und schneller bewirtschaften und dadurch ihren Betrieb durch Zukauf oder Zupacht vergrößern. Die große Nachfrage auf dem Weinmarkt veranlaßte viele Bewohner, ihre Grundstücke in zunehmendem Maße weinbaulich zu nutzen. Das Ackerland und Grünland ging zu Gunsten des Reblandes immer stärker zurück.

Aber nicht nur die durchgeführte Flurbereinigung, sondern auch die damit verbundene Ortssanierung wird von vielen Bewohnern mit einem Lob versehen. Das Dorfbild hat sich dadurch zum Positiven verändert, durch den Abriß veralteter und baufälliger Gebäude wurden Grünanlagen und Freiflächen geschaffen, die zur Ortsverschönerung beitrugen. Andererseits darf man dabei nicht vergessen, daß bei der Ortssanierung manche wertvolle Gebäude, so z.B. ein altes Fachwerkhaus, abgerissen wurden und aus heutiger Sicht einen unwiderbringlichen kulturellen Verlust darstellen. Viele Bewohner haben bei der Umfrage 1) einen Dank an die damaligen Gemeindeväter ausgesprochen, die sich mit Weitsichtigkeit und Tatkraft für die Flurbereinigung einsetzten und trotz heftiger Widerstände das Verfahren nicht abbrachen.

1) von der Verfasserin im Rahmen dieser Facharbeit durchgeführt

Die durch die Flurbereinigung ermöglichte Entwicklung des Ortes hat auch die persönliche Initiative aller Einwohner so angeregt, daß der Ort Leiwen in dem Wettbewerb "Unser Dorf soll schöner werden - Unser Dorf in Grün und Blau" die Silberplakette des Landes Rheinland-Pfalz erringen konnte.

Heute gehört Leiwen zu den fortschrittlichsten Gemeinden an der Mosel. Der Ort besitzt z.B. einen Supermarkt, drei kleine Geschäfte, einen Friseur, ein Blumengeschäft mit eigener Gärtnerei, eine Apotheke sowie 3 Hotels und 4 Gaststätten. Für die ärztliche Versorgung ist ebenfalls gesorgt, es haben sich ein praktischer Arzt, ein Zahnarzt und ein Heilpraktiker angesiedelt.

Auch für Freizeit und Erholung wurden Einrichtungen geschaffen, z.B. der Bau eines Freibades auf der Zummethöhe (1971), die Errichtung einer Sporthalle und eines Tennisplatzes. 1973 wurde das 25 ha große Feriendorf fertiggestellt. In den letzten Jahren ist eine steigende Entwicklung auf dem Gebiet des Fremdenverkehrs zu erkennen. Viele Bewohner haben moderne Fremdenzimmer und Ferienwohnungen errichtet, die als Nebenerwerb dienen. 1984 bekam Leiwen die Auszeichnung eines staatlich anerkannten Erholungsortes. Um die Hauptverkehrsstraße innerhalb des Ortes zu entlasten, wurde vor zwei Jahren mit dem Bau einer Umgehungsstraße, die eine Fortsetzung der Umgehungsstraße Köwerich ist, begonnen, sie ist weitgehend fertiggestellt.

Eine große Veränderung hat sich in den Betrieben vollzogen; durch Kauf von Maschinen und Geräten wurden die Arbeiten im Weinberg vereinfacht, so daß eine rentable Bewirtschaftung möglich ist. Der Wohlstand der Bürger wurde immer größer, die Kinder hatten die Möglichkeit, eine höhere Schule zu besuchen und in andere Berufszweige überzugehen. Der Besitz wurde auch meistens nur noch an einen der Erben weitergegeben, die anderen wurden mit Geld ausbezahlt. Einige davon haben sich mit dem Geld ein Haus am Rande des Dorfes gebaut und wurden zu Pendlern oder sind in einem der drei großen Weinbaubetriebe tätig geworden.

5. Abschließende Betrachtung

Heute stehen die Winzer Leiwens anderen Problemen gegenüber, wie z.B. Absatzschwierigkeiten. Aber auch im Zusammenhang mit der Flurbereinigung gibt es Probleme; denn ein Teil der Gemarkung, etwa 20 ha, wurden bei der damaligen Flurbereinigung ausgeschlossen. Besonders die betroffenen Winzer würden eine Flurbereinigung in diesem Gemarkungsteil begrüßen; aber dieser Wunsch wird wohl in den nächsten Jahren noch nicht erfüllt werden; denn es gibt noch andere Gemeinden, in denen eine Flurbereinigung dringender ist. Ein weiterer Grund ist die finanzielle Lage, eine Arrondierung würde hohe Kosten bedeuten, zumal es sich um eine Steillage handelt.

Insgesamt kann man sagen, daß sich die Flurbereinigung positiv auf die Gemeinde ausgewirkt hat. Die angestrebten Ziele wurden sowohl im Flurbild wie auch im Dorfbild weitgehend verwirklicht. Obwohl es anfangs heftige Widerstände gegen die Flurbereinigung gegeben hatte, wurde den Bewohnern bald bewußt, welche Vorteile sie dadurch hatten. Ihre persönliche Initiative spiegelt sich in der Bewirtschaftung der Besitzfläche wieder, und mit Hilfe von Zuschüssen und Vergünstigungen war eine rasche Entwicklung gewährleistet." (Zitat Ende)

Soll - Vorstellungen

Landeskulturelle Öffentlichkeitsarbeit muß auch und gerade in den Schulen ansetzen, um durch sachgerechte Darstellung das dort vorherrschende "Negativimage" der Flurbereinigung zu verbessern. Diese Forderung wird letztlich auch vom Landwirtschaftsministerium mitgetragen 1). Der Weg zu diesem "Fernziel" ist vielspurig und auf verschiedenen Ebenen gangbar:

Zum einen gibt es Instrumente der Öffentlichkeitsarbeit, die im Regelfall über die sachlich-personellen wie auch finanziellen Kapazitäten etwa eines Kulturamtes hinausgehen. Dazu gehören z.B. Informationsfilme (oder Diaserien) über Ziele/Ablauf der Flurbereinigung, die - wie beispielsweise in Bayern - im Schulfernsehen gesendet und mit begleitendem Lehrmaterial versehen werden 2). Auch die Erarbeitung und Abstimmung "offizieller" Lehrmaterialien müßte den ministeriellen Ebenen vorbehalten bleiben.

Zum anderen sollten die Kulturämter als Untere Flurbereinigungsbehörden nicht nur reglementierende Regelungen "von oben" erwarten, sondern "von unten" Eigeninitiativen entwickeln 3). Dem Ideenreichtum sind hierbei kaum Grenzen gesetzt. Einige Ansätze im Bereich allgemeinbildender Schulen seien nachfolgend stichwortartig genannt 4); sie stellen keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit, sondern verstehen sich eher als Denkanstöße.

● Erdkundelehrer aktivieren:

Zum Teil haben sich diese Lehrkräfte in regionalen Arbeitsgemeinschaften zusammengeschlossen. Durch Mitarbeit dort 5) kann geeignetes Lehrmaterial pädagogisch aufbereitet werden ("Gegenstromprinzip"); ggf. mit den Lehrern "vor Ort" Flurbereinigungsverfahren analysieren.

● Schulunterricht im Kulturamt anbieten:

- klassenweise Behandlung des Themas "Flurbereinigung" innerhalb des Erdkundeunterrichtes im Kulturamt;
- ggf. Exkursion mit Schülern und Lehrern in Verfahrensgebiete 6)
- für Schüler "offene" Flurbereinigungstermine, z.B. Vorstandssitzungen, Grundsatztermine nach § 38 FlurbG

1) siehe dazu: Tagung der rheinland-pfälzischen Kulturamtsvorsteher und leitenden technischen Beamten (in Anwesenheit von Herrn Landwirtschaftsminister Ziegler) am 07./08. Nov. 1985 in Mainz

2) die aber auch den Landes- und Kreisbildstellen angeboten werden müßten, in deren Programm teilweise gerade über Flurbereinigung sehr unsachliche Filme enthalten sind

3) diese Auffassung wird auch unterstützt vom Landwirtschaftsministerium gemäß Aussage von Herrn Staatssekretär Römer anläßlich eines Gespräches am 22.04.1986 mit Vertretern des Bundes Technischer Beamter und der Landesvereinigung der Verwaltungsbeamten und -angestellten der rheinland-pfälzischen Landeskulturverwaltung.

4) darüberhinaus sind entsprechende Initiativen selbstverständlich auch auf allen anderen Ebenen von Schule/Ausbildung zweckmäßig (z.B. Landwirtschaftsschule, Berufsschule, Volkshochschule, Hochschule/Universität).

5) ggf. unter Einschaltung der Schulabteilungen der Bezirksregierungen

6) dabei entstehende Kosten, wie etwa für Busfahrten, könnten z.B. als Ausführungskosten finanziert werden.

- **Gymnasiale Facharbeiten unterstützen**
- **Schüler gymnasialer Oberstufen als Meßgehilfen einsetzen:**
bezahlte Tätigkeit in laufenden Verfahren während der Ferien
- **Schulgeeignete Materialien gezielt verteilen:**
von mehreren Ämtern wurden kürzlich bzw. werden demnächst z.B. Jubiläums-Festschriften herausgegeben, die (ganz oder auszugsweise) allen Schulen im jeweiligen Amtsbezirk zur Verfügung gestellt werden könnten.

Viele der beispielhaft genannten Möglichkeiten gezielter Öffentlichkeitsarbeit im schulischen Bereich werden auf der Ebene der Kulturämter seit langem praktiziert, ohne daß der hierfür erforderliche Arbeits- und Zeitaufwand immer exakt ausgewiesen wäre.

Diesbezügliche Nachforschungen im Kulturamt Trier zeigen - nur bezogen auf den Bereich allgemeinbildender Schulen - innerhalb der letzten zehn Jahre (Zeitraum 1975 bis 1985) folgende speziell vom gehobenen technischen Dienst geleistete Aktivitäten, für die insgesamt ca. 220 Arbeitsstunden aufgewendet wurden (daneben wurden im gleichen Zeitraum vom gehobenen Dienst weitere ca. 150 Arbeitsstunden aufgewendet zur Unterrichtung von Studenten/Praktikanten der Ausbildungsgänge Geographie, Geophysik, Geodäsie ... an (Fach-) Hochschulen, Universitäten; nicht erfaßt sind dabei die vielfachen Aktivitäten des höheren technischen und nichttechnischen Dienstes im Bereich Schule/Ausbildung):

- **28 Facharbeiten** über Flurbereinigung für Leistungsfach Geographie, Gymnasium: Zusammenstellung von Unterlagen, Unterricht.
- **klassenweise Unterricht** über Flurbereinigung im Kulturamt, mit Lehrkräften, für die Oberstufen (Leistungsfach Geographie) von 7 verschiedenen Gymnasien.
- **2 Lehrproben** über Flurbereinigung: Zusammenstellung von Unterlagen und Unterrichtung der Referendare.

Zusammenfassend ist zum Thema "Flurbereinigung im Schulunterricht festzuhalten, daß auch hier noch viel zu tun bleibt. Schule unterliegt einem steten Wandel. Lehrer wechseln; Schüler gehen, neue wachsen nach. Wohlverstandene Öffentlichkeitsarbeit im Schulbereich kann sich demzufolge nicht in einer einmaligen, ggf. noch auf eine einzelne Schule begrenzten "Aktion" erschöpfen, sondern bleibt eine Daueraufgabe. Zu deren sachgerechter Bewältigung bedarf es **permanenter** Bemühungen auf **allen** Ebenen der Landeskulturverwaltung.

FLURBEREINIGUNG UND DORFERNEUERUNG

- Ein Diskussionsbeitrag -

von Vermessungsrat Hubert Friedrich, Adenau

1. Vorbemerkung

Bei der öffentlichen Diskussion über Notwendigkeit und Dringlichkeit der Dorferneuerung wird fast ausschließlich der gestalterische Teil der Dorferneuerung angesprochen, der bodenordnerische Aspekt geht dabei oft völlig verloren.

Anläßlich der Besichtigung der beiden Flurbereinigungsgemeinden Waldorf und Gönnersdorf, Landkreis Ahrweiler durch den Ausschuß für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten und den Innenausschuß des Rheinland-Pfälzischen Landtages sollte der bodenordnerische Aspekt im Rahmen einer Ausstellung und einer Broschüre herausgearbeitet werden.

Einige Thesen aus dem Einführungsvortrag und einige Karten aus dieser Broschüre werden im folgenden vorgestellt. Natürlich haben diese Thesen und Karten - losgelöst von den beiden Orten - nur eine begrenzte Aussagekraft, zumal die Kartenauszüge nur in schwarz-weißer Darstellung wiedergegeben werden können.

Der Diskussionsbeitrag sollte aber Anlaß sein, zu prüfen, ob nicht durch intensivere Öffentlichkeitsarbeit deutlich gemacht werden soll, daß die Dorferneuerung in vielen ländlichen Gemeinden grundsätzlich aus zwei Teilen - nämlich bodenordnerischen und gestalterischen Maßnahmen - besteht.

2. Thesen aus dem Einführungsvortrag

These 1: "Dorferneuerung muß im öffentlichen Bereich beginnen"

Auf der Grundlage des von der Gemeinde in eigener Verantwortung aufzustellenden Nutzungs- und Gestaltungskonzeptes werden öffentliche und gemeinschaftliche Maßnahmen realisiert, um dann im Sog von diesen Maßnahmen auf private Maßnahmen zu hoffen.

Nur - und das ist das eigentliche Problem - ist die Gemeinde oft nicht in der Lage, gestalterische Maßnahmen zu realisieren, weil sie (noch) nicht Eigentümerin von Grund und Boden ist. Dies gilt natürlich insbesondere für die eng angelegten historischen Ortskerne, die einer grundlegenden Erneuerung dringend bedürfen.

These 2: "Keine öffentlichen Maßnahmen ohne Bodenordnung"

Gerade bei den kleinen Ortsgemeinden, die ja den weitaus größten Anteil in Rheinland-Pfalz stellen, wurde in den vergangenen Jahren oft keine Bodenvorratspolitik betrieben, die freiwillige Vereinbarungen zwischen Gemeinde und Bürger ermöglicht.

Wenn sich öffentliche Dorferneuerungsmaßnahmen nicht auf die Gestaltung von "Restflächen" beschränken sollen, so sind bodenordnerische Maßnahmen dringend notwendig.

Erst durch die Bodenordnung werden die öffentlichen Investitionen realisierbar: es werden Flächen bereitgestellt, um öffentliche Maßnahmen (z.B. den dorfgemäßen Ausbau von klassifizierten Straßen) und gemeindliche Maßnahmen (z.B. Erweiterung des Feuerwehrhauses, Platzgestaltung, Grünordnung u.v.a.m.) zu ermöglichen.

These 3: "Keine Dorferneuerung ohne private Maßnahmen"

Im Rahmen der Bodenordnung gibt es nicht nur Flächenverschiebungen vom privaten in den öffentlichen Bereich, sondern auch zwischen den privaten Eigentümern. Dabei erweist es sich als besonderer Vorteil, daß das Flurbereinigungsverfahren flächendeckend arbeitet und daher entsprechend vielfältige Möglichkeiten hat, Ansprüche auszutauschen. Durch die Bodenordnung können die privaten Grundstücke in Form und Größe verbessert werden, so daß unter Berücksichtigung der Abstandsvorschriften bauliche Veränderungen (z.B. Wohnhauserweiterung durch Anbau, Umbau von ehemals landwirtschaftlichen Nebengebäuden usw.) möglich werden. Erst durch diese privaten Baumaßnahmen erkennen die Bürger eine "neue Wohnqualität" im alten Ortskern, so daß langfristig die Flucht in die Neubaugebiete abnehmen wird.

These 4: "Grundlage der Dorferneuerung ist die Entflechtung der Nutzungsansprüche"

Der ländliche Raum hat sich von einem Produktionsraum für landwirtschaftliche Erzeugnisse zu einem komplexen Siedlungsgebiet entwickelt, an das die unterschiedlichsten Nutzungsansprüche gestellt werden.

Ansatzpunkt für die Dorferneuerung muß daher die Entflechtung dieser konkurrierenden Nutzungsansprüche durch die Bodenordnung sein, um die Wohn- und Wirtschaftsfunktion und die Erholungsfunktion im ländlichen Raum nachhaltig zu verbessern.

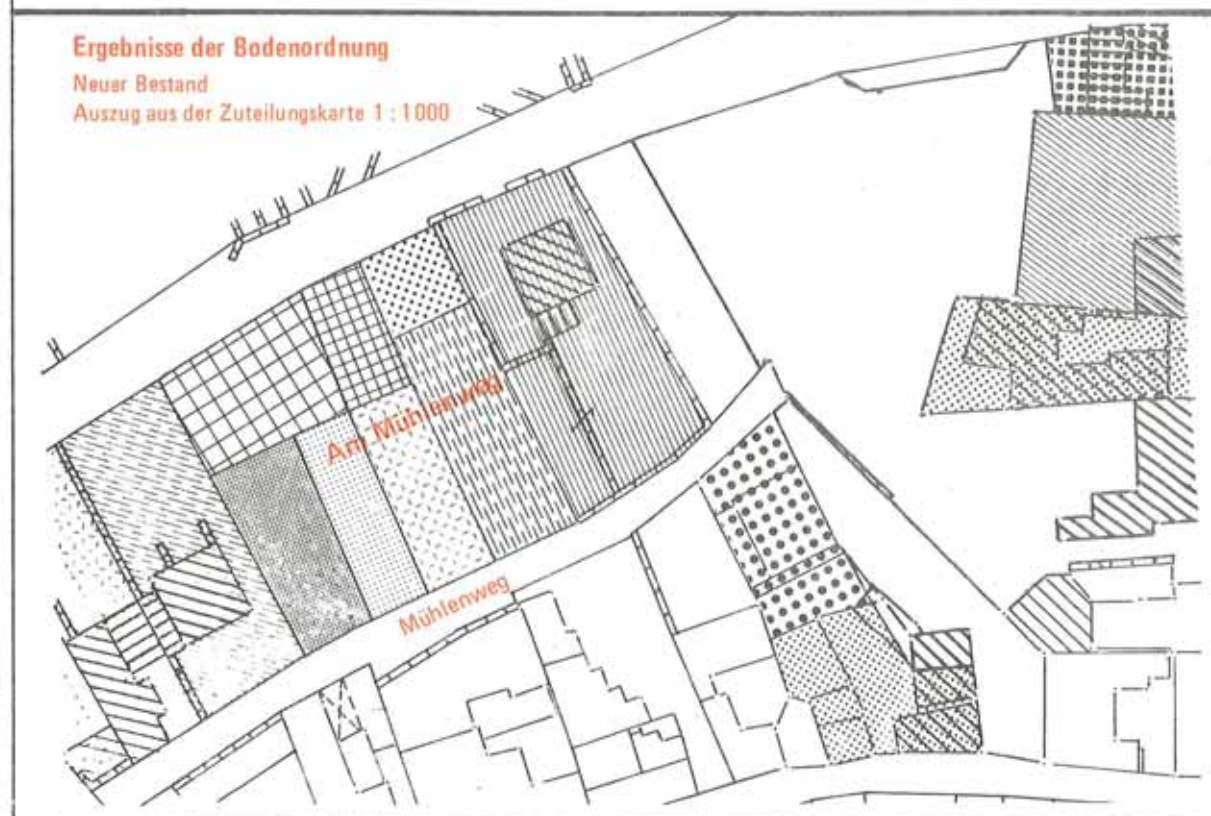
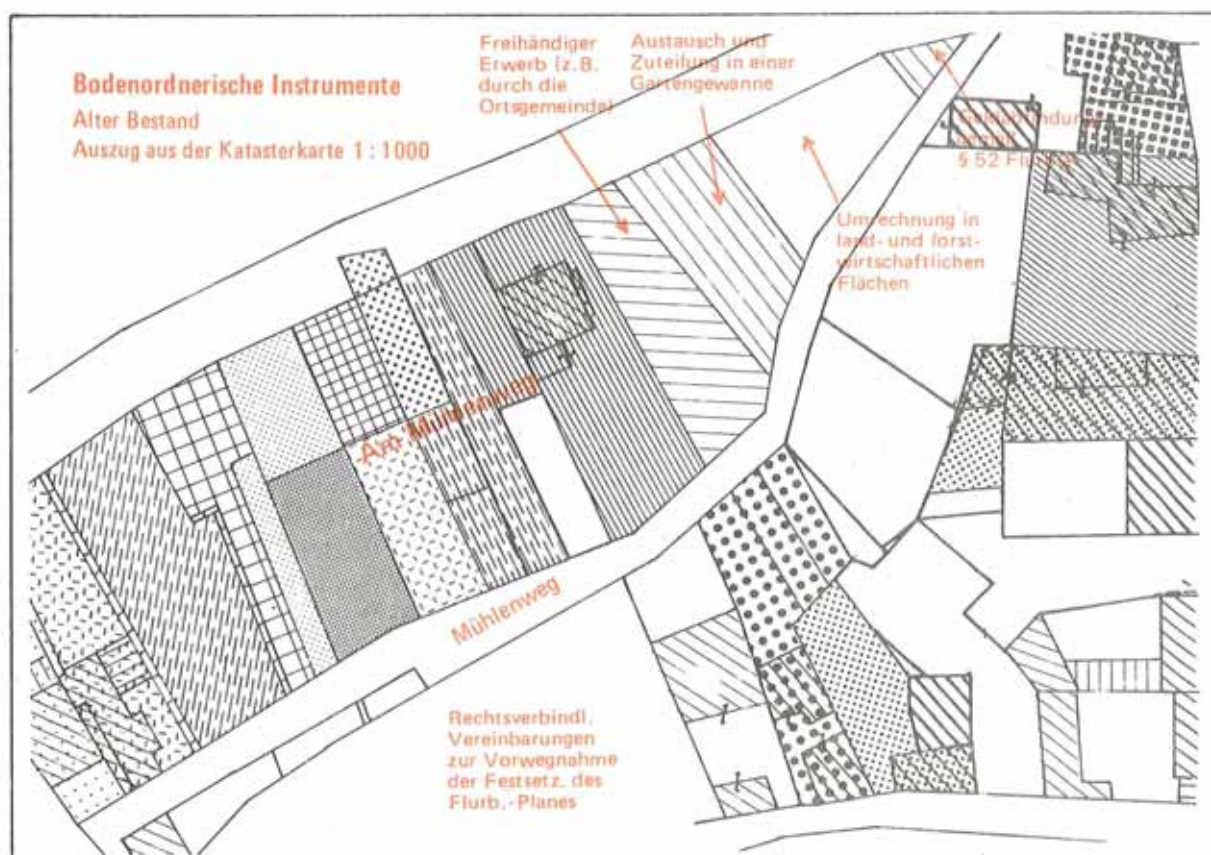
These 5: "Die Dorferneuerung als komplexe Aufgabe benötigt flexible Instrumente"

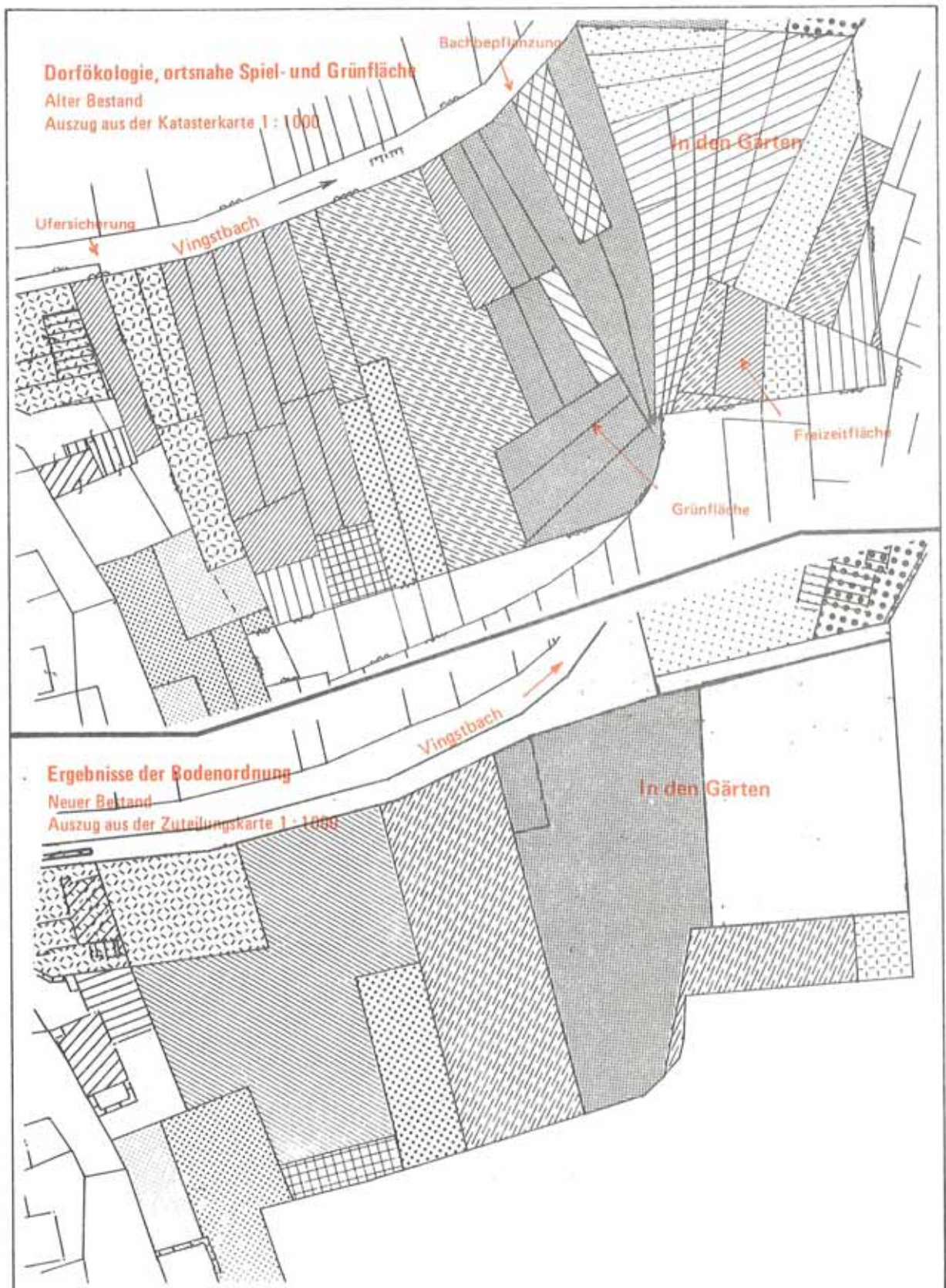
Es steht wohl außer Zweifel, daß für die Dorferneuerung ein Konzept notwendig ist.

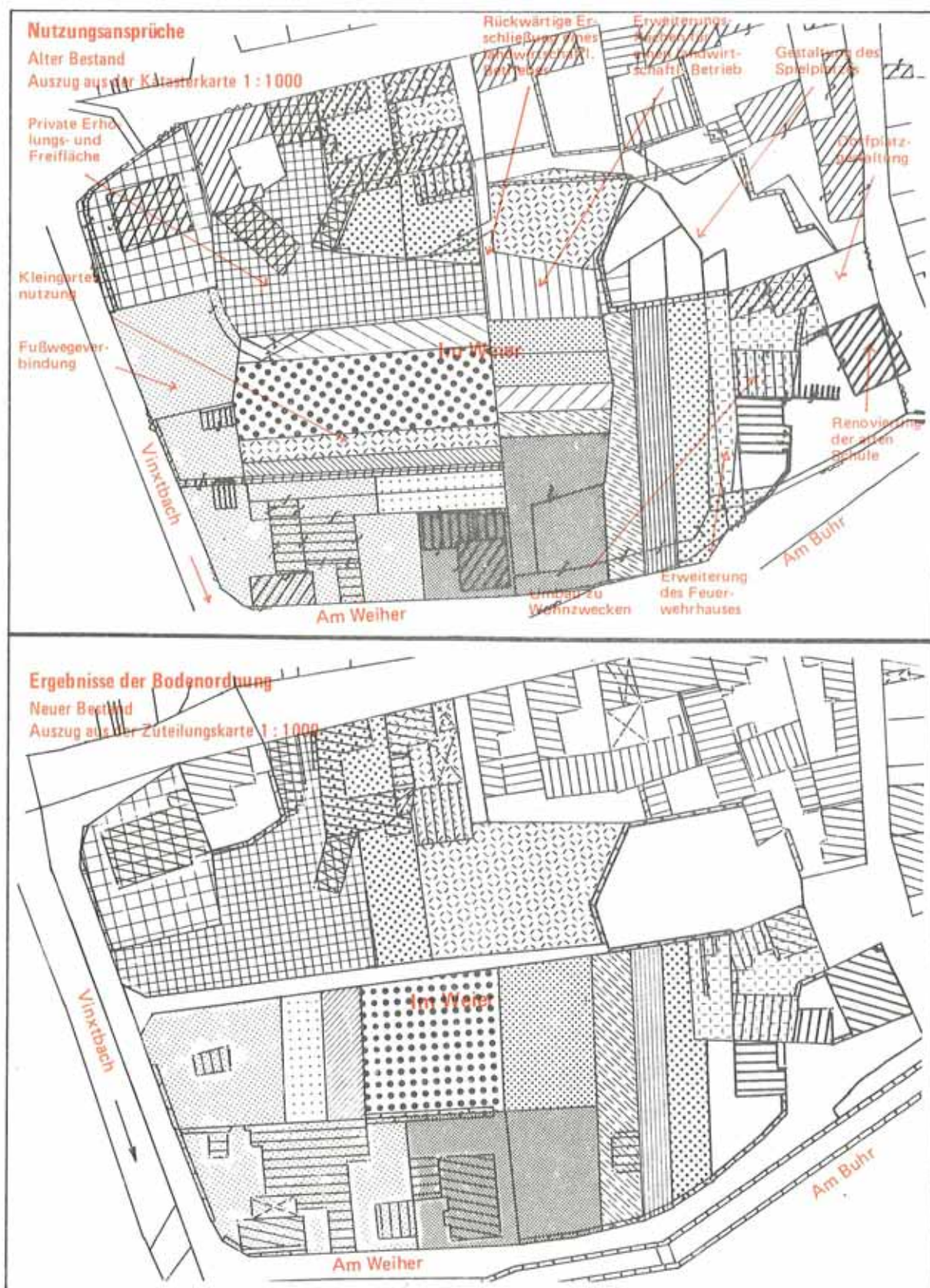
Wenn aber das Konzept auch realisiert werden soll, so müssen - wie vorher schon gesagt - die Nutzungskonflikte gelöst werden.

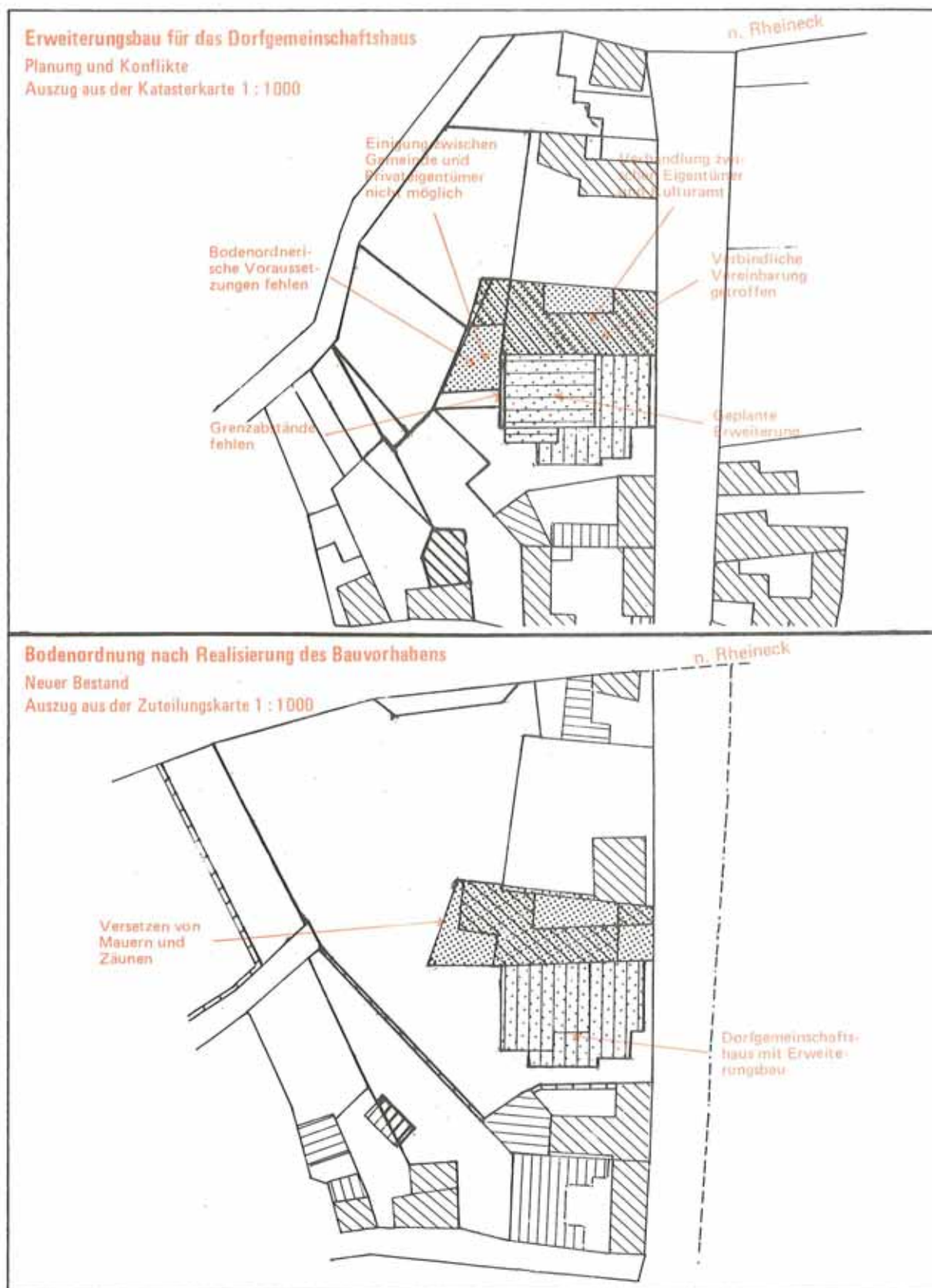
Da das Dorferneuerungskonzept - losgelöst von vielen gesetzlichen Bindungen - entsprechend flexibel ist, muß ein ebenso flexibles Bodenordnungsverfahren die Realisierung vorbereiten.

Im Flurbereinigungsverfahren steht ein breites Spektrum von bodenordnerischen Instrumenten zur Verfügung, das vom allgemeinen Landabzug über den Austausch in andere Lagen und Nutzungsarten bis zur Geldabfindung mit Zustimmung des Eigentümers reicht.









These 6: "Die Dorferneuerung braucht Bürgerbeteiligung und Bürgernähe"

Nicht nur in der Planungsphase - also bei der Aufstellung des Dorferneuerungsplanes - sondern auch bei der Umsetzung dieser Planung sind die Bürger zu beteiligen. Aber kann man sich eine bessere Bürgerbeteiligung und mehr Bürgernähe vorstellen als im Rahmen der Ortsregulierung im Flurbereinigungsverfahren?

Man muß sich vorstellen, daß die Vertreter des Kulturamtes vor Ort mit jedem Eigentümer mehrmals über die neue Grundstückseinteilung verhandeln, die neuen Grenzen auch in der Örtlichkeit abstecken und erläutern, daß die Gemeinde diese oder jene Maßnahme beabsichtigt und daß der Eigentümer dafür im Ortskern Flächen abgeben muß, die ihm an anderer Stelle ausgeglichen werden usw.

Das Ergebnis ist für den Eigentümer direkt vor Ort sichtbar, er kann die Konsequenzen überschauen und - das sollte keinesfalls übersehen werden - er kann sich mit Einzelmaßnahmen oder gar dem gesamten Konzept identifizieren, denn der Eigentümer weiß, daß er einen wichtigen Beitrag zur Dorferneuerung geleistet hat.

3. Bodenordnung in der Ortslage

Anhand von vier Kartenauszügen mit Darstellungen des Grundstückszuschnitts vor und nach der Bodenordnung wird die Entflechtung der Nutzungsansprüche verdeutlicht. Im Kartenausschnitt des alten Bestandes sind jeweils die gewünschten Nutzungen eingetragen, deren bodenordnerische Realisierung dann aus der Karte des neuen Bestandes entnommen werden kann. Die Bodenordnung schafft den Freiraum für öffentliche Investitionen, ermöglicht dorfökologische Maßnahmen, stellt Flächen für Freizeit, Spiel, Grün- und Erholungsflächen bereit. Sie ist damit ein wirkungsvolles Instrument für die Realisierung der Dorferneuerungsmaßnahmen im öffentlichen Interesse, aber auch für private Maßnahmen schafft sie oft erst die Voraussetzungen.

4. Schluß

Bodenordnung in der Ortslage ist meist eine unverzichtbare Grundlage für eine sinnvolle Dorferneuerung, die den privaten und öffentlichen Bereich gleichermaßen umfaßt. Dabei ist das Flurbereinigungsverfahren anderen - räumlich eng begrenzten - Bodenordnungsverfahren schon alleine deshalb überlegen, weil das Flurbereinigungsverfahren die gesamte Gemarkung umfaßt und daher entsprechend große Austauschmöglichkeiten hat.

Da die Flurbereinigungsbehörde als Ansprechpartner vor Ort arbeitet, wird der Verfahrensablauf beschleunigt. Schließlich wird gerade im Flurbereinigungsverfahren - speziell in der Ortsregulierung - eine Bürgernähe und Bürgerbeteiligung praktiziert, wie man sie sich besser kaum vorstellen kann.

Dies alles zusammengekommen - Flurbereinigung u n d Dorferneuerung - kommt schließlich dem gemeinsamen Ziel zugute, die von den Bürgern getragene grundlegende Erneuerung des Ortes zu ermöglichen.

DAS LÄNDERGRENZÜBERSCHREITENDE FLURBEREINIGUNGSVERFAHREN KERSCHENBACH – KRONENBURG – STADTKYLL

- eine gelungene Integralmelioration -

von Kulturarntsvorsteher Dr. Ingo Fleck, Prüm

Von dem Flurbereinigungsverfahren gemäß §§ 1, 37 FlurbG gehört die Gemarkung Kronenburg zu Nordrhein-Westfalen. Die Einbeziehung dieser Gemarkung in das Gesamtverfahren wurde zwischen den Landeskulturabteilungen beider Länder vereinbart.

Wichtigste Daten des Flurbereinigungsverfahrens

1. Größe des Verfahrensgebietes:	3.804 ha
davon	
landwirtschaftliche Nutzfläche	1.114 ha
Wald	2.098 ha
Hutung und Ödland	222 ha
Hofraum und Bauland	93 ha
Straßen, Wege, Eisenbahn, Bodenschutzanlagen usw.	277 ha
2. Zahl der landw. Betriebe 1981:	50
davon	
Vollerwerbs- und Haupterwerbsbetriebe:	13
Nebenerwerbsbetriebe:	37

Der Prozeß der Umwandlung der Agrarstruktur kann als abgeschlossen betrachtet werden, obwohl kleinere Veränderungen weiterhin auftreten werden, abhängig von der allgemeinen volkswirtschaftlichen Konjunktursituation.

3. Verfahrensstand heute:

Schlußfeststellung 1986.

4. Maßnahmen im Dienste der Landwirtschaft:

4.1 systematisches Wegenetz	164 km Länge
davon schwer befestigt	19 km Länge
davon leicht befestigt	12 km Länge
4.2 Vorfluterausbau	3,9 km Länge
4.3 Dränagen	107 ha Fläche
= 2,8 % der Verfahrensfläche	
= 10,0 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche	

4.4 Untergrundlockerung 29 ha
 = 0,7 % der Verfahrensfläche
 = 2,7 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche

4.5 scharfe Zusammenlegung der landwirtschaftlich genutzten Flächen
 durchschnittliches Zusammenlegungs-Verhältnis 8 : 1
 bei den Vollerwerbs- und Haupteinwerbsbetrieben 15 : 1

4.6 durch den Flurbereinigungsplan wurden die Wirtschaftsflächen von 4 vorhandenen Aussiedlungen bzw. Teilaussiedlungen entscheidend arrondiert und verbessert:

Vorhandene Aussiedlung	Hofstelle alt	Hofstelle neu
a) Dederichs Ernst (Kronenburg)	0,42 ha	4,45 ha
b) Stein Josef Witwe (Kronenburg)	13,21 ha	18,16 ha
c) Spoden Peter (Kronenburg)	2,37 ha	8,70 ha
d) Schneider Karl (Kerschenbach, Teilaussiedlung)	1,25 ha	8,06 ha

Innerhalb der Flurbereinigung wurden die beiden Vollerwerbsbetriebe Gier (Kronenburg) und Hüppen (Niederkyll) in die Feldmark ausgesiedelt und am neuen Standort voll arrondiert und aufgestockt. Beide Aussiedlungen führten durch sinnvolle Verwertung der Althofstellen zu durchgreifenden Verbesserungen der Ortslagen Kronenburgerhütte bzw. Niederkyll. Im Falle einer Aussiedlung konnte der zusätzliche Effekt erreicht werden, daß die Neuzuteilung der Wirtschaftsflächen im Anschluß an die Flächen der 1960 errichteten Neusiedlung des Schwagers vorgenommen werden konnte. Beide Betriebe können infolgedessen kooperieren oder sogar zusammenwachsen.

4.7 Arrondierung des Privat-, Staats- und Gemeindewaldes.

5. Maßnahmen im Interesse der Infrastruktur:

5.1 Baugebiete, Gewerbegebiete, Sondergebiete usw.

Kronenburg	ha	Zahl der Bauplätze	z.Zt. bebaut
3 Baugebiete	10,0	93	20
1 Sondergebiet für Ferien- und Wochenendhäuser	7,8	noch offen	--
1 Ferienhausgebiet	3,22	70	--
1 Sanierungsgebiet(Bürgbering)	0,3	--	--
1 Zentrale Einrichtung für Freizeiterholung	0,4	--	--
1 Dauerzeltplatz	0,78	--	--
1 Freizeithotel	0,89	--	--
Summe Bau- und Sondergebiete	23,39	--	--

Stadtkyll	ha	Zahl der Bauplätze	z.Zt. bebaut
5 Baugebiete	17,04	269	117
1 Wochenendhausgebiet	5,26	41	23
1 Ferienhausgebiet	35,65	160	160
2 Gewerbegebiete	9,12	--	--
1 Kyllpark	3,09		
1 Kyllgartengebiet (Neueinteilung mit Bepflanzung)	0,89	28 Gärten	--
1 Campingplatz und			
1 Stausee erweitert auf	13,05		
1 Jugendlager mit Mini- golf und Spielplatz	1,71		
1 Sportplatz	3,13		
<hr/>			
Summe Bau- und Sondergebiete	88,94		

Kerschenbach

1 Baugebiet	5,66	67	8
-------------	------	----	---

Mit Ausnahme des Bebauungsplanes Kerschenbach, den das Kulturamt aufgestellt hat, sind alle anderen Bebauungspläne von dritter Seite aufgestellt und innerhalb der Flurbereinigung durchgeführt worden. Strukturell wirkte sich dabei besonders gut die Tatsache aus, daß in vielen Fällen im Einverständnis mit den Eigentümern Bauland gegen landwirtschaftliche Nutzfläche und umgekehrt getauscht werden konnte.

5.2 Verkehr und Versorgung:

- Ausweisung der Europastraße E 42, 3,5 km
- Punktueller Verbesserungen der Bundesstraße B 51 in alter Lage, großzügige Auffahrt auf die Europastraße E 4
- Bundesstraße B 421, 6,1 km Neuzusweisung, Umgehung Stadtkyll, durchgehende Verbesserung auf Gemarkung Kronenburg; Auffahrstelle auf die Europastraße E 42 bei Hammerhütte.
- Landstraße L 22, Erbreiterung auf Gemarkung Hallischlag.
- Kreisstraße K 64, Ausweisung der Umgehung Kerschenbach und durchgehende Verbindung von Stadtkyll nach Ormont (3,0 km).
- Kreisstraße K 63, Ausweisung der Neubaustrecke von Baasem nach Berk.
- Beseitigung der gefährlichen S-Kurve der Bundesstraße B 51 in der Ortslage Stadtkyll durch Ankauf und Abriß eines Hauses.
- Schaffung einer neuen Zufahrt zur Hauptschule für Omnibusse in Stadtkyll.
- Ausweisung von 2 neuen Bushaltestellen in Stadtkyll.

5.3 Fremdenverkehr und Erholung:

Ausweisung der für den Stausee Kronenburg notwendigen Flächen einschl. Randwege, Grünflächen, Parkplätze usw. auf den Zweckverband "Kronenburger See" = 45,56 ha. Landbeschaffung: Durch die Landsiedlung im Werkvertrag, im wesentlichen Herbeiführung von Geldabfindungserklärungen nach § 52 FlurbG im gesamten

Flurbereinigungsgebiet. Wo innerhalb der Bauzone ein Ankauf nicht möglich war: Besitzabtretung gegen Zusicherung wertgleicher Abfindung im Flurbereinigungsplan plus eventuelle Entschädigung für Nutzungsausfall für die Zeit bis zur Zuteilung der neuen Grundstücke.

Der "Einrichtungs- und Gestaltungsplan" des Zweckverbandes machte dabei die Behandlung einiger Teilflächen (z.B. vor der Dammkrone) als bedingte Lagen notwendig - praktisch wie Baugelände.

Im übrigen entstanden für die alten Eigentümer im Stauseebereich keine Planungsgewinne, das Kulturamt hielt sich strikt an die Wertermittlung in der Flurbereinigung. -

Als besonders gelungene Kooperation zwischen Zweckverband, Landsiedlung und Kulturamt ist folgende Regelung anzuführen:

Der Zweckverband konnte das gesamte Material für die Schüttung des Staudammes **kostenlos** auf einer kleinen Fläche am Südufer des Stausees gewinnen, nachdem den Alteigentümern vom Kulturamt die Zusicherung der Wiederezuteilung in alter Lage nach Materialentnahme, Einplanierung, Aufbringung von Mutterboden und Grünansaat gegeben worden war; nach dem Gestaltungs- und Einrichtungsplan waren an dieser Stelle Campingplätze vorgesehen, die nunmehr von den alten und neuen Eigentümern betrieben werden.

Die Flächen für den Ausbau des Sportplatzes mit Nebenanlagen in Stadtkyll wurden durch den Flurbereinigungsplan bereitgestellt; der Sportplatz wurde aber bereits 3 Jahre vor der Planzuteilung aufgrund der Regelungen von Besitz und Nutzung durch das Kulturamt ausgebaut.

5.4 Landespflege:

In dem Flurbereinigungsverfahren Kerschenbach-Kronenburg-Stadtkyll war die ausreichende Beachtung der landespflegerischen Belange eine zentrale Aufgabe; dies um so mehr, als die gesamte Gemarkung Kronenburg, insbesondere der Burgbering, heute als Naturdenkmal zu gelten hat.

Wegenetzentwurf und Neueinteilung der Grundstücke hatten vorab Rücksicht zu nehmen auf eine ganze Reihe erhaltenswerter Pflanzen und Flächen. Der Gesichtspunkt der Rücksichtnahme auf Vorhandenes überwog sogar die Neuschaffung von Landespflegeanlagen.

Daß der richtige Kompromiß zwischen Ökonomie und Landespflege in diesem Falle gefunden wurde, ergibt sich schon daraus, daß es sehr ruhig geworden ist um eine Bürgerinitiative, die am Beginn des Verfahrens in Kronenburg entstand, ins Leben gerufen von einer Kolonie "Zweitwohnsitzinhaber" (viele Professoren) aus dem Rhein-Ruhr-Raum. Inzwischen benutzen alle eifrig das neue Wegenetz, sei es als Fahrwege oder als Wanderwege, ohne daß der Gesamteindruck der Gemarkung in irgendeiner Weise gelitten hätte.

Die einzelnen landespflegerischen Maßnahmen sind in den nachfolgenden Tabellen zusammengestellt.

Kronenburg	ha	Länge
a) Schutzpflanzungen einschließlich Böschungs- und Einzelbepflanzungen durch die Teilnehmergemeinschaft laut Bepflanzungsplan	1,33	3430 m
b) Erhaltenswerte Bestände sowie Flächen mit natürlicher Vegetationsentwicklung (ins Eigentum der Gemeinde überwiesen)	6,26	--
c) Hecken, zu Wegen und Gewässern versteint	3,10	3810 m
d) Kyllaue mit Altarmen der Kyll, Eigentum des Landes Nordrhein-Westfalen	5,37	
e) Nutzungseinschränkungen zugunsten der Landespflege, im Plantext § 13 gesichert, Kostenträger: Teilnehmergemeinschaft	5,27	
f) Mehrabfindungen im Flurbereinigungsplan für stehenbleibende Raine und Hecken	1,10	
g) Zuteilung von Freiplänen an die Gemeinde (Mischwald) zur Erhaltung des Landschaftsbildes, gegen das Interesse privater Bewerber	5,0	
zusammen	27,43 ha	

Stadtkyll	ha	Länge
a) Schutzpflanzungen einschließlich Böschungs- und Einzelbepflanzung durch die Teilnehmergemeinschaft laut Bepflanzungsplan	1,20	3450 m
b) Erhaltenswerte Bestände (in das Eigentum der Gemeinde überwiesen)	7,63	--
c) Hecken, zu Wegen und Gewässern versteint	19,20	24000 m
d) Nutzungseinschränkungen zugunsten der Landespflege, im Plantext § 13 gesichert, Kostenträger: Teilnehmergemeinschaft	2,43	
zusammen	30,46 ha	

Kerschenbach	ha	Länge
a) Schutzpflanzungen durch die Teil- nehmergemeinschaft laut Bepflanzungsplan	0,10	300 m
b) Hecken, zu Wegen und Gewässern versteint	2,52	3100 m
c) Nutzungseinschränkungen zugunsten der Landespflege, im Plantext § 13 gesichert, Kostenträger: Teilnehmergemeinschaft	0,20	
zusammen	2,82 ha	

5.5 Aufforstungsgewanne

Im Gesamtverfahren wurden durch den Flurbereinigungsplan in folgendem Umfange Aufforstungsgewanne ausgewiesen:

Kronenburg	=	52,20 ha
Kerschenbach	=	22,68 ha
Stadtkyll	=	43,52 ha
zusammen		118,40 ha

6. Kosten und Finanzierung des Gesamtverfahrens

Kosten

Vermessung	=	965.877,-- DM
Wegebau	=	3.937.100,-- DM
Davon für leichte Befestigung	=	373.200,-- DM
Davon für schwere Befestigung	=	1.330.800,-- DM
Meliorationen	=	1.617.600,-- DM
Landschaftspflege	=	179.000,-- DM
Sonstiges	=	841.200,-- DM
Summe		7.540.777,-- DM

Finanzierung:

Eigenleistung	=	12,04 %
Zuschüsse	=	86,80 %
Darlehen	=	1,16 %
Kosten je ha Verfahrensfläche	=	1.982,-- DM
Kosten je ha landwirtschaftliche Nutzfläche plus anrechenbarer Waldfläche (1/3)	=	4.469,-- DM

ROHPLANPRÜFUNG

von Vermessungsamtsrat Gerhard Thomé, Trier

Nach dem Flurbereinigungsgesetz von 1976 hat die ländliche Bodenordnung die Aufgabe, zur

- Verbesserung der Produktions- und Arbeitsbedingungen in der Land- und Forstwirtschaft
- Förderung der allgemeinen Landeskultur - und
- Förderung der Landentwicklung

die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen.

Um diesen Gesamtauftrag der Flurbereinigung zu verwirklichen, hat der Gesetzgeber festgelegt, das Flurbereinigungsgebiet entsprechend der jeweiligen Landschaftsstruktur und unter Berücksichtigung der sonstigen Entwicklungsziele, wie Landespflege und Umweltschutz, Infrastrukturverbesserungen, Dorfentwicklung und ähnliches neu zu gestalten (§ 37 FlurbG).

Die Flurbereinigungsbehörde stellt hierzu unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften (§ 44 FlurbG) den Flurbereinigungsplan (§ 58 Abs. 1 FlurbG) auf, der von der oberen Flurbereinigungsbehörde zu genehmigen ist (§ 58 Abs. 3 FlurbG).

Dieser Genehmigung geht die Prüfung des Flurbereinigungsplanes (Rohplanprüfung) auf Einhaltung der allgemeinen Grundsätze für die zweckmäßige Neugestaltung des Flurbereinigungsgebietes voraus und die Prüfung ob, oder inwieweit von dem festgestellten Plan der gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen abgewichen werden mußte.

Der Verfahrensablauf der Rohplanprüfung vollzieht sich wie folgt:

Nach Erstellung des Flurbereinigungsplanentwurfes beantragt die Flurbereinigungsbehörde bei der oberen Flurbereinigungsbehörde die Rohplanprüfung.

Hierzu sind die nachfolgenden Unterlagen bereitzuhalten:

- Teilnehmernachweis
- Wege- und Gewässerplan mit landschaftspflegerischem Begleitplan einschließlich Planfeststellungsbeschluß
- Besitzstands- und Wertermittlungsnachweis
- Wertermittlungskarten
- Besitzstandskarten
- Berechnung des Abzuges gemäß § 47 FlurbG mit den dazugehörenden Nachweisen
- Anspruchsnachweis
- Gliederung
- Planwunschakten
- Zuteilungskarten
- Übersichtskarten
- Finanzierungsplan.

Die Rohplanprüfung selbst erstreckt sich auf die

1. Übereinstimmung des Flurbereinigungsplanes mit dem Wege- und Gewässerplan,
2. Vollständigkeit der Register und Nachweisungen, soweit bereits vorhanden und abgeschlossen,
3. Realisierung der von den Trägern öffentlicher Belange an das Verfahren gestellten Wünsche und Forderungen,
4. besonderen und aus den Verfahrensakten bekannten Vorgänge,
5. Kostenfestsetzungen und Kostenvereinbarungen,
6. Änderung der Wertermittlung in Karten und Nachweisen,
7. Übereinstimmung der Anbauregelung (WG) mit der Neueinteilung entsprechend der VV des MinfLWuF vom 27.06.1983 - 743 - 50.32 ,
8. ordnungsgemäße Anwendung der §§ 37 (2), 40, 45, 48, 49, 52, 53, 54, 58 (2) FlurbG,
9. Behandlung von Leitungen,
10. Berechnung des Abzuges gemäß § 47 FlurbG,
11. Vermessungs- und Vermarkungskosten,
12. Behandlung von Wasserschutzgebieten,
13. Vollständigkeit der Darstellungen in den Zuteilungskarten soweit fertiggestellt,
14. ordnungsgemäße Anwendung des §§ 44 FlurbG anhand stichprobenhafter Überprüfung von Einzelabfindungen.

Im Hinblick auf die Fülle der Überprüfungen werden hier nur zu den wichtigsten Punkten nähere Ausführungen gemacht.

Zu lfd. Nr. 1: Übereinstimmung des Flurbereinigungsplanes mit dem Wege- und Gewässerplan.

Gemäß § 58 Abs. 1 Satz 2 FlurbG ist der Plan nach § 41 FlurbG in den Flurbereinigungsplan aufzunehmen, d.h. der Flurbereinigungsplan muß alle Regelungen des Planes nach § 41 FlurbG übernehmen und selbständig darstellen.

Die Prüfung erstreckt sich daher auf die Deckungsgleichheit von Flurbereinigungsplan und Plan nach § 41 FlurbG, sowie die bei der Planbearbeitung sich als notwendig erwiesenen Änderungen, Ergänzungen und Erweiterungen des festgestellten Planes. Diese vollziehen sich nach allgemeinem Verfahrensrecht, und zwar gilt hier § 76 VwVfG.

Gemäß dieser Vorschrift bedarf es eines neuen Planfeststellungsverfahrens, wenn vor Fertigstellung einer Ausbaumaßnahme, z.B. Wasserlauf oder öffentliche Straße, der festgestellte Plan geändert werden soll.

Bei Planänderungen von unwesentlicher Bedeutung kann von einem neuen Planfeststellungsverfahren abgesehen werden (§ 41 Abs. 4 Satz 2 FlurbG). Änderungen oder Erweiterungen von unwesentlicher Bedeutung liegen nach der Auslegungsregel des Gesetzes insbesondere vor, wenn Rechte anderer nicht beeinflußt werden, oder wenn mit den Beteiligten entsprechende Vereinbarungen getroffen worden sind (§ 41 Abs. 4 Satz 3 FlurbG). Mit der Genehmigung der Änderungen des Wege- und Gewässerplanes durch den Kulturamtsvorsteher erhalten diese Rechtswirksamkeit.

Zu lfd. Nr. 10: Berechnung des Abzuges gemäß § 47 FlurbG

Nach § 47 Abs. 1 FlurbG sind alle Teilnehmer verpflichtet, den für die gemeinschaftlichen (§ 39 FlurbG) und öffentlichen Anlagen (§ 40 FlurbG) benötigten Grund und Boden nach dem Verhältnis des Wertes ihrer alten Grundstücke zu dem Wert aller Grundstücke des Flurbereinigungsgebietes entschädigungslos aufzubringen.

Die Höhe des Landabzuges stellt daher für den einzelnen an einem Bodenordnungsverfahren beteiligten Grundstückseigentümer ein wichtiges Kriterium dar.

Die Flurbereinigungsbehörde ist infolgedessen verpflichtet, den Abzug auf das unbedingt notwendige Maß zu beschränken. Ob dieser Forderung Rechnung getragen wurde, ist einer der Kernpunkte der Rohplanprüfung.

Der Abzug in seiner Gesamtheit setzt sich aus den nachfolgenden Anteilen zusammen:

a) Anteil für gemeinschaftliche Anlagen

Der für gemeinschaftliche Anlagen aufzubringende Wert ergibt sich aus der Differenz des Wertes der alten und neuen Grundstücke.

b) Anteil für öffentliche Anlagen

Der Abzug für öffentliche Anlagen ist keine feste Größe, denn gemäß § 40 FlurbG kann für öffentliche Anlagen Land in **verhältnismäßig geringem** Umfang bereitgestellt werden. Dies bedeutet eine für jeden Einzelfall zu prüfende Relation zwischen dem Wert der bereitzustellenden Flächen für öffentliche Anlagen und der Gesamtfläche eines Flurbereinigungsverfahrens. Im Regelfall sollte der Abzug für öffentliche Anlagen 0,5 % nicht übersteigen, da anderenfalls die Einleitung eines Verfahrens nach § 87 FlurbG in Erwägung zu ziehen ist. Es sollte aber nicht unerwähnt bleiben, daß bei höchstgerichtlichen Entscheidungen in Einzelfällen auch Abzüge bis zu 1,5 % als zulässig anerkannt wurden. Die Flurbereinigungsbehörde sollte jedoch die Gemeinden und Träger von öffentlichen Vorhaben frühzeitig darauf hinweisen, durch eigenhändigen Ankauf die notwendigen Flächen zu erwerben.

c) Anteil für Unvorhergesehenes und Ausgleiche

Gemäß § 47 Abs. 1 Satz 2 FlurbG kann der von den Teilnehmern aufzubringende Anteil für unvorhergesehene Zwecke, für Mißformen und zum Ausgleich mäßig erhöht werden.

Die Erhöhung soll im Regelfall für alle drei Faktoren 1 % des Landabzuges nicht überschreiten. Die Rechtssprechung ließ aber auch hier Erhöhungen in begründeten Fällen bis zu 1,5 % zu. Entsprechend dem Erlaß des MinfLWuF vom 12.03.1962 - 4 50.10 - soll der Ansatz für "Unvorhergesehene Zwecke" 0,5 % der gesamten Werteinheiten des Verfahrensgebietes nicht überschreiten.

"Ausgleich" für ungünstige Grundstücksformen werden u.a. für keilförmige Flächen, schräge Aufstöße und Spitzen gewährt. Nach der derzeitigen Praxis herrscht oftmals die Meinung vor, daß die Teilnehmer einen Anspruch auf ideal geformte Grundstücke haben. Diese Auffassung wird durch ein Urteil des Bundesverwaltungs-

gerichts vom 15.12. 1977 (RzF 44 I S. 186.1) widerlegt, in dem es heißt, daß die Neuzuteilung grundsätzlich im Vergleich zu den Einlageflächen zu sehen ist, d.h., legt ein Beteiligter ungünstig geformte Grundstücke ein, muß er auch wieder mit der Zuteilung nicht ideal geformter Flächen rechnen. Neben diesem Ausgleich werden noch die Ausgleiche für Wurzel- und Schattenwirkung, fehlende Anwand und örtlich gebundene Rechte überprüft.

Die Werte für Mißformen und sonstige Wirtschafterschwernisse sind in einer Liste zu erfassen und die Angemessenheit dieser Landabzüge vom leitenden technischen Beamten zu prüfen und zu genehmigen.

d) Anteil für Mehrausweisungen gegen Geld

Mehr- oder Minderausweisungen von Land gegen Geld sind nach § 44 Abs. 3 Satz 2 FlurbG möglich. In der Regel überwiegen die Mehrabfindungen, so daß die hierfür erforderlichen Werteinheiten von den Beteiligten aufgebracht werden müssen. Bei der Überprüfung ist daher festzustellen, ob die unvermeidbaren Mehrausweisungen in einem objektiv vertretbaren Rahmen zur zweckmäßigen Neugliederung des Verfahrensgebietes stehen.

e) Anteil für Befreiungen vom Abzug

Die Überprüfung der Abzugsbefreiung ist ein weiterer wichtiger Punkt bei der Rohplanprüfung. Nach § 47 Abs. 3 FlurbG können einzelne Teilnehmer zur Vermeidung offensichtlicher und unbilliger Härten ausnahmsweise ganz oder teilweise von der Aufbringung ihres Anteils an den gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen befreit werden.

Dieser Faktor ist deshalb so wesentlich, weil die Abzugsbefreiungen zu Lasten der übrigen Teilnehmer gehen. Es ist deshalb oberstes Gebot, die Befreiungen vom Abzug tatsächlich nur auf "Ausnahmen" und "Härtefälle" zu beschränken. Abzugsbefreiungen können in folgenden Fällen gewährt werden:

1. Grundstücke, die bereits einem Bodenordnungsverfahren unterlagen und dort zum vollen Abzug herangezogen wurden,
2. Waldflächen, die lediglich aus vermessungstechnischen Gründen zu einem Flurbereinigungsverfahren zugezogen wurden und keinen Vorteil durch die Flurbereinigung haben,
3. arrondierte Hofraum- und Gebäudeflächen, für die kein oder nur ein geringer Vorteil im Bodenordnungsverfahren zu erzielen ist,
4. Flächen, die bereits einem Baulandumlegungsverfahren unterlagen,
5. Flächen von bereits arrondierten Betrieben (z.B. Aussiedlungshöfe),
6. Flächen, die aus katastertechnischen Gründen (Gemarkungsgrenzregulierung) zugezogen wurden,
7. Flächen, die nicht neu geordnet und neu vermessen werden und lediglich als Streugrundstücke zu Verfahren zugezogen wurden.

f) Anteil für Aufbonitierungen

Aufbonitierungen nach § 46 FlurbG beeinflussen die Abzugshöhe positiv, weil sie abzugsmindernd wirken. In der Praxis werden in erster Linie alte wegfallende Wege in Bodenordnungsverfahren rekultiviert und als landwirtschaftliche Nutzflächen zugeteilt, wobei bei der Bewertung wenig befahrene Wendewege in der Regel um eine Klasse und stärker befahrene unbefestigte Wege um zwei Klassen tiefer als das angrenzende Kulturland eingestuft werden sollen (Vermerk MinfLWuF - 743 - 50.20 (Rohrbach)). Die Prüfung bezieht sich also auf die richtige Handhabung dieser Aufbonitierungsflächen und deren listenmäßige Erfassung.

Eine weitere Möglichkeit der Aufbonitierung besteht für neu gedränte Flächen, wobei Voraussetzung ist, daß diese Flächen mit erheblichen öffentlichen Mitteln verbessert werden und der Wert dieser Grundstücke wesentlich erhöht worden ist. Die praktische Schwierigkeit besteht jedoch darin, daß die volle Wirkung einer neu erstellten Dränanlage bei der Bewertung noch nicht eingetreten und damit noch nicht erfaßbar ist. In der überwiegenden Mehrzahl der Fälle bleibt hier nur die Möglichkeit einer erneuten Wertermittlung nach § 46 Satz 2 FlurbG, die aber dann auf die Berechnung und Festlegung der Abzugshöhe keinen Einfluß mehr hat. In diesem Fall sind die erforderlichen Ausgleichs nach § 44 Abs. 2 FlurbG zu ermitteln und im Flurbereinigungsplan auszuweisen.

Der gesamte Abzug ist durch den Kulturamtsvorsteher zu genehmigen.

Zu lfd. Nr. 14: Ordnungsgemäßer Vollzug des § 44 FlurbG anhand stichprobenhafter Überprüfung von Einzelabfindungen.

Grundlage für die Neugestaltung der Abfindungen ist § 44 Abs. 1 Satz 1 FlurbG, wonach jeder Teilnehmer unter Berücksichtigung der nach § 47 FlurbG vorgenommenen Abzüge mit Land von gleichem Wert abzufinden ist. Hierbei hat die Flurbereinigungsbehörde bei der Abfindungsgestaltung die betriebswirtschaftlichen Verhältnisse aller Teilnehmer gegeneinander abzuwägen.

Die Prüfung der Einzelabfindungen bezieht sich infolgedessen in ihrer Gesamtheit auf alle Umstände, die auf die Gleichwertigkeit der Landabfindung Einfluß haben. Im einzelnen werden folgende Kriterien überprüft:

1. Wertgleichheit der Abfindung (§ 44 Abs. 1 FlurbG)

Anhand der abgeschlossenen Gliederung wird geprüft, ob die Gesamtabfindung der einzelnen Teilnehmer unter Berücksichtigung des Abzuges nach § 47 FlurbG dem Wert des Altbesitzes entspricht.

2. Berücksichtigung der betriebswirtschaftlichen Verhältnisse (§ 45 Abs. 2 FlurbG)

Bei diesem Prüfungspunkt werden die betriebswirtschaftlichen Verhältnisse, bezogen auf den Ertrag, die Benutzung und die Verwertung der Grundstücke geprüft. Als Faktoren, die den Ertrag und die Benutzung der Grundstücke beeinflussen, sind u.a. zu nennen: Beschattung, Frostgefahr, Lage zur Himmelsrichtung, Erosions- und Überschwemmungsgefahr, Höhenlage, Hängigkeit, Bearbeitungsmöglichkeiten des Bodens.

Als Faktoren, die auf die Verwertung der Grundstücke Einfluß haben, sind u.a. zu berücksichtigen: Eignung für Sonderkulturen, Sand-, Kies-, Lehm-, Birns-, oder sonstige Bodenvorkommen, Bauplatz, Bauerwartungsland.

3. Ausweisung von großen Grundstücken (§ 44 Abs. 3 FlurbG)

Ziel der Aufstellung des Flurbereinigungsplanes ist es, die Landabfindungen in möglichst großen Grundstücken auszuweisen. Dies wird u.a. auch durch die Zusammenfassung von Abfindungsansprüchen, Zuordnung von Abfindungen und Aussiedlungen und Aufstockungen ermöglicht.

Des weiteren wird geprüft, ob der Forderung des § 44 Abs. 3 Satz 3 erster Halbsatz entsprochen wurde, die Grundstücke ordnungsgemäß durch Wege zu erschließen.

4. Abfindung entsprechend dem Altbesitz (§ 44 Abs. 4 FlurbG)

Als letztes wird die Gestaltung der Landabfindungen im Bezug auf die Nutzungsart, Beschaffenheit, Bodengüte und Entfernung vom Wirtschaftshof oder von der Ortslage gegenüber den Einlagegrundstücken untersucht.

Nach Abschluß der Rohplanprüfung wird der Flurbereinigungsplan von der oberen Flurbereinigungsbehörde zur Weiterbearbeitung mit der Maßgabe freigegeben, daß die Flurbereinigungsbehörde ihn nach Fertigstellung sämtlicher Planunterlagen formell prüft und danach die Genehmigung gem. § 58 Abs. 3 FlurbG beantragt.

75 JAHRE KULTURAMT BERNKASTEL – KUES

von Kulturamtsvorsteher Klaus Berg, Bernkastel-Kues

Im Jahre 1886 nahm die Generalkommission in Düsseldorf ihre Tätigkeit auf. Noch im gleichen Jahre wurden in Altenkirchen, Dierdorf und Eitorf Spezialkommissionen eingerichtet. Für den Bereich zwischen den Flüssen Rhein, Mosel, Saar und Nahe wurden zwei Spezialkommissionen in Trier gegründet. Es waren dies die Spezialkommissionen Trier I, gegründet am 01.10.1887 und Trier II, gegründet am 01.07.1888. Daneben wurde in Simmern am 01.10.1898 ebenfalls eine Spezialkommission eingerichtet. Diese drei Spezialkommissionen waren mit großem Erfolg in der Umlegung tätig. Sie wirkten in den Altkreisen Bernkastel, Wittlich und Zell. Ihre Arbeit fand Anerkennung im Kreis der Grundstückseigentümer. Die einheimische Bevölkerung hatte die Notwendigkeit der Umlegung erkannt. Die wohl durchdacht durchgeführten Verfahren und die hierbei erzielten Erfolge waren Veranlassung für viele Anträge auf Durchführung weiterer Verfahren. Es kam daher am 01.01.1911 zur Einrichtung einer weiteren Spezialkommission in Bernkastel-Kues. Diese ist die Vorläuferin des heutigen Kulturamtes.

Das Kulturamt Bernkastel-Kues war aus der Zeit der Tätigkeit als Spezialkommission zunächst nur in einzelnen Gemeinden zuständig. Nach Festlegung einheit-

licher Dienstbezirke für die Kulturämter umfaßte der Kulturamtsbezirk Bernkastel-Kues die Landkreise Bernkastel-Kues, Wittlich und Zell. Im Zusammenhang mit der Durchführung der Funktionalreform und der damit verbundenen Änderung vieler Kreis- und Gemeindegrenzen wurde ab 1976 der Kulturamtsbezirk Bernkastel-Kues auf die Fläche des neu gebildeten Kreises Bernkastel-Wittlich beschränkt. Seit 1982 erstreckt sich die Zuständigkeit des hiesigen Amtes zusätzlich auf Gemeinden im südlichen Teil des Landkreises Daun. Ohne diese Flächen aus dem Landkreis Daun umfaßt der Kulturamtsbezirk allein mit den Flächen des Kreises Bernkastel-Wittlich eine Katasterfläche von 1 177,22 qkm. Nach der letzten Bodennutzungserhebung sind hiervon nach Hauptnutzungsarten die Flächen zu 31,5 % landwirtschaftlich genutzt, zu 46,7 % als Waldfläche und 4,2 % als Rebfläche genutzt. Im Bereich des Landkreises Bernkastel-Wittlich ist das Bild der Landwirtschaft von den drei großen Landschaftsgebieten Eifel, Mosel und Hunsrück geprägt. Der Tätigkeitsraum im südlichen Kreis des Landkreises Daun ist zu beschreiben mit dem Begriff: Vulkaneifel.

Im Bereich des Hunsrücks, der Voreifel und der Vulkaneifel spielt die Landwirtschaft und die Forstwirtschaft eine Rolle. Im Bereich des Moseltales ist für Tal und Landschaft der Weinbau dominant. Hier liegen im Amtsbezirk des Kulturamtes Bernkastel-Kues etwa 5 300 ha Rebfläche des Weinbaugebietes Mosel-Saar-Ruwer. Die Zahl der Einzelbetriebe ist mit ungefähr 5 000 fast annähernd gleichgroß.

Die Spezialkommission des Jahres 1911 begann ihre Arbeit in der alten Zigarrenfabrik Schmitgen in der Graacher Straße. Von dort zog sie um nach dem Pfortenpfad 8, zum Wehlener Weg, in die Schule in Kues und schließlich in die Landesproduktenhandlung Lord am Bahnhof. Erst im September 1928 wurde das neue und auch heutige Amtsgebäude bezogen. Der 2. Weltkrieg verschonte dieses Gebäude vor Zerstörung oder Beschädigung. Auf diese Weise überstanden die Katasterkarten, die Bücher und Nachweise den Krieg. Vieles ging jedoch verloren oder wurde vernichtet, als das Amtsgebäude ab März 1945 von der damaligen Besatzungsmacht beansprucht wurde.

Im Oktober 1945 wurde die Landeskulturverwaltung neu geordnet. Bereits am 29.10.1945 nahm das Kulturamt Bernkastel-Kues seine Tätigkeit wieder auf. Die Diensträume befanden sich vorläufig im Gebäude der Biologischen Bundesanstalt in Bernkastel-Kues. Nach dem Wiedereinzug in das Amtsgebäude mußten die Amtsräume für längere Zeit mit dem Katasteramt geteilt werden.

Nach einiger Zeit hatte das Kulturamt wieder, wie ehemals, das ganze Amtsgebäude zur Nutzung. Dies war auch notwendig. Die unmittelbaren Nachkriegsjahre waren vorbei. Die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse hatten sich inzwischen stabilisiert. Die Zahl der Mitarbeiter nahm mit steigender Arbeitsfülle zu. Die Diensträume des Kulturamtes wurden der größer werdenden Anzahl an Mitarbeitern nicht gerecht. Teile des Kulturamtes wurden daher in eigens hierfür angemieteten Räumen im Ortsteil Kues untergebracht. Die beengten räumlichen Verhältnisse führten schließlich zu Planung und Neubau eines mit dem alten Amtsgebäude verbundenen neueren Hausteiles. Dieser wurde 1970 bezogen. Seit diesem Zeitpunkt sind alle Bediensteten des Kulturamtes Bernkastel-Kues wie vormals in einem Amtsgebäude tätig.

Das Kulturamt Bernkastel-Kues hat als im ländlichen Raum wirkende Behörde in Zukunft die Aufgabe, durch Planung und Ausführung aus einer Hand die Voraussetzung für eine Verbesserung der allgemeinen Agrarstruktur, der Lebens- und Arbeits-

bedingungen im Rahmen seiner Zuständigkeit zu schaffen. Hierzu wird es notwendig sein, im Amtsbezirksteil des Hunsrück nicht bereinigte Gemarkungen durch die Möglichkeiten des Flurbereinigungsgesetzes und dazu ergangener Vorschriften in seiner Entwicklung voranzutreiben.

Diese Zielsetzung gilt im wesentlichen auch für den Teil der Voreifel sowie den der Vulkaneifel. Hier werden vielfach, wie im Hunsrück, beschleunigte Zusammenlegungsverfahren vorgesehen werden können. Dies hängt im wesentlichen und nicht zuletzt damit zusammen, daß die Erstbereinigungen in vielen Gemarkungen bereits so lange zurückliegen, daß jetzt neue Anstrengungen unternommen werden müssen, damit die Chancengleichheit der dort lebenden Bevölkerung sich mit der aus anderen Regionen messen kann.

Im Bereich der Mosel ist die Weinbergsflurbereinigung auch weiterhin mit verstärkten Anstrengungen fortzusetzen. Die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen im Sinne einer Integralmelioration ist auch hier mit großem Ernst geboten.

Im gesamten Bereich unserer Zuständigkeit sind bei unserer Arbeit Landschaft und Umwelt zu erhalten, zu schützen und fortzuentwickeln. Wir gehen dabei von der Hoffnung aus, daß unsere Arbeit auch in Zukunft das der Wichtigkeit dieser Aufgabenerledigung gebührende Interesse findet und daß die für unsere Arbeit unerläßliche Zusammenarbeit und Mitarbeit der zu beteiligenden Behörden, Stellen und Institutionen auch weiterhin vorhanden ist.

Die bisherigen Erfahrungen zeigen ein wachsendes Umweltverständnis an. Hierauf möchten wir auch in Zukunft unsere nicht immer leichte Arbeit aufbauen. Es wird auch in Zukunft sehr wichtig sein, ob sich die bisher guten Kontakte und Erfahrungen mit den vielfältigen Stellen der Landespflege, des Naturschutzes und des Denkmalschutzes fortsetzen lassen. Zum Wohle von Landschaft und Menschen in diesem Raum bleibt zu wünschen, daß die bisher erfreulich positiv sich entwickelten Kontakte und Beziehungen mit allen anerkannten Landespflegeverbänden erhalten und ausgebaut werden können.

Seit 1911 sind 75 Jahre vergangen. Trotz aller Wechselfälle der Zeiten hat diese Behörde sich immer bemüht, im Dienste der Menschen in dieser Region zu arbeiten. Dieser Dienst für die Menschen und die Landschaft, in der diese leben, konnte nicht unbeeinflusst von der wechselnden Zielsetzung der den gesetzlichen Bestimmungen zugrunde liegenden politischen Zielsetzungen erledigt werden.

Die in 75 Jahren geleistete Arbeit hat dem Kulturamt einen festen Platz im Gefüge aller Behörden, Dienststellen und Institutionen in dieser Region zugewiesen.

Es ist uns ein Bedürfnis, an dieser Stelle allen staatlichen Stellen, Behörden, Dienststellen, Institutionen, Körperschaften, Verbänden und Einzelpersonen für die bisher gute Zusammenarbeit und Unterstützung unserer Arbeit zu danken. Wir verbinden damit den Wunsch, daß wir auch in Zukunft zum Wohle aller in dieser Region auf ihre Zusammenarbeit rechnen können. Wir selbst sind auch weiterhin bemüht, das unsere dazu zu tun, damit auch sie von uns sagen können, die Zusammenarbeit sei keine Einbahnstraße.

AUS DER RECHTSPRECHUNG

AUS DEN ENTSCHEIDUNGEN DES FLURBEREINIGUNGSGERICHTS KOBLENZ

von Ministerialrat Herbert Staab, Mainz

1. Aufbringen von Erdmassen durch Teilnehmer auf ein ausgewiesenes Abfindungsflurstück: zustimmungsbedürftig (§ 34 Abs. 1 Nr. 1 FlurbG)

- Flurbereinigungsgericht Koblenz, Urteil vom 29.10.1985 - 9 C 18/85 -

Aus den Gründen:

Zwar handelt es sich bei dem Aufbringen fremder Erde nicht um eine Änderung der Nutzungsart, weil das Grundstück weiterhin als Weinberg genutzt wird. Dennoch bedurfte die Aufschüttungsmaßnahme nach § 34 Abs. 1 Nr. 1 FlurbG der Zustimmung der Flurbereinigungsbehörde. Wenn nämlich schon die den Bodenwert unberührt lassende Änderung der Nutzungsart vom Gesetzgeber für zustimmungsbedürftig erklärt worden ist, obgleich diese durch erneute Nutzungsartenänderung in der Regel rückgängig gemacht werden kann, so ist umso mehr davon auszugehen, daß eine den in der Flurbereinigung festgesetzten Bodenwert und die Bodenart ändernde Aufschüttung von - rohem - Fremdboden ebenfalls der Zustimmung der Flurbereinigungsbehörde bedarf.

Anmerkung:

Es kommt - insbesondere in Weinbergungsverfahren - häufig vor, daß Teilnehmer ihr Abfindungsgrundstück durch Auffüllen oder Abgraben verändern. Sie verlangen dann Aufwandsentschädigungen, wenn im Zuge der Widerspruchserledigung ihnen ein anderes Abfindungsgrundstück zugewiesen wird. Das Flurbereinigungsgericht stellt fest, daß eine derartige Veränderung zumindest dann der Zustimmung der Flurbereinigungsbehörde bedarf, wenn dadurch die nach § 32 FlurbG festgestellten Ergebnisse der Wertermittlung unrichtig werden, auch wenn eine Änderung der Nutzungsart nicht vorgenommen wird.

2. Ausbau- und Erschließungsbeiträge (§ 44 Abs. 2 FlurbG)

- Flurbereinigungsgericht Koblenz, Urteil vom 29.04.1986 - 9 C 10/85 -

Aus den Gründen:

Aus der befürchteten künftig höheren Abgabenlast auf der Grundlage der jetzigen Wegeanschlußbreite können die Kläger keinen Anspruch auf Durchführung der geforderten Änderung ihrer Hausgrundstücksgrenze zur Straße herleiten, weil auch insoweit ihre in der Flurbereinigung zu beachtenden Rechte nicht beeinträchtigt

werden. Das ergibt sich schon daraus, daß die von der Flurbereinigung unabhängigen Ausbaubeiträge nach der von der Verbandsgemeindeverwaltung vorgelegten Satzung der Ortsgemeinde über die Erhebung von Beiträgen für den Ausbau von Erschließungsanlagen nur von den Grundstückseigentümern und Erbbauberechtigten erhoben werden, denen der Ausbau der Erschließungsanlage besondere Vorteile bringt. Eine solche Beitragsforderung ist aber rechtlich grundsätzlich als gerechtfertigt anzusehen, weil so in der Regel ein Vorteilsausgleich für die durch die Ausbaumaßnahme verbesserte Nutzung des Grundstückes herbeigeführt wird.

Anmerkung:

Das Hausgrundstück der Kläger grenzte nur mit einem Grenzpunkt an die Straße. Im Flurbereinigungsverfahren wurde nicht nur ein Wegeanschluß in Breite einer Zufahrt hergestellt, sondern darüber hinaus das Hausgrundstück um die Flächen, die es früher vom Wege getrennt hatten, erweitert. Die Kläger hatten unter Hinweis auf die möglicherweise dadurch entstehenden höheren Anliegerbeiträge der Abgrenzung ihres Hofgrundstückes zur Straße hin widersprochen. Im Hinblick darauf, daß häufig mit der Höhe der von der Gemeinde zu erhebenden Anliegerbeiträge die Wertgleichheit der Abfindung bemängelt und ein Wertausgleich gefordert wird, ist diese Entscheidung zu begrüßen.

3. Zur Hängigkeit zwischen 0 - 12 % bei Ackerland (§ 44 Abs. 2 und 4 FlurbG)

- Flurbereinigungsgericht Koblenz, Urteil vom 12.02.1986 - 9 C 144/84 -

Aus den Gründen:

Zwar ist in der Abfindung eine Zunahme der Hängigkeit eingetreten. Diese bewegt sich aber unstrittig in dem Bereich zwischen 0 und 12 % Gefälle und wird wegen ihres nur geringfügigen Einflusses auf die Bearbeitung der landwirtschaftlichen Nutzfläche in der Regel außer Acht gelassen. Dabei wird nämlich davon ausgegangen, daß die heute zum Einsatz kommenden landwirtschaftlichen Maschinen bei einer Querneigung bis zu 12 % keiner nennenswerten Mehrbelastung gegenüber dem Einsatz auf völlig ebenem Gelände unterzogen werden und auch die landwirtschaftlichen Nutzflächen in dem genannten Hangbereich keinen nennenswerten hangbedingten Schwankungen im Flächenertrag unterliegen.

Anmerkung:

Dieses Urteil gibt der Flurbereinigungsbehörde keinen Freibrief, Verschlechterungen in der Hängigkeit in der Abfindung unberücksichtigt zu lassen, solange die Hängigkeit 12 % nicht übersteigt. Vielmehr sind immer die örtlichen Verhältnisse zu beachten. Für die Nachteile, die durch Hängigkeit eintreten, ist z.B. die Bodenart und die Bewirtschaftungsweise maßgeblich. So fällt bei Getreideanbau die Hängigkeit weniger ins Gewicht als bei Hackfruchtanbau. Deshalb kommt in weitgehend ebenen Gebieten mit Hackfruchtanbau dem Quergefälle eine größere Bedeutung zu, als dem Längsgefälle, so daß eine genauere Differenzierung beim Quergefälle erfolgen muß (z.B. 0 - 4 %, 5 - 9 %, 10 - 14 %). Für das Längsgefälle genügt es im allgemeinen bis 12 % nur zwei Klassen, nämlich 0 - 7 % und 8 - 12 % zu bilden. In Weinbergs-

verfahren in Steillagen ist es entscheidend, bis zu welcher Steigung das Rebgrundstück auf Grund der Bodenverhältnisse im Direktzug bearbeitet werden kann. Im übrigen können in allen Weinbergungsverfahren auf Grund der örtlichen Verhältnisse differenzierte Hangklassen für das Längsgefälle festgelegt werden.

- 4. Zur Zulässigkeit eines Widerspruches gegen den Flurbereinigungsplan, wenn im Anhörungstermin oder innerhalb von zwei Wochen danach gegen einen Nachtrag zum Flurbereinigungsplan, der den Obstbaumausgleich regelt, der Widerspruch gegen die Landabfindung nicht aufrechterhalten wird (§§ 60 Abs. 1, 59 Abs. 2, Abs. 5 FlurbG in Verbindung mit § 5 Ausführungsgesetz zum FlurbG)**

- Flurbereinigungsgericht Koblenz, Urteil vom 12.02.1986 - 9 C 17/85 -

Aus den Gründen:

Der Widerspruch hat seine Rechtswirkung nicht dadurch verloren, daß der Kläger gegen den Plannachtrag II keinen - erneuten - Widerspruch eingelegt hat. Dazu hatte er schon deshalb keine Veranlassung, weil er durch diesen Plannachtrag, der sich ausschließlich auf den Obstbaumausgleich bezog, in seinen Rechten nicht berührt worden ist.

Zwar sind der die Landabfindung regelnde Abfindungsnachweis wie auch der die Geldabfindung der Teilnehmer für die Obstbäume betreffende Obstbaumausgleich Teile des Flurbereinigungsplanes. Sie sind jedoch beide voneinander getrennte, selbständige Teile des Flurbereinigungsplanes, gegen die wegen der jeweils eigenen Regelungswirkung die Rechtsbehelfe selbständig geltend zu machen sind.

Dabei kann es hier unentschieden bleiben, ob ein Widerspruchsführer dann sein Widerspruchsrecht verliert, wenn er gegen den seinem Widerspruch - nur - teilweise abhelfenden Änderungsbescheid nicht - erneut - Widerspruch einlegt.

Anmerkung:

Im Muster für die Ladung zur Bekanntgabe des durch Nachtrag geänderten Flurbereinigungsplanes sowie der Verhandlungsniederschrift über die Nachtragsvorlage (Formular- und Mustermappe, Band 3 Blatt 31 - 34) heißt es, daß mit den in diesem Nachtrag vorgenommenen Änderungen des Flurbereinigungsplanes sämtliche Beschwerden der von diesem Nachtrag betroffenen Beteiligten als erledigt betrachtet werden, sofern die nicht behobenen Beschwerden im Anhörungstermin nicht ausdrücklich aufrechterhalten werden.

Unter Beachtung des vorstehenden Urteils kommt es also darauf an, ob ein Widerspruch tatsächlich durch einen Plannachtrag erledigt werden soll, ohne daß eine Vorweganerkennung vorliegt. Nur in diesem Fall verliert ein Widerspruchsführer sein Widerspruchsrecht, wenn er gegen den durch Nachtrag geänderten Flurbereinigungsplan nicht erneut Widerspruch erhebt.

Dagegen ist ein Widerspruch gegen die Landabfindung nicht erledigt, wenn der Widerspruchsführer gegen den den Obstbaumausgleich regelnden Plannachtrag seinen früheren Widerspruch gegen die Landabfindung nicht ausdrücklich aufrechterhält.

Das Flurbereinigungsgericht hat es zwar dahingestellt sein lassen, ob ein Widerspruch durch einen ihm nur teilweise abhelfenden Nachtrag verbraucht wird, wenn der Widerspruch im übrigen gegen den durch Nachtrag abgeänderten Flurbereinigungsplan nicht erneut vorgebracht wird.

Diese Frage ist nach Auffassung der Spruchstelle zu bejahen, so lange keine entgegengesetzte rechtskräftige gerichtliche Entscheidung ergangen ist.

5. Gegenstand des Widerspruches gegen die Abfindung (§ 59 Abs. 2 FlurbG)

- Flurbereinigungsgericht Koblenz, Urteil vom 29.04.1986 - 9 C 29/85 -

Aus den Gründen:

Dem Einwand des Beklagten, daß die Kläger die mangelnde Zuwegung des Abfindungsgrundstückes Flur 6 Nr. 26 erstmals im Klageverfahren, und damit verspätet gerügt hätten, kann nicht gefolgt werden.

Denn infolge des Widerspruches der Kläger gegen die Änderung ihrer Abfindung durch die Festsetzungen des Plannachtrages III war die gesamte Abfindung der Kläger neu zu überprüfen (vgl. Urteil des Senats vom 08. November 1973 in Rdl. 1974/128 = Agrarrecht 1975, 16), zumal die Kläger zu keiner Zeit ihren Widerspruch gegen den Flurbereinigungsplan rechtlich verbindlich eingeschränkt haben.

Durch die Wegnahme des Abfindungsgrundstückes Flur 3 Nr. 20 ist nämlich die Abfindungsfläche der Kläger verkleinert und somit die Grundlage der Wertgleichheit ihrer Abfindung im Sinne von § 44 verändert worden (vgl. Seehusen-Schwede, FlurbG, Kommentar, 4. Aufl., § 59, Rdnr. 15 m.w.H.).

Außerdem ist grundsätzlich davon auszugehen, daß durch die Rechtswirkung des Widerspruches die gesamte Abfindung in der Schwebe bleibt, unabhängig von dem im Widerspruch gestellten Antrag (vgl. dazu BVerwG, Urteil vom 05. Juni 1961, in Rdl. 1961 S. 240 = RzF § 44 Abs. 1 S. 31).

Anmerkung:

Bei den Kulturämtern wird gelegentlich die Auffassung vertreten, der Widerspruchsführer dürfe nach Ablauf der Widerspruchsfrist keine weiteren Gründe für seinen Widerspruch nachschieben.

Die vorliegende Entscheidung des Flurbereinigungsgerichts Koblenz stellt klar, daß sogar im Verwaltungsrechtsstreit neue Widerspruchspunkte vorgebracht werden können, wenn der Widerspruch nicht vorher rechtsverbindlich beschränkt wurde.

Um spätere Widerspruchspunkte als unzulässig abweisen zu können, sollte bei den Widerspruchsverhandlungen eine eindeutige Beschränkung des Widerspruches bezüglich der einzelnen Widerspruchspunkte angestrebt werden.

Hilfreich wäre u.U. die Aufnahme des Satzes: "Der Widerspruch wird ausdrücklich auf die obigen Widerspruchspunkte beschränkt."

AUS DER PRAXIS DER SPRUCHSTELLE FÜR FLURBEREINIGUNG

von Ministerialrat Herbert Staab, Mainz

1. Ausweisung von Masseflurstücken als Biotopflächen

Auf Anweisung der Bezirksregierung hatte ein Kulturamt im Nachtrag I zum Flurbereinigungsplan mehrere Masseflurstücke, die zum Teil mitten im Weinbergsgelände lagen, dem Land Rheinland-Pfalz - Landesforstverwaltung - als Biotopflächen für landespflegerische Zwecke zugewiesen, weil nach Auffassung der Bezirksregierung im Plan nach § 41 FlurbG nur in unzureichendem Umfange Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen für Eingriffe festgesetzt worden seien. Die Teilnehmergemeinschaft und mehrere Teilnehmer erhoben gegen den hiernach geänderten Flurbereinigungsplan Widerspruch.

Die Spruchstelle für Flurbereinigung hob auf die Widersprüche hin diese Regelung auf. In den Entscheidungsgründen des Bescheides ist ausgeführt:

- a) Die Vergabe an die Landesforstverwaltung aufgrund der Weisung der Bezirksregierung befindet sich nicht im Einklang mit § 54 Abs. 2 FlurbG in Verbindung mit der Verwaltungsvorschrift über die Verwendung und Zuteilung des in Bodenordnungsverfahren nach dem FlurbG zur Abfindung nicht benötigten Landes. Das Verfahren zur Vergabe des Masselandes wurde nicht eingehalten, und die Flurbereinigungsbehörde hat von ihrem Ermessen, wonach die Entscheidung aufgrund einer sachgerechten Abwägung der widerstreitenden Interessen zu erfolgen hat, erkennbar keinen Gebrauch gemacht.
- b) Mit der Feststellung des Planes nach § 41 FlurbG ist die Zulässigkeit des Vorhabens gegeben. Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen müssen im Plan nach § 41 FlurbG abschließend geregelt sein. Wenn es sich nach der Planfeststellung herausstellt, daß noch Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen für bestimmte Eingriffe erforderlich sind, kann allenfalls eine Änderung der Planfeststellung nach dem hierfür vorgeschriebenen Verfahren durchgeführt werden.
- c) Die Zuteilung von Masseflurstücken an die Landesforstverwaltung wird durch die u.a. VV nicht ausgeschlossen, denn der Landesforstverwaltung ist es wie allen anderen Teilnehmern des Verfahrens freigestellt, sich durch Abgabe eines Gebotes um Masseflurstücke zu bewerben.

2. Abzug nach § 47 Abs. 1 FlurbG für landespflegerische Anlagen

In einer Weinbergsflurbereinigung wurde ein Flächenbeitrag von 14,5 % festgesetzt, darin waren 3,1 % für Landespflegeflächen enthalten. Damit konnten bei einer Verfahrensgröße von ca. 76 ha 2,7 ha Landespflegeflächen ausgewiesen werden.

Ein Teilnehmer erhob Widerspruch gegen die Höhe des Flächenbeitrages, insbesondere soweit er für landespflegerische Anlagen verwandt wurde. Die Spruchstelle wies den Widerspruch mit der Begründung zurück, dieser Flächenbedarf sei für Ausgleichsmaßnahmen nach § 5 Abs. 1 Landespflegegesetz erforderlich, zumal bereits 1,4 ha durch Wegebefestigung versiegelt und damit dem Naturhaushalt völlig ent-

zogen worden seien, während die 2,7 ha ihm nicht etwa ersatzweise völlig zugeführt worden seien. Als Ausgleichsleistung könnte nur die Leistung für den Naturhaushalt angerechnet werden, die durch die Nutzung dieser 2,7 ha als Landespflegefläche mehr erbracht wird, als bei einer Nutzung als landwirtschaftliche Nutzfläche. Diese Mehrleistung sei um so geringer, je mehr Bedeutung man landwirtschaftlichen Nutzflächen im Verhältnis zu Landespflegeflächen für den Naturhaushalt zumesse. (Der Widerspruchsbescheid wurde bestandskräftig)

3. Gewässerunterhaltung: künstliche oder natürliche Gewässer

Die Flurbereinigungsbehörde hatte im Flurbereinigungsplan verschiedene Weinbergsvorfluter als natürliche Gewässer bezeichnet. Die zuständige Verbandsgemeinde legte dagegen - verspätet - Widerspruch ein, mit der Begründung, es handele sich um künstliche Gewässer, so daß gemäß § 63 Abs. 4 LWG die Ortsgemeinde als Eigentümer unterhaltspflichtig sei. Die Spruchstelle wies den Widerspruch als unzulässig zurück, wobei sie den Standpunkt vertrat, daß es sich um natürliche Gewässer handele.

Es stellt sich die Frage, ob ein solches Widerspruchsverfahren überhaupt erforderlich war. Mit Novellierung des Landeswassergesetzes hat sich das vorher bestehende Problem, daß für künstliche Gewässer ein Unterhaltspflichtiger gefunden werden mußte, auf die Frage reduziert, wer nun Unterhaltspflichtiger ist, die Verbandsgemeinde (bei natürlichen Gewässern nach § 63 Abs. 1 Nr. 3 LWG) oder die Ortsgemeinde (bei künstlichen Gewässern nach § 63 Abs. 4 Satz 2 LWG). Diese Frage kann durch eine Einstufungsentscheidung der zuständigen Wasserbehörde geklärt werden (vgl. Wulf, Unterhaltung von Gewässern in der Flurbereinigung, Nachrichten aus der Landeskulturverwaltung, Heft 5, Seite 70).

4. Zustellung eines Auszuges aus dem Flurbereinigungsplan (§ 59 Abs. 3 Satz 1 FlurbG)

Ein Widerspruchsführer legte nach Ablauf der Widerspruchsfrist Widerspruch gegen den Flurbereinigungsplan ein. Er trug vor, ein Auszug aus dem Abfindungsnachweis und eine Ladung zum Anhörungstermin seien ihm nicht zugestellt worden. Zum Zeitpunkt der Ladung zum Anhörungstermin durch öffentliche Bekanntmachung sei er in Kur gewesen. Die Spruchstelle für Flurbereinigung ließ den Widerspruch nach § 134 Abs. 2 Satz 2 Abs. 3 FlurbG zu. Jedenfalls sei dem Widerspruchsführer kein Auszug aus dem Abfindungsnachweis zugestellt worden. Dies sei jedoch nach der Neufassung des Flurbereinigungsgesetzes vom 16. März 1976 ausdrücklich vorgesehen, während nach der früheren Fassung lediglich jeder Teilnehmer einen Auszug erhalten sollte. Nach Angaben des Kulturamtes sei zwar der Auszug mit einfachem Brief an den Widerspruchsführer abgesandt worden. Der Zugang sei jedoch nicht nachweisbar. Es könne dahinstehen, ob mangels Zustellung eines Auszuges die Widerspruchsfrist überhaupt zu laufen beginne, jedenfalls sei dem Widerspruchsführer nach § 134 Abs. 2 Satz 2 Abs. 3 FlurbG Nachsicht zu gewähren, da er die Verspätung nicht verschuldet habe. Dieser Fall zeigt, daß im Interesse der Beschleunigung des Verfahrens die Auszüge aus dem Flurbereinigungsplan ungeachtet der dadurch entstehenden Mehrkosten gemäß § 112 FlurbG zugestellt werden sollten, soweit nicht im Umlaufverfahren in einzelnen Gemeinden die Auszüge mit der Ladung gegen Empfangsbestätigung ausgehändigt werden (§ 113 FlurbG).

LITERATURÜBERSICHT

von Axel Lorig und Rudolf Dielmann, Mainz

Recht der Landwirtschaft

- Haselhoff, J.: Ausführungswiderspruch im Flurbereinigungsverfahren, Heft 1, 1986, S. 1
- Kraffert, W.: Wahlen und Beschlüsse der Teilnehmergeinschaft, Heft 2, 1986, S. 32

Natur und Landschaft

- Emig, G.: Mehr Mitwirkungsrechte für Landespflegeorganisationen im Flurbereinigungsverfahren, Heft 2, 1986, S. 56
- Zillen, F.: Bodenschutz bei Flurneuordnungen, Heft 3, 1986, S. 90
- Pietscher, H.-W.: Förderung einer umweltgerechten Agrarstruktur-Überlegungen zur Anpassung der Rechtsgrundlagen an neue Ziele, Heft 3, 1986, S. 84

Bodenschutz mit der Landwirtschaft - Arbeiten der DLG -

- Zillien, F.: Flurneuordnung - wie heute ökonomischen und ökologischen Forderungen gerecht werden?, Band 185, S. 145

Zeitschrift für Flurbereinigung und Kulturtechnik

- Jacobs, G.: Fernerkundung zur Erfassung von Landschaftsveränderungen für Aufgaben der Planung, Heft 1, 1986, S. 51
- Gschaidmeier, H.: Erosionsschutz in der Flurbereinigung, Heft 2, 1986, S. 88
- Schraepler, H.: 150 Jahre Flurneuordnung im Braunschweigischen - von der Herzoglichen Landesökonomekommission zum Amt für Agrarstruktur, Heft 2, 1986, S. 94
- Engelke, G.: Zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher und ökologischer Belange in der Landneuordnung, Heft 2, 1986, S. 99
- Kowald, R. und Martins, O.: Untersuchungen zur Vermeidung von Wurzeleinwachsungen in Dränanlagen, Heft 3, 1986, S. 130

- Erpenbeck, Ch. und Mollenhauer, K.: Zur Methodik der Erfassung von Zwischenabfluß an Hängen, Heft 3, 1986, S. 154
- Briese, D. und Erpenbeck, Ch.: Landwirtschaftliche Wege im Rahmen des Boden- und Gewässerschutzes - Probleme und Lösungsmöglichkeiten -, Heft 3, 1986, S. 158
- Bodenstedt, A.: Die Gestaltung der ländlichen Umwelt - Wirkungen sozialer Gruppen im Dorf -, Heft 3, 1986, S. 180

Zeitschrift für Vermessungswesen

- Vogel, F.W.: Ist die Abmarkung von Grundstücksgrenzen noch zeitgemäß?, Heft 1, 1986, S. 23
- Seele, W.: Diskussion zum Baugesetzbuch, Heft 1, 1986, S. 28
- Strößner, G.: 100 Jahre Flurbereinigung in Bayern, Heft 5, 1986, S. 177

Vermessungswesen und Raumordnung

- Schmitz, U.: Dorferneuerung und Flurbereinigung - Betrachtungen zum Urteil des OVG Koblenz vom 5.9.1984 - 9 C 18/83, Heft 1/2, 1986, S. 27
- Stumpf, M.: Die Flurbereinigung am Ende - am Ende die Flurbereinigung?, Gedanken nach 100 Jahren Flurbereinigung in Bayern, Heft 4, 1986, S. 153
- Weiss, E.: Zur Einrichtung der Flurbereinigungsbehörden im Rheinland vor 100 Jahren, (Teil I), Heft 3, 1986, S. 81
- Weiss, E.: Zur Einrichtung der Flurbereinigungsbehörden im Rheinland vor 100 Jahren (Teil II), Heft 4, 1986, S. 188
- Seele, W.: Auf ein Wort zum Regierungsentwurf für ein Baugesetzbuch, Heft 3, 1986, S. 133

Allgemeine Vermessungsnachrichten

- Findeisen, D. und Häuser, F.: Die Farbkopie als modernes Verfahren zur Reproduktion farbiger Planungsunterlagen, Heft 6, 1986, S. 213

Mitteilungsblatt des Deutschen Vereins für Vermessungswesen - Landesverband Bayern -

- Magel, H.: Flurbereinigung - ehrlicher Makler zwischen Ökonomie und Ökologie?, Heft 1, 1986

Vermessung, Photogrammetrie, Kulturtechnik

- Hutzli, P.: Rasengittersteine im Güterwegebau, Heft 4, 1986, S. 131
- Aebli, M. u. a.: Neuere Entwicklungen bei der Bodenbewertung in Güterzusammenlegungen, Heft 5, 1986, S. 171
- Strössner, G.: Aufgaben und Probleme der Flurbereinigung in Bayern, Heft 6, 1986, S. 207
- Aeschlimann, H.: Möglichkeiten und Grenzen computergestützter Feldarbeit, Heft 6, 1986, S. 231

Pfälzer Bauer

- Hess, Cl.R.: Landwirtschaftlicher Wegebau - Konflikte mit Natur und Landschaft, Heft 6, 1986, S. 59
- Spaetgens, Fr.H.: Das beschleunigte Zusammenlegungsverfahren in Rheinland-Pfalz, Heft 6, 1986, S. 60
- Spaetgens, Fr.H.: Das beschleunigte Zusammenlegungsverfahren in Rheinland-Pfalz (Teil II), Heft 7, 1986, S. 52
- Hess, Cl.R.: Landeswettbewerb "Unser Dorf soll schöner werden" - Neue Verwaltungsvorschrift in Rheinland-Pfalz, Heft 11, 1986, S. 32
- Zillien, F.: Naturschutz und Landschaftspflege bei der Flurbereinigung, Heft 14, 1986, S. 45
- Zillien, F.: Erfolge einer zweiten Flurbereinigung - dargestellt an der Gemarkung Stetten im Donnersbergkreis, Heft 21, 1986, S. 26
- Emig, G.: Fristversäumnis durch Flurbereinigungsteilnehmer, Heft 21, 1986, S. 28
- Hess, Cl.R.: Naturschutzziele gemeinsam mit der Landwirtschaft realisieren - Bericht über den 17. Deutschen Naturschutztag Heft 22, S. 36
- Zillien, F.: Spurbahnbefestigung: Landschaftsschonender Wegebau, Heft 25, 1986, S. 22

Der Landbote

- Zillien, F.: Die Förderung landwirtschaftlicher Bewirtschaftungseinheiten, Heft 5, 1986, S. 212

- Zillien, F.: Bodenschutz bei Flurneuordnungen, Heft 4, 1986, S. 158
- Emig, G.: Rechtsschutz in der Flurbereinigung, Heft 6, 1986, S. 250
- Hess, Cl.R.: Die Zukunft der rheinhessischen Landschaft - aus der Sicht von Landwirtschaft und Flurbereinigung, Heft 17, 1986, S. 878
- Zillien, F.: Spurbahnbefestigung: landschaftsschonender Wegebau, Heft 23, S. 1166

Bauen für die Landwirtschaft (Heft 1, 1986)

- Held, R.: Ländliche Wege in Beton - Entwicklung in drei Jahrzehnten
- Müller, H.: Planung und Ausführung von Spurwegen
- Knopp, W.: Pflaster und Fertigteile aus Beton im ländlichen Wegebau
- Hersel, O.: Hinweise zur Bauvorbereitung und Leistungsbeschreibung von Spurwegen
- Unger, W.: Landschaftsgerechter Wegebau
Landschaftsbild - Ökologie - Begrünung

BUCHBESPRECHUNGEN

BUND - INFORMATION 38 – FLURBEREINIGUNG –

- Leitfaden für Naturschutzverbände, Behörden, gewählte Volksvertreter
Teilnehmergemeinschaften und interessierte Bürger -

Herausgeber: Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V.
Vertrieb: Verlagsgesellschaft BUND GmbH, Erbprinzenstr. 18, 7800 Freiburg,
112 Seiten DIN A 5 mit 20 Abbildungen, 8,50 DM

Die Broschüre ist im wesentlichen in vier Abschnitte gegliedert:

Zunächst werden die Interessen der Flurbereinigungsbehörden, der Landwirte und der Naturschützer kurz im Abschnitt "Interessen" gegenübergestellt. Die Finanzierung der Flurbereinigung wird erläutert und kritisch betrachtet.

Danach werden im umfangreichsten Abschnitt die Maßnahmen der Flurbereinigung und deren Auswirkungen - getrennt für Rebflurbereinigung und Feldflurbereinigung - geschildert. Dabei wird nicht nur auf die Auswirkungen auf Natur und Landschaft eingegangen, sondern auch wirtschaftliche und soziale Auswirkungen werden angesprochen, eine Benachteiligung der Kleinbetriebe wird unterstellt.

Im dritten Abschnitt werden die Forderungen des Naturschutzes vorgestellt: Verzicht auf Anordnung der Flurbereinigung, Ausklammerung von Gebieten, Erhaltung von Landschaftselementen und Geschichtszeugnissen, Schaffung von Ausgleichsflächen und Aufbau einer Biotopvernetzung.

Unter der Überschrift "Das Flurbereinigungsgesetz" werden im letzten Abschnitt zunächst die unterschiedlichen Flurbereinigungsverfahren dargestellt, wobei die negative Einstellung zum beschleunigten Zusammenlegungsverfahren auffällt. Danach wird der Ablauf eines Flurbereinigungsverfahrens anhand der für die Verfasser wichtigsten Paragraphen des FlurbG geschildert. Die Beteiligung der anerkannten Naturschutzverbände wird am baden-württembergischen Beispiel mit Verbesserungsvorschlägen erläutert. Die Rechte der Teilnehmer werden beschrieben. Sie werden als im Gesetz zu schwach ausgestaltet kritisiert, insbesondere bei der Einleitung des Verfahrens und der Planfeststellung. Die Möglichkeiten zur Erhaltung schutzwürdiger Flächen in der Flurbereinigung, sowie die ökologische Bewertung von Landschaftselementen werden abschließend angesprochen.

Es handelt sich natürlich nicht um eine Schrift zur Lobpreisung der Flurbereinigung. Ein Bemühen um Sachlichkeit ist jedoch vorhanden, konstruktive Vorschläge für eine umweltfreundlichere Flurbereinigung werden gemacht; es wird aber auch deutlich, daß den Verfassern die liebste Flurbereinigung die ist, die nicht stattfindet. Wer sich mit den Argumenten der Kritiker der Flurbereinigung vertraut machen will, sollte diese Schrift lesen, die auch zahlreiche weiterführende Literaturhinweise bietet.

Gernot Schauß

ARTENSCHUTZ UND LANDWIRTSCHAFT

Auswertungs- und Informationsdienst für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (AID) e.V., Postfach 200708, Konstantinstraße 124, 5300 Bonn-Bad Godesberg

Im Oktober 1985 fand in Bonn vom Auswertungs- und Informationsdienst für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (AID) e.V., Bad Godesberg, eine Tagung unter dem vorgenannten Leitthema statt. Die dabei gehaltenen Vorträge sind jetzt in einem Bericht des AID erschienen, der von allgemeinem Interesse ist und auch Bedeutung für die Arbeit in der Flurbereinigung hat.

In dem Bericht wird einleitend die Begriffsbestimmung für den Artenschutz den Referaten vorangestellt, wie sie sich aus § 20 des Bundesnaturschutzgesetzes ergibt:

"Schutz und Pflege der wildwachsenden Pflanzen und wildlebenden Tiere, ihrer Entwicklungsformen, Lebensstätten, Lebensräume und Lebensgemeinschaften als Teil des Naturschutzes."

Es wird hervorgehoben, daß somit Pflanzen und Tiere in ihren raumbezogenen Lebensansprüchen fast immer in einer Nutzungskonkurrenz zur Land- und Forstwirtschaft, der fischereiwirtschaftlichen Bodennutzung, der Verkehrswirtschaft, dem Städtebau, den Freizeiteinrichtungen und anderen, durch den Menschen geprägten Landnutzungsformen stehen. Dabei wären Zielkonflikte zwischen den ökonomischen Erfordernissen der Landbewirtschaftung einerseits und den ökologischen Ansprüchen des Naturschutzes andererseits geradezu vorprogrammiert.

Zwischen ÖKONOMIE UND ÖKOLOGIE - so wird dargelegt - würden in der oft unsachlich geführten Diskussion Feindbilder aufgebaut, die den gemeinsamen Ursprung beider Begriffe verkennen; denn ökonomisches Handeln beinhaltet immer einen grenzenbewußten, sparsamen Umgang mit etwas, was von Natur aus nicht vermehrbar sei.

Auch ökologische Verhaltensweisen orientierten sich grenzenbewußt an der sparsamen, bestandserhaltenden Nutzung des irdischen Haushalts mit allen seinen natürlichen Potentialen.

Betont wird, daß überzogene ökologische Forderungen, wie sie beispielsweise in einigen Passagen des Sondergutachtens des Sachverständigenrates für Umweltfragen zum Ausdruck kommen würden, mit den ökonomischen Rahmenbedingungen der Landwirtschaft in Einklang gebracht werden müßten.

Dies sei nur durch intensive Zusammenarbeit der Interessenvertreter aller beteiligten Gruppen im gegenseitigen Einvernehmen möglich.

Eine herausragende Rolle, so heißt es in der Einleitung des Berichts weiter, spiele die Landschaftsplanung als Instrument des Naturschutzes und der Landschaftspflege; denn mit ihrer Hilfe sollten

- der vorhandene Zustand von Natur und Landschaft sowie seine Bewertung nach den Zielen des Bundesnaturschutzgesetzes dargestellt,
- die Entwicklungsziele für den angestrebten Zustand und
- die zum Erreichen dieses Zustandes erforderlichen Maßnahmen festgelegt werden.

Als wichtiger Leitgedanke für den Tagungsverlauf wurde der Satz mit auf den Weg gegeben, der bereits im Jahre 1973 auf einer Umweltschutztagung in den USA geprägt worden war:

"Die Umwelt, in der wir leben, ist der Richter unserer Vergangenheit,
der Zeuge unserer Gegenwart und der Maßstab unserer Zukunft."

In den weiteren Beiträgen werden die Gründe für den Artenschutz unter besonderer Berücksichtigung der Landwirtschaft aufgezeigt. Es wird allerdings auch die Situation der Landwirtschaft im Hinblick auf die Verwirklichung des Arten- und Biotopschutzes dargelegt, und zwar in planerischer, pflanzenbaulicher, ökonomischer, rechtlicher und psychologischer Hinsicht.

Felix Zillien

LESERBRIEFE

LESERBRIEF ZU DEM AUFSATZ VON HERRN DR. INGO FLECK „DIE NOTWENDIGKEIT VON DRÄNMASSNAHMEN IN DER FLURBEREINIGUNG AUS DER SICHT DES KULTURAMTES PRÜM“

von Norbert Wolsing, Westerbürg

Der Artikel setzt sich zum Ziel, in besten taciteischem Geist "sine ira et studio" die Notwendigkeit von Dränmaßnahmen ausschließlich anhand von Fakten zu überprüfen.

Die Interpretation dieser Fakten mündet jedoch in Stellungnahmen, die meiner Ansicht nach in zu starker Weise den "landwirtschaftlichen Belangen" die Priorität geben.

Aus der Sicht der Landespflege können hier auch ganz andere Aussagen getroffen werden:

- 1) Auch anhand der zitierten Fakten ist es nicht auszuschließen, daß Bedarfsdränagen je nach Umfang und Lage zueinander die gleichen Auswirkungen wie Systemdränagen haben können. Daraus ergibt sich als einzig verantwortbare Konsequenz: Forschen und inzwischen möglichst restriktive Handhabung der Kriterien für die Zulässigkeit von Dränagen. Es wird selbstverständlich eingeräumt, daß die berechtigten Interessen der Landwirtschaft nach Abwägung aller Belange diesem Prinzip hin und wieder Grenzen setzen können.
- 2) Eine Nutzungsentflechtung zwischen den landwirtschaftlich und "landespflegerisch" genutzten Flächen kann für den Erhalt eines ausgeglichenen Naturhaushaltes und damit auch für die Existenzgrundlage der Landwirtschaft kaum sinnvoll sein.
- 3) Der Selbstversorgungsgrad mit Nahrungsmitteln ist beschränkt durch die knappen natürlichen Ressourcen in der Bundesrepublik Deutschland und durch die gesetzliche Verpflichtung zum Erhalt der nachhaltigen Nutzungsfähigkeit unserer Naturgüter und, wenn überhaupt, dann zu allerletzt durch ein Dränagedefizit.

Der im Absatz 3.2 und in der Zusammenfassung geäußerte Wunsch, daß im Falle einer unausweichlichen Kollision die Notwendigkeiten aus der Sicht der landwirtschaftlichen Existenzsicherung den Vorrang haben müssen, erscheint vor dem in Ziffer 1 dargestellten Hindergrund der gesetzlichen Gleichbehandlung der widerstreitenden Belange, sowie nach dem gesetzlichen Abwägungsgebot im Falle eines unlösbaren Konfliktes, sehr unverständlich. Erst werden die gesetzlichen Grundlagen sorgfältig erarbeitet, dann aber zugunsten der Landwirtschaft unterlaufen.

Fazit zu Herrn Dr. Flecks Aufsatz: "sine ira" zwar, aber "cum studio" für den Primat der Ökonomie!?

ERWIDERUNG AUF DEN LESERBRIEF VON HERRN NORBERT WOLSING ZU DEM AUFSATZ „DIE NOTWENDIGKEIT VON DRÄNMASSNAHMEN IN DER FLURBEREI- NIGUNG AUS DER SICHT DES KULTURAMTES PRÜM“

von Dr. Ingo Fleck, Prüm

Herr Wolsing meint allgemein, "die Interpretation dieser Fakten mündet jedoch in Stellungnahmen, die meiner Ansicht nach in zu starker Weise den landwirtschaftlichen Belangen die Priorität geben."

Ich respektiere die Ansicht von Herrn Wolsing, obwohl ich sie für falsch halte. Verschiedene Ansichten sind unabdingbare Voraussetzungen einer Diskussion - viel wichtiger ist, daß sie gegenseitig toleriert werden.

Zu Ziffer 1) der "anderen Aussagen aus der Sicht der Landespflege":

Unabhängig von der Frage, ob Bedarfsdränagen je nach Umfang und Lage zueinander die gleichen Auswirkungen wie Systemdränagen haben können, wäre die geforderte, "einzig verantwortbare Konsequenz: Forschen und inzwischen möglichst restriktive Handhabung der Kriterien für die Zulässigkeit von Dränagen" doch wohl nur angebracht, wenn diese Auswirkungen (für die Landschaft und den Naturhaushalt) eminent gefährlich und unübersehbar wären. Dies entspricht nicht den Tatsachen. Außerdem würde ein derartiges Prinzip klar gegen geltendes Recht verstoßen. Deshalb ist es auch nicht ausreichend, wenn eingeräumt wird, "daß die berechtigten Interessen der Landwirtschaft nach Abwägung aller Belange diesem Prinzip hin und wieder Grenzen setzen können."

Zu Ziffer 2):

Inwieweit eine Nutzungsentflechtung zwischen den landwirtschaftlich und "landespflegerisch" genutzten Flächen für den Erhalt eines ausgeglichenen Naturhaushaltes und damit auch für die Existenzgrundlage der Landwirtschaft kaum sinnvoll sein könne, ist ohne weitere Erläuterungen unverständlich.

Wenn diese Nutzungsentflechtung in vielen Eifelgemarkungen innerhalb der nächsten Jahrzehnte nicht gelingt, wachsen sie mit großer Wahrscheinlichkeit buchstäblich zu, und die Menschen sitzen - zum Teil als Arbeitslose - in den Ballungszentren. Wer kann so eine Entwicklung wollen?

Zu Ziffer 3):

In dem Aufsatz wird nirgendwo behauptet, daß der Selbstversorgungsgrad mit Nahrungsmitteln in der Bundesrepublik durch ein Dränagedefizit beschränkt sei. Es wird lediglich ein namhafter Dränfachmann zitiert, der errechnet hat, daß zur Erhaltung des status quo jährlich 20.000 ha mehr dräniert werden müßten.

Herr Wolsing bescheinigt mir, daß ich die Gleichbehandlung der ökonomischen und ökologischen Belange durch das Gesetz sorgfältig erarbeitet habe, dann aber zu-

gunsten der Landwirtschaft "unterlaufe". Wieso eigentlich? Wenn ich mich im Falle eines unlösbaren Konfliktes - und nur dann - für die landw. Existenzen entscheide, unterlaufe ich keine gesetzlichen Grundlagen, sondern entscheide mich, nach Abwägung der widerstreitenden Belange, für die Seite, die mir in diesem Falle wichtiger erscheint. Das verstehe ich unter Praxis des Abwägungsgebotes. Es käme mir nie in den Sinn, Herrn Wolsing ein Unterlaufen der gesetzlichen Grundlagen vorzuwerfen, wenn er sich im gleichen Falle für die gegenteilige Lösung entschiede.

Nur wenn keine der widerstreitenden Belange einen Absolutheitsanspruch erhebt - auch die Landwirtschaft nicht - sind ausgewogene Lösungen möglich. Der Konflikt zwischen Ökonomie und Ökologie ist fast immer vermeidbar. Ist dies ausnahmsweise nicht der Fall, werde ich mich immer und weiterhin für die (landwirtschaftlichen) Existenzen entscheiden. Das ist m.E. nicht nur mit dem Gesetz vereinbar, sondern Sinn und Zweck einer wohlverstandenen Daseinsvorsorge des Staates.

Aus datenschutzrechtlichen Gründen Personaldaten entfernt.

S. 107 bis 110

buches, sowie zusätzliche Daten, soweit dies zum Erreichen der mit der Automation angestrebten Zielsetzung erforderlich wird.

Zur Realisierung dieses Vorhabens wurde eine Arbeitsgruppe gebildet, die sich aus Bediensteten des Ministeriums, der Luftbild- und Rechenstelle, Bezirksregierungen und einigen Kulturämtern zusammensetzt.

Mit der konstituierenden Sitzung am 28.04.1986 hat die Arbeitsgruppe "Finanzierung" ihre Tätigkeit begonnen. In drei stattgefundenen Sitzungen wurde als erster Schritt eine Ist-Analyse aller finanzierungsrelevanten Daten auf der Grundlage des Kassengegenbuches in Verbindung mit dem Finanzierungsplan erarbeitet und hieraus ein vorläufiger Kontenrahmen, der alle Einnahmen- und Ausgabenpositionen erfaßt, erstellt.

NEUE ARBEITSGRUPPE „LISTEN“

von Regierungsamtmann Wilhelm Paul, Mainz

Neben dem Bereich der Finanzierung in Bodenordnungsverfahren nach dem Flurberreinigungsgesetz soll die automatische Datenverarbeitung in den Verwaltungsbüros der Kulturämter auch bei der Erstellung von Ladungslisten zu diversen Terminen sowie der Erstellung von Hebe- und Ausgleichslisten genutzt werden.

Zur Realisierung dieses Vorhabens wurde ebenfalls eine Arbeitsgruppe mit gleichem Zuschnitt wie die Arbeitsgruppe "Finanzierung" gebildet, die unter Berücksichtigung des Ist-Zustandes Vorgaben erarbeiten soll, die sodann in Verwaltungsprogramme umzusetzen sind.

Die konstituierende Sitzung der Arbeitsgruppe "Listen" fand am 24.03.1986 statt. In zwei weiteren Sitzungen wurden zwischenzeitlich Dateien erarbeitet, die die Grundlage für das Schreiben des Programms "Ladungslisten" bieten sollen.

WIDERSPRUCHSVERFAHREN VOR DER SPRUCHSTELLE FÜR FLURBEREINIGUNG

- Verwaltungsvorschrift vom 07. Juli 1986 - 74S - 21.00 -

von Ministerialrat Herbert Staab, Mainz

Diese neue Verwaltungsvorschrift ersetzt die Erlasse vom 8. November 1971, 10. Juni 1974, 1. Juli 1976 und 21. März 1979. Dies bisher bewährten Regelungen wurden weitgehend beibehalten; Änderungen und Ergänzungen wurden vorgenommen, um einige in der Vergangenheit aufgetretene Mißverständnisse oder Unklarheiten auszuräumen. Auch wurden die Vorschriften der neuen Rechtsentwicklung angepaßt und z.B. Sonderregelungen für die Behandlung der Widersprüche gegen die Nichtzu- teilung von Masseland getroffen.

Die Bedeutung dieser Verwaltungsvorschrift als Arbeitsanweisung an die Kulturämter geht über die einer Checkliste für die Zusammenstellung der Widerspruchsunterlagen weit hinaus. Ihre genaue Beachtung kann wesentlich zum reibungslosen Ablauf der im einzelnen aufgeführten Widerspruchsverfahren und damit zur Verwaltungsvereinfachung beitragen. Sie soll der Arbeitserleichterung für die jeweiligen Bearbeiter bei den Kulturämtern dienen.

NEUER MUSTERPLANTEXT IN VORBEREITUNG

von Oberregierungsrat Gernot Schauß, Mainz

Es ist beabsichtigt, ein neues Muster für den Textteil des Flurbereinigungsplanes zu entwickeln. Deshalb wurde eine Arbeitsgruppe eingerichtet, der die Herren Bossenmaier, Cherdron, Hoffmann, Lehnigk-Emden, Roth und Schauß angehören. Grundlage für die Arbeit soll ein von der Arbeitsgemeinschaft Flurbereinigung vorgelegter Entwurf sein, der gegenüber dem bisherigen Musterplandokument erheblich verkürzt und gestrafft ist. Dieser Entwurf ist im Hinblick auf die rheinland-pfälzischen Bedürfnisse zu überprüfen und zu überarbeiten. Soweit in der Arbeitsgruppe zu einzelnen Fragen die erforderlichen Erfahrungen und Kenntnisse nicht vertreten sind, sollen nach Bedarf noch weitere Mitarbeiter hinzugezogen werden.

AUSSTELLUNG BEI DER SONDERSCHAU „PLANUNG IM LÄNDLICHEN RAUM“ INNERHALB DER INTERNATIONALEN GRÜNEN WOCHE (IGW) IN BERLIN 1987

von Obervermessungsrat Axel Lorig, Mainz

Bei der Sonderschau "Planung im ländlichen Raum" wird sich die Landeskulturverwaltung wie in den vergangenen Jahren mit einem Ausstellungsbeitrag beteiligen. Diese Sonderschau ist ein wichtiges Forum für die mit Planung im ländlichen Raum befaßten Behörden. Sie wird an allen Ausstellungstagen von zahlreichen interessierten Besuchern, insbesondere Kommunalpolitikern und Ratsmitgliedern besucht.

Für den Besucher stellt sich die Sonderschau, mit einer Ansammlung von unterschiedlich geformten Häusern, den in der Bundesrepublik vorherrschenden Bauformen entsprechend, als Dorf dar. Jedes Haus beinhaltet einen oder mehrere Schwerpunktbeiträge (je etwa 18 Ausstellungstafeln) zu dem Themenbereich "Dorf-Landschaft-Umwelt."

Es hat sich gezeigt, daß der Stellenwert der eigenen Arbeit im länderübergreifenden Vergleich nirgends besser beurteilt werden kann als in Berlin. Mit Blick auf zukünftige Aufgaben der Landeskulturverwaltung ist es daher wichtig, einen Ausstellungsbeitrag zu präsentieren, der die Möglichkeiten von Flurbereinigung und Dorferneuerung umfassend und nachhaltig zeigt. Der Ausstellungsbeitrag wird zur Zeit vorbereitet.

VERÄNDERUNGEN IM „MASCHINENPARK“ DER LUFTBILD- UND RECHENSTELLE

von Obervermessungsrat Axel Lorig, Mainz

In unserer technischen Verwaltung ist man schon lange gewohnt, Vermessungsinstrumente, Rechenmaschinen und Büroarbeitsgeräte in kurzen Zeitabständen gegen modernere, bessere oder wirtschaftlichere auszutauschen. Durch Häufung und finanzielle Dimension heben sich die einschneidenden Veränderungen im "Gerätepark" der Luftbild- und Rechenstelle deutlich von üblichen Erneuerungen ab. Viele Bedienstete der Landeskulturverwaltung haben die bisherigen Geräte gekannt, so daß nachfolgende Bilder von den Aussonderungen vermutlich einige Erinnerungen wecken.

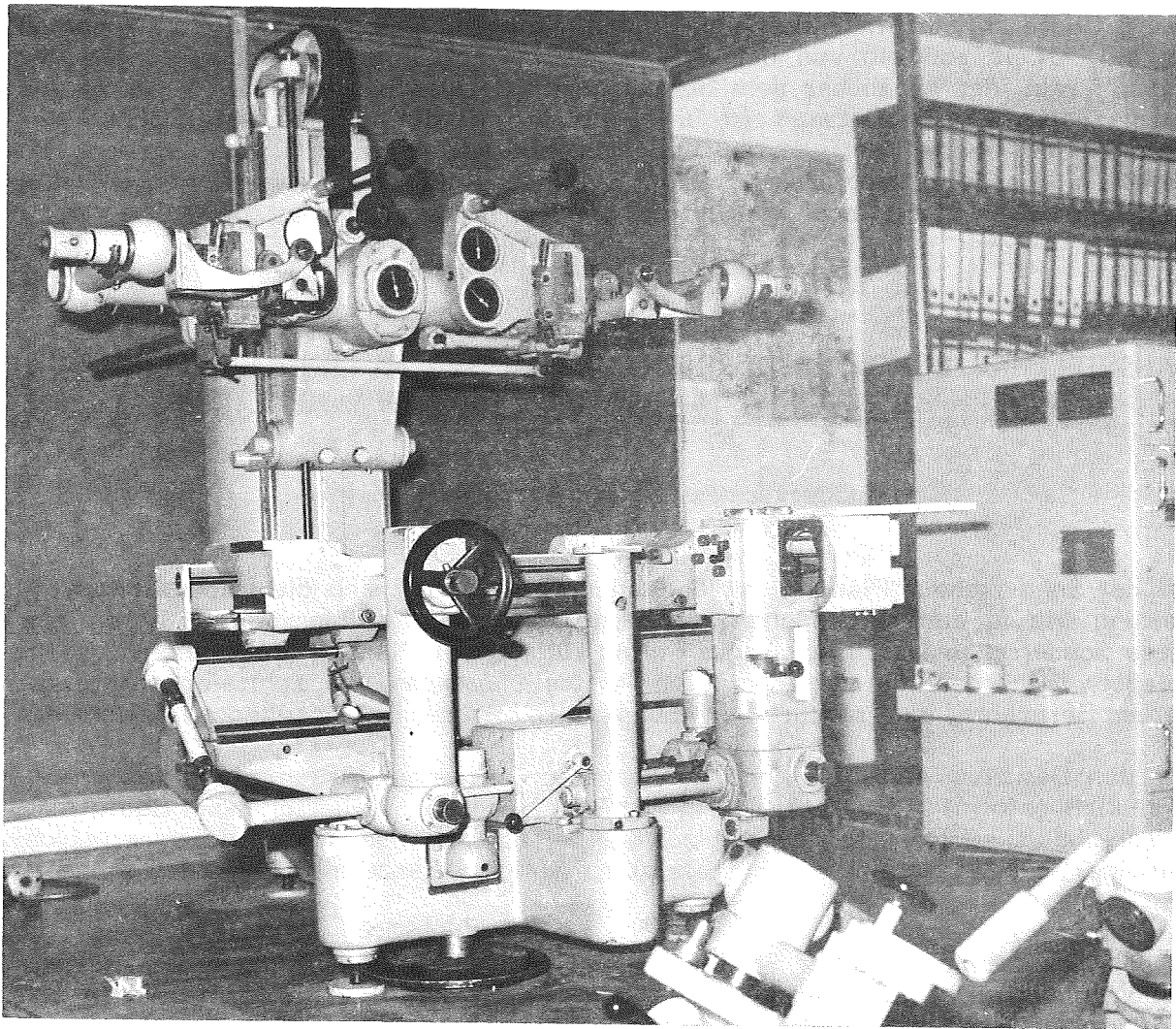


Abb. 1: Stereoplanigraph C 8 während der Demontage durch den Schrotthändler – Auf diesen Geräten wurden erstmals in der Praxis für Kataster- und Flurbereinigungszwecke Koordinaten photogrammetrisch gemessen.

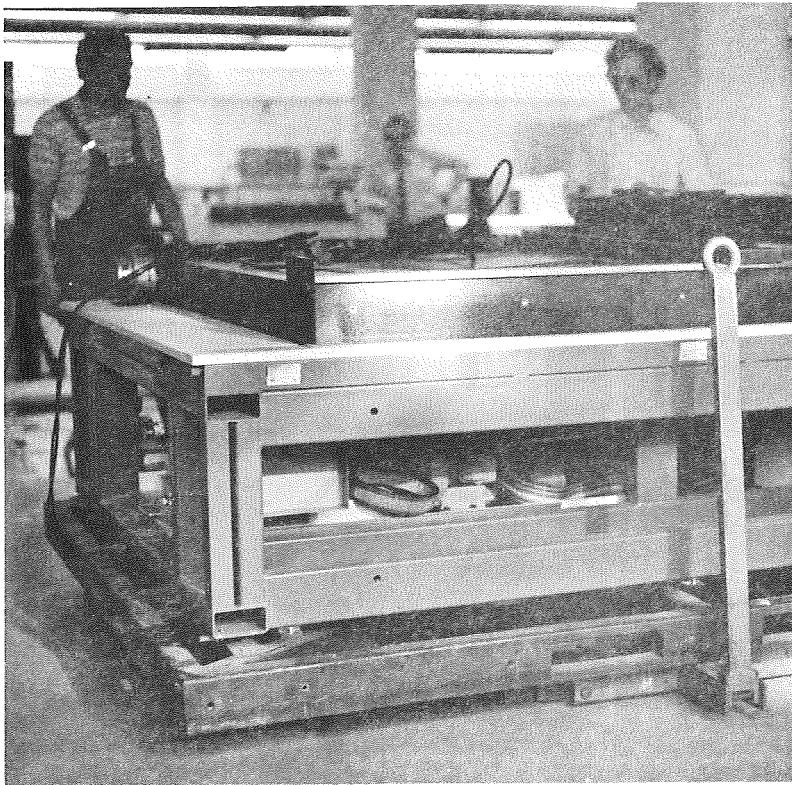


Abb. 2:
Aussonderung der Calcomp -
Präzisionszeichenanlage 745
- Hydraulisches Anheben der
3-Tonnen-Anlage im Maschi-
nensaal der Luftbild- und
Rechenstelle



Abb. 3:
Calcomp - Präzisionszeichen-
anlage 745 unmittelbar vor
dem Abtransport durch die
Computerverwertungsgesell-
schaft - Schubbewegung auf
Gleitrollen durch das Fen-
ster des Maschinensaaes

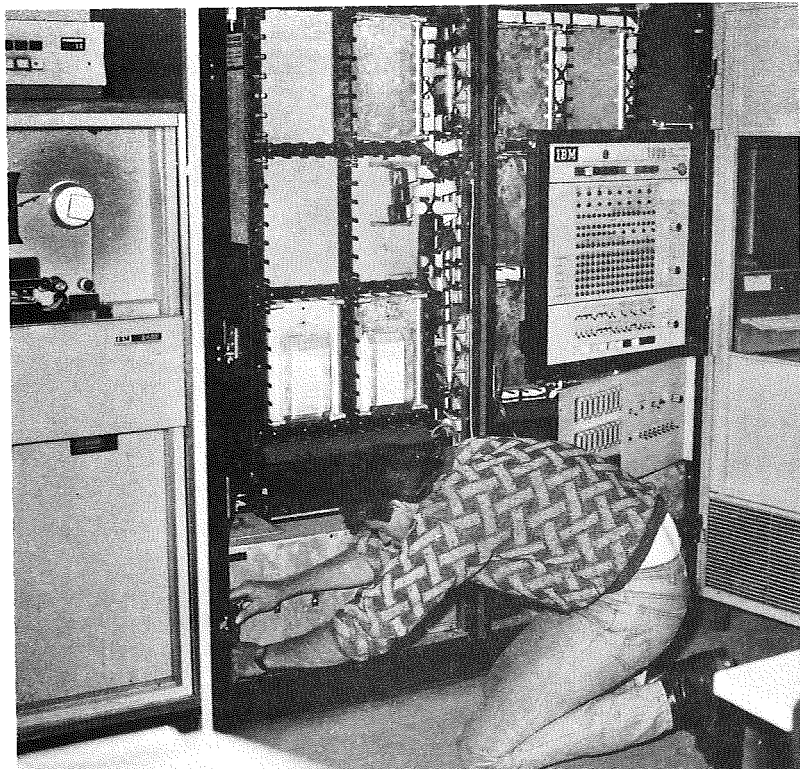


Abb. 4:

IBM-Datenverarbeitungsanlage 1800 während der Demontage durch die Computerverwertungsgesellschaft - Auf dieser Anlage waren einmal sämtliche Programme der LUREST installiert.

Einzelheiten der Umstellung - Ersetzen der IBM - Datenverarbeitungsanlage 1800 durch die mit dem Landesrechenzentrum verbundene Datenverarbeitungsanlage 8100, Einführen analytischer photogrammetrischer Auswertegeräte anstelle der Stereoplanigraphen C 8, Austausch der Coradi - Polardigimeter gegen mikrocomputergesteuerte Digitalisiertische und gleichzeitig Einführen der "Dezentralen Datenverarbeitung", sowie Ersetzen der Präzisionszeichenanlage Calcomp 745 durch die Präzisionszeichenanlage Aristomat 206 - sind den Bediensteten der Landeskulturverwaltung in verschiedenen Vorträgen bei Fortbildungsveranstaltungen in den Jahren 1985 und 1986 mitgeteilt worden und bedürfen an dieser Stelle keiner Ergänzung. Nur einige kurze Randbemerkungen erscheinen angebracht:

1. Eine technisch zwar veraltete, aber noch weitgehend intakte Datenverarbeitungsanlage mußte ausgesondert werden, weil die Herstellerfirma den Wartungsvertrag kündigte und Wartungsarbeiten nur noch gegen langfristig unverträglich hohe Kosten ausführte.
2. Eine beinahe voll funktionstüchtige hochwertige Zeichenanlage mußte ausgesondert werden, weil es trotz des heutigen Entwicklungsstandes der Technik nicht mehr möglich war, die notwendigen Justier- und Reparaturarbeiten mit wirtschaftlich vertretbaren Mitteln auszuführen, bzw. überhaupt noch auszuführen.

Diese beiden Erfahrungen geben sehr zu denken. Immer schneller und immer häufiger werden wir gezwungen, neue Geräte zu beschaffen, alle EDV-Programme anzupassen oder neu zu entwickeln, Richtlinien zu schreiben, zu lesen und umzusetzen, ohne daß wir uns dagegen wehren können, nur weil die Verkaufs- und Wartungsstrategien der Firmen auf ständige Expansion der Verkaufszahlen und nicht

mehr auf die Wartung und Betreuung des Vorhandenen ausgerichtet sind. Durch die weitere Entwicklung der Kommunikations- und Informationstechniken wird sich dieser Trend eher verstärken als abschwächen. Es ist daher heute schon damit zu rechnen, daß der Aussonderungswelle bei der Luftbild- und Rechenstelle schon in wenigen Jahren weitere - für die soeben erst neu beschafften Geräte - folgen werden.

FACHTAGUNG DORF – LANDSCHAFT – UMWELT DER DEUTSCHEN AKADEMIE DER FORSCHUNG UND PLANUNG IM LÄNDLICHEN RAUM IN BERLIN 1987

von Obervermessungsrat Axel Lorig, Mainz

Die Januarveranstaltung der Akademie anläßlich der Internationalen Grünen Woche hat sich zu einem bundesweit anerkannten Forum entwickelt, das Wissenschaft, Politik und Praxis Gelegenheit gibt, aktuelle Fragestellungen und Erfahrungen in der ländlichen Entwicklung zu erörtern.

Die Belange des ländlichen Raumes werden in der dreitägigen Veranstaltung jeweils am Beispiel eines Bundeslandes erörtert. Im Jahre 1987 steht Rheinland-Pfalz im Mittelpunkt der Veranstaltung. Mehrere Referenten aus dem Land Rheinland-Pfalz werden bei der Fachtagung Vorträge über aktuelle Problemstellungen halten; ergänzt werden die Vorträge durch eine Ausstellung und themenbezogene Broschüren.

Der Ausstellungsbeitrag (ca. 140 Tafeln) und die Broschüren werden zur Zeit zusammengestellt bzw. vorbereitet.

Aus der Westerwälder Zeitung Nr. 140 vom 21./22. Juni 1986



Die strahlenden Sieger des Fußballturniers der Kulturämter nahmen im Festzelt am Westerburger Stadion aus den Händen von Ministerialdirigent Dr. Jestaedt Pokale entgegen. Foto: Brast

Die Kicker der Kulturämter traten in Westerbург an

Gäste aus ganz Rheinland-Pfalz kamen ins Westerwaldstadion

-jot- WESTERBURG. Spaß und Spannung gaben sich in Westerbург ein Stelldichein beim 9. Fußballturnier der Kulturämter des Landes Rheinland-Pfalz. Zwölf Mannschaften traten in der ersten Veranstaltung an, die nach der Einweihung im erneuerten Westerwaldstadion stattfand.

Als Schirmherr (und Dienstvorgesetzter) hieß Staatssekretär Johann Wilhelm Römer vom Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten die Teams und Fans der Betriebssportgemeinschaften willkommen.

Die Kollegen aus der Ferne wurden auch vom Westerburger Kulturamtsvorsteher Regierungsdirektor Paul Herz begrüßt, der sich darüber freute, daß alle Kulturämter des Landes am Turnier beteiligt waren. Er dankte dem Schirmherrn sowie dem zuständigen Abteilungsleiter der Bezirksregierung Koblenz, Schulte Beckhausen für ihr Kommen und dem Bürgermeister von Stadt und Verbandsgemeinde, Bernhard Nink, für die Überlassung des Stadions.

Neben dem sportlichen Vergleich solle die Möglichkeit im Mittelpunkt stehen, von der Hektik des Alltags auszuspannen und neue Kraft zu schöpfen für die Bewältigung der schwierigen Aufgabe im Spannungsfeld zwischen Ökonomie und Ökologie.

Daß die Bediensteten der Kulturämter nicht nur das Geschehen auf dem Sportplatz ernst nahmen, zeigte die Tatsache, daß die Ämter Worms und Trier die Fahrt nach Westerbург zum Betriebsausflug gestalteten.

Daß diese Ausflüge erlebnisreich und auch die anderen Gäste gut unterhalten wurden, hatten die Westerburger gut vorbereitet. Im Rahmenprogramm nutzten viele die Gelegenheit, sich das Landschaftsmuseum in Hachenburg anzuschauen und durch die Altstadt zu bummeln. Besonders die „Südlichter“ ließen sich im Festzelt von der Arbeit eines Töpfers faszinieren, der au-

ßerdem die Ergebnisse seiner und seiner Kollegen Arbeit ausstellte.

Auch die Bewirtung ließ nichts zu wünschen übrig, obwohl mehr als 600 Leute zu versorgen waren - die Kulturamtsangehörigen hatten allein mehr als 60 Kuchen gespendet.

Das außerdem angebotene Torwandschießen versprach luftige Preise: Kulturamtsangehöriger Dieter Dörr wird mit Judit Kleppel aus Bad Marienberg-Langenbach und einem Kollegen aus Prüm zu Rundflügen über die Heimat starten.

Nach spannenden Spielen ehrte der Abteilungsleiter der Landeskulturverwaltung im Ministerium, Ministerialdirigent Dr. Otto Jestaedt, die Sieger des Fußballturniers. Nach Elfmeterschießen gewann wie im vergangenen Jahr das Team des Kulturamtes Prüm Wanderpokal und Siegerpokal. Zweiter wurde Mayen vor Bad Kreuznach und den Westerbürgern, die im vergangenen Jahr Zweiter waren.

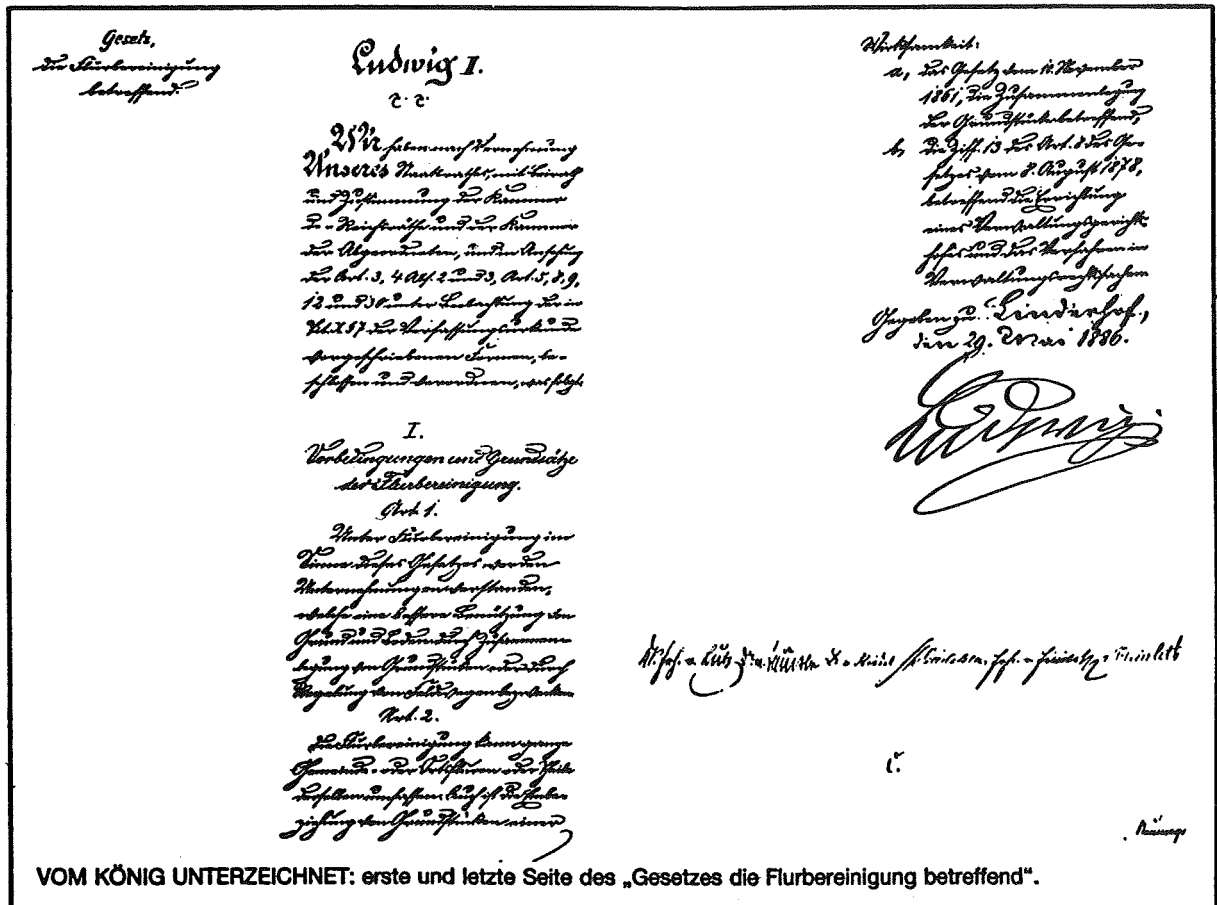
Den Fairneßpokal errang die Betriebssportgemeinschaft des Kulturamtes Kaiserslautern, der Alterspokal ging an Hans Junk aus Bad Kreuznach, und Torschützenkönig wurde Stefan Bourger von der Siegermannschaft. Die Pokale hatten die Westerburger Kreditinstitute gestiftet.

Jede teilnehmende Mannschaft bekam außerdem Keramikteller zur Erinnerung an den Tag in Westerbург und je eine Flasche Westerbürger Kümmel. Bei den Schiedsrichtern bedankten sich die Ausrichter mit Wein.

Der Tag klang aus mit Tanz im Festzelt, zu dem die Kapelle „Top Sound“ aufspielte. Die Leute des Kulturamtes Trier werden sich ins Zeug legen müssen, damit das zehnte Turnier im kommenden Jahr so gut abläuft wie das neunte im Westerwald.

KURZINFORMATIONEN

Nr. 97: 1886: König Ludwig starb - die Flurbereinigung wurde geboren



(aus: Landwirtschaftliches Wochenblatt Nr. 22 vom 31. Mai 1986)

Nr. 98: Zum Zwecke der Erholung wurden beim Kulturamt Neustadt seit 1974 in 12 Verfahren 15 Wetterschutzhütten aus Natursteinen oder aus Massivholz geplant und gebaut, z.T. in Verbindung mit der Gestaltung des Wanderweges Deutsche Weinstraße.

Nr. 99: Mit einer Ausstellung "Flurbereinigung und Wild" beteiligte sich das Kulturrat Worms an den Rhein Hessischen Jägertagen 1986 in Ingelheim. Auf insgesamt sechs Tafeln wurden Beispiele vorgestellt, in denen landespflegerische Anlagen geschaffen bzw. erweitert wurden, die verschiedenen Wildarten zur Äsung und Deckung sowie als Brut- und Schlafplatz dienen.

Nr. 100: Staatsminister Ziegler würdigt Arbeit der Kulturämter.

In Rheinland-Pfalz seien trotz jahrzehntelangen Strukturwandels in weiten Bereichen der Landwirtschaft und des Weinbaues noch schwierige agrarstrukturelle Bedingungen vorhanden. Das erklärte der Minister für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten, Dieter Ziegler, vor den Leitern der Kulturämter in Mainz. Eine konsequente Weiterführung der Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur und zur Entwicklung des ländlichen Raumes sei deshalb noch auf lange Zeit erforderlich. Der ländliche Raum müsse weiterentwickelt werden, betonte der Minister. Hierzu hätten die Kulturämter einen wichtigen Beitrag zu leisten. Der Schwerpunkt ihrer Arbeit liege bei der Weiterführung von Bodenordnungsverfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz. Diese Maßnahmen seien ein wesentliches Element der Agrarstrukturpolitik in Rheinland-Pfalz. Die Landeskulturverwaltung habe die notwendige Konzentration der Dienststellen und die Anpassung des Personals eingeplant und teilweise schon vollzogen. Für die nächsten beiden Haushaltsjahre stünden vorbehaltlich der parlamentarischen Beratung für Flurbereinigungsmaßnahmen fast 46 Millionen Mark pro Jahr zur Verfügung; für die Dorferneuerung einschließlich der Landesmittel neun Millionen Mark je Jahr, für die einzelbetriebliche Förderung acht Millionen Mark und für den Wirtschaftswegebau außerhalb der Flurbereinigung 3,5 Millionen Mark. Unter Einschluß der Landesmittel für den Ankauf von Öko-Flächen in der Flurbereinigung würden somit Gesamtmittel in Höhe von fast 70 Millionen Mark bereitstehen. Diese Summe verdeutliche den Arbeitsumfang der Kulturämter. Die ländliche Bodenordnung habe sich in den vergangenen Jahrzehnten aus einer vorwiegend agrarstrukturellen Ordnungsmaßnahme zu einem umfassenden Instrument für den ländlichen Raum entwickelt. Heute würden neben der Verbesserung der arbeits- und betriebswirtschaftlichen Verhältnisse in den landwirtschaftlichen Betrieben vielfältige andere Belange wie die der Raumordnung und Landesplanung, der Verkehrsschließung, der Dorf- und Gemeindeentwicklung und vor allem gleichgewichtig des Umwelt- und des Naturschutzes sowie der Landschaftspflege gefördert. Mit dem neugefaßten Flurbereinigungsgesetz von 1976 stehe ein geeignetes gesetzliches Instrument dafür zur Verfügung. Dieses Gesetz fordere von den Kulturämtern ein breites Wissen um wirtschaftliche und ökologische Vorgänge.

Nr. 101: Ein "Flurbereinigungsstammtisch", bei dem sich monatlich anerkannte Landespflegeverbände, Interessenten und Vertreter des Kulturamtes Neustadt treffen und über anstehende und laufende Flurbereinigungsverfahren Informationen gegenseitig austauschen, besteht in der Pfalz seit 1984.

Nr. 102: Sogenannte Obstbaumaktionen werden beim Kulturamt Neustadt seit 1976 durchgeführt. Hierbei werden von Teilnehmergemeinschaften interessierten Teilnehmern kostenlos Obsthochstämme festgelegter Arten und Sorten zur Verfügung gestellt mit der Auflage, diese auf Privatbesitz innerhalb des betreffenden Flurbereinigungsverfahrens zu pflanzen und anschließend zu hegen. Da der Vollernter in zunehmenden Maßen im Weinbau Einsatz findet, werden allerdings in der Regel in Weinbauverfahren Obstbaumaktionen heute nicht mehr betrieben, da die Bäume beim Überfahren der Rebzeilen durch den Vollernter hinderlich sind.

- Nr. 103:** Das Meerfelder Maar (Kreis Daun) ist das fünfzigste Naturschutzgebiet des Trierer Regierungsbezirks. Wissenschaftler werten das Meerfelder Maar im nordwestlichen Teil des rheinischen Schiefergebirges als ein Gebiet, das "gesamtstaatlich repräsentative Bedeutung und internationalen Einmaligkeitscharakter" habe.
- Nr. 104:** Aus den Tranchot-Karten, der exakten Landesaufnahme durch französische Militärs während der Besetzung der Rheinlande am Anfang des 19. Jhds. sind in allen Einzelheiten Anzahl und Bestand der Hecken abzulesen. Es handelt sich dabei vor allem um Buchenhecken in den Höhenlagen der Eifel und in den belgischen Ardennen.
- Nr. 105:** Landwirtschaftsminister Ziegler besuchte im April 1986 mit Mitgliedern der Landespressekonferenz und der Fachpresse sowie Vertretern der örtlichen Presse den Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz. Die Reise führte in die Dorferneuerungsgemeinde Flonheim und in die Heimatgemeinde des Ministers, Maikammer an der Südlichen Weinstraße.
- Nr. 106:** Versuche der Großbaumverpflanzung (hauptsächlich Walnussbäume) wurden seit 1983 in drei Flurbereinigungsverfahren des Kulturamtes Neustadt erfolgreich mit baumchirurgischen Maßnahmen wie Astentlastung, Wundverschluß, Verdunstungsschutz durchgeführt.
- Nr. 107:** Über 40 Feuchtgebiete bzw. Feuchtbiotope hat das Kulturamt Neustadt zwischen 1975 und 1985 geschaffen. Bei den tlw. schon in der Biotopkartierung des Landesamtes für Umweltschutz und Gewerbeaufsicht erfaßten Dauerstauanlagen und Tümpelanlagen in Verbindung mit landespflegerischer Planung handelt es sich um insgesamt über 70 000 m² in rund 20 Flurbereinigungsverfahren.
- Nr. 108:** Grünanlagen und Freiflächen an landeseigenen Gebäuden werden nach einem Erlaß des nordrhein-westfälischen Städtebauministeriums künftig nach ökologischen Gesichtspunkten gestaltet und gepflegt. Obgleich es einen derartigen Erlaß in Rheinland-Pfalz (noch) nicht gibt, waren am Kulturamt Worms Preßlufthammer und Spitzhacke dabei, den Betonbelag der Parkplatz- und Hofraumflächen an geeigneten Stellen aufzubrechen und Platz zu schaffen für einige Pflanzbeete, die im Herbst mit Bodendeckern und Kletterpflanzen (u.a. wilder Wein, Efeu und Clematis) begrünt werden sollen.

